

## Stadtrat Nidau

---

### PROTOKOLL

#### 1. Sitzung des Stadtrates

18.03.2021, 19:00 – 23.30 Uhr

Sporthalle Burgerbeunden, Bürgerallee 17a, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident	Baumann Markus, SVP	
1. Vizepräsidentin	Kallen Noemi, SP	
2. Vizepräsidentin	Pauli Pauline, PRR	
Stimmzählerin:	Bongard Bettina, SP	
Stimmzähler:	Spycher Thomas, FDP	
Mitglieder:	Blösch-Althaus Paul, EVP Dancet René, FDP Deschwanden Inhelder Brigitte, SP Döhrbeck Michael, Grüne Egger Tobias, SP Evard Amélie, FDP Fischer Martin, FDP Gabathuler Leander, SVP Grob Oliver, SVP Jenni Hanna, PRR Kast Esther, Grüne Kallen Nils, SP Kessi Damian, SP Kessi Valérie, SP Lucchini-Gutiérrez Olea Maria del Carmen, Grüne Lützelschwab Rickenbacher Kathleen, SP Meier Christoph, Grüne Münger Tamara, BDP Oehme Marlene, EVP Rubin Michael, Grüne Rutishauser Roland, SVP Sauter Viktor, SVP Schneiter Marti Susanne, FDP Stucki-Steiner Carine, Grüne Wingeyer Ursula, SVP	

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Gemeinderat:	Hess Sandra Eyer Marc Friedli Sandra Fuhrer Martin Lutz Roland Messerli Philippe Schwab Kurt
Sekretär Protokollführerin	Ochsenbein Stephan Jennings Manuela
Planton	Leyvraz Frederik
Verwaltung	Küchler Sophie Rhiner Dominik Spreyermann Christine Weber Patrick Zesiger Martin
Gast	Fahrländer Carlo

## 5 **Traktanden**

### 1. Projekt AGGLOlac – Uferpark und Wohnquartier

- 10 a) Projekt AGGLOlac und die für die Umsetzung des Projekts erforderlichen Rechtsgrundlagen:
- Organisationsreglement des Gemeindeverbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne»
  - Vertrag AGGLOlac
  - Baurechtliche Teilgrundordnung AGGLOlac
  - Verpflichtungskredit (Rahmenkredit)
- 15 b) Botschaft des Stadtrats an die Stimmberechtigten

## Verhandlungen

20 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Da ich in diesem Jahr noch genug sitzend sagen kann und zur Begrüssung meines Amtsjahres gerne alle sehen möchte – auch die Gemeinderatsmitglieder, die teilweise von meinem Platz aus hinter dem Rednerpult versteckt sind - halte ich meine Eröffnungsrede am Rednerpult.

Guten Abend liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, sehr geehrte Stadtpräsidentin, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Mitarbeitende der Verwaltung, geschätzte Medienvertretende - die heute zahlreich erschienen sind - liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier in Nidau und auch zu Hause vor den Bildschirmen.

Ich begrüsse Sie ganz herzlich zu dieser Sondersitzung AGGLOlac. Lieber Christoph Meier, Ihnen wünsche ich einen guten Start im neuen Amt und viel Spass beim Debattieren. Christoph Meier nimmt Einsitz für die Grünen im Stadtrat und ersetzt Soumaya Romdhani, die per Ende Februar 2021 zurückgetreten ist. Ein spezieller Gruss geht an Gemeinderat Roland Lutz. Zum Geburtstag alles Liebe und Gute!

Neues Jahr, neuer Stadtratspräsident. Herzlichen Dank Ihnen allen für das entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung, die ich bereits im Vorfeld zur Vorbereitung dieser Sitzung spenden durfte.

Mein Präsidialjahr hat intensiv begonnen. Sei das mit der Koordination und der Zusammenarbeit mit dem Ratsbüro der Stadt Biel für die heutige Sitzung oder bereits mit der Vorbereitung auf die ordentliche Stadtratssitzung vom nächsten Donnerstag. Wie Sie sicher alle mitgekriegt haben, hat der Stadtrat Biel gestern bereits die Eintretensdebatte zu AGGLOlac bestritten und heute um 18 Uhr das Traktandum AGGLOlac weitergeführt. Das ist in Absprache mit den Ratspräsidien von statten gegangen.

Was mich und uns alle in diesem Jahr erwarten wird, darüber können wir nur spekulieren. Viel zu präsent ist das Thema der Corona-Pandemie nach wie vor in unserem Alltag und niemand kann sagen, wohin uns diese Reise hinführen wird. Das allseits beliebte Stedtlifest von Nidau wurde für dieses Jahr leider schon abgesagt. Nichtsdestotrotz möchte ich mit Ihnen allen optimistisch nach vorne schauen und ein spannendes Jahr erleben. Ich freue mich auf sachliche und konstruktiv geführte Debatten, damit wir Nidau gemeinsam weiter entwickeln können. Nidau ist ein liebenswertes Stedtli mit grossem Potenzial, das noch weiter ausgeschöpft werden will. Arbeiten wir weiter gemeinsam - auch wenn wir zum Teil andere Argumente oder andere Ansichten haben - und entwickeln wir unser Stedtli weiter. Schliesslich wollen wir alle zusammen nur das Beste für Nidau, wenn auch manchmal auf einen anderen Weg. Hoffentlich dürfen wir nach den Stadtratssitzungen bald wieder gemeinsam etwas trinken gehen. Dieser Austausch mit dem Gemeinderat und dem Stadtrat beim geselligen Zusammensein fehlt doch nach den heissen Debatten.

Heute dürfen wir alle zusammen einen Teil Geschichte im Nidauer Parlament schreiben. Zum ersten Mal wird die Nidauer Stadtratsitzung live im Internet übertragen. Das nicht nur aufgrund der aktuellen Situation, sondern ich finde es zeitgemäss und wir dürfen gegenüber der Bevölkerung transparent sein. Gerade heute ist das wichtig, dass die Bevölkerung vollumfänglich an dieser Debatte teilnehmen darf. Wir werden dann aber auch die Stadtratssitzung vom 25. März 2021 live im Internet übertragen.

Mein Präsidialjahr möchte ich unter folgendem Motto Transparenz und Teamwork bestreiten. Wir alle funktionieren im Team, sei es unter den Stadträtinnen und Stadträten, die Zusammenarbeit in und mit den Fraktionen oder als Parlament und auch mit der Bevölkerung. Die Unterstützung der Verwaltungsangestellten, die Arbeit der Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und zu guter Letzt alle anderen fleissigen Helferinnen und Helfer, die ich jetzt hier nicht erwähnt habe.

Da es sich um eine Sondersitzung handelt, werden wir heute nur das Thema AGGLOlac behandeln und nächsten Donnerstag die ordentlichen Traktanden, wie die Genehmigung des Protokolls vom November, die Wahlen etc. durchführen. Aus diesem Grund wird es auch keine Diskussion zu aktuellen Themen geben.

Die Corona-Pandemie ist leider immer noch aktuell, für alle gilt die Maskenpflicht, die ausschliesslich für die Voten am Rednerpult abgelegt werden darf. Die Sitzung ist unterbrochlos, Toiletten sind unten hinten für das Parlament und im Oberbereich für die Zuschauerinnen und Zuschauer.

70 Alle Stadtratsmitglieder und Mitglieder des Gemeinderats sind aufgefordert für ihre Voten und sind sie noch so kurz, ans Rednerpult zu treten. Im Gegensatz zu den letzten Stadtratssitzungen besteht keine maximale Sitzungsdauer. Ich vertraue aber darauf, dass wir das Geschäft sehr spe-  
ditiv und unter drei Stunden zusammen abhandeln können. Nach Sitzungsschluss erfolgt die Ent-  
lassung, wie bereits bestens bekannt, gestaffelt. Beim Verlassen des Gebäudes herrscht Masken-  
75 pflicht.

Anwesend sind heute 30 Stadträtinnen und Stadträte. Der Rat ist gemäss Artikel 20 der Ge-  
schäftsordnung beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 16 Stimmen und die 2/3 Mehrheit 20  
Stimmen.

Die Traktandenliste wurde fristgerecht mit dem Datum vom 23. Februar 2021 verschickt. Gibt es  
80 hier Änderungsanträge? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Da wir heute eine Sondersitzung haben zu AGGLOlac,  
werden nur Fraktionserklärungen zu AGGLOlac vorgetragen. Mir liegt eine Fraktionserklärung der  
FDP vor, ich bitte Susanne Schneiter Marti ans Rednerpult zu treten.

85 **Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Guten Abend. Als erstes möchte ich korrigie-  
ren, dass es sich nicht um die FDP Fraktion handelt, sondern um die Bürgerliche Fraktion als Gan-  
zes: FDP, PRR und BDP.

Werter Stadtratspräsident, werte Stadtpräsidentin, werte Gemeinderäte und Stadträte. Unsere  
Fraktionserklärung lautet wie folgt:

90 12 Jahre sind vergangen, seit der Stadtrat von Nidau dem Gemeinderat von Nidau die Aufgabe  
übertragen hat, das Projekt AGGLOlac zu planen. Das Resultat dieser ausführlichen Planung liegt  
heute vor. Darin wird der Auftrag zur inneren Verdichtung aufgenommen. Die Initiative «Publilac»  
hat dazu geführt, dass der Grüngürtel entlang des Seebeckens ausgeweitet wurde. Die Abgabe im  
Baurecht ist als Anliegen des Bieler Stadtrats auch ins Projekt eingeflossen. Mit der Seeland Brau-  
95 erei und der Lago Lodge konnte gerade kürzlich eine baurechtliche Lösung gefunden werden.

Jetzt finden wir, die Bürgerliche Fraktion, dass es Zeit ist, dass die Bürgerinnen und Bürger von  
Nidau sich zum Projekt AGGLOlac äussern können. Die Stadträte von Nidau und Biel haben das  
Projekt begleitet. Das letzte Wort aber gehört jetzt dem Souverän. Wir sind überzeugt, dass die  
Einwohnerinnen und Einwohner von Nidau und von Biel ebenso fähig sind, wie wir das Projekt zu  
100 beurteilen. Die Bürgerliche Fraktion wird heute Abend alles in ihrer Macht Stehende tun, um die-  
ses Jahrhundertprojekt zur Volksabstimmung zu führen. Wir finden, dass wir dazu eine morali-  
sche Verpflichtung haben. Wir finden es sehr stossend, dass andere Parteien dieses Vorhaben, in  
das bereits so viel Know-How und so viel Geld investiert wurde, jetzt einfach eigenmächtig ver-  
senken wollen.

105

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Susanne Schneiter Marti. Eine Diskussion  
findet nicht statt. Die anderen Fraktionen haben aber das Recht, durch eine Sprecherin oder einen  
Sprecher Stellung zu beziehen. Wird eine Stellungnahme von anderen Fraktionen gewünscht? Das  
scheint nicht der Fall zu sein.

110 Wir gelangen jetzt zu Traktandum 1, Projekt AGGLOlac Uferpark und Wohnquartier, das auf meh-  
rere Themen aufgeteilt wurde. Bevor wir jedoch in dieses Geschäft eintauchen, möchte ich Sie  
noch darauf aufmerksam machen, dass gemäss Artikel 18 der Stadtordnung, die Mitglieder des  
Stadtrats zu Beginn der Behandlung eines Geschäfts, allfällige Interessensbindungen offenlegen  
müssen. Bis jetzt liegt mir nur die Meldung von Stadtrat Leander Gabathuler vor, der in seiner  
115 Funktion als Präsident des Tennisclubs Schlossmatt direkt betroffen ist vom Projekt. Gibt es noch  
weitere betroffene Stadträtinnen oder Stadträte, die eine Interessensbindung offenlegen möch-  
ten? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Da wir gemäss Sitzungsordnung keine Eintretensdebatte führen, solange das Eintreten nicht bestritten wird, möchte ich dennoch die Möglichkeit geben, einleitend kurz Stellung zu nehmen zu diesem Projekt. Wir werden da auch persönliche Voten dazuzählen. Damit wir nachher mit dem Organisationsreglement für den Gemeindeverband weiterfahren können und bei den jeweiligen Traktanden beim Thema bleiben können. Ich übergebe jetzt das Wort für das Eintretensvotum unserer Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen, liebe Medienvertretende und Gäste hier im Saal. Eine Vision wird dann zur Realität, wenn ich den Mut habe, meine Grenzen zu überschreiten. Ich könnte mir vorstellen, dass dieser Grundsatz Hans Stöckli an jenem Morgen gelesen hat, als er den Mut fasste und mit der Vision AGGLOlac nach Nidau kam. Er ist genau in dem Moment gekommen, als der Nidauer Stadtrat den Bielern dieses Expo-Areal für 5 Millionen Franken abkaufen wollte. Er kam just in dem Moment, als die Nidauer ihre Expo-Parkplanung vor das Volk bringen wollten. Entsprechend verärgert war man in Nidau. Einerseits sicher, weil der damalige Stadtpräsident von Biel Hans Stöckli im letzten Moment damit gekommen ist, andererseits wohl aber auch, weil er den Nidauern schon auch gesagt hat, dass ihre Idee vom Wohnpark am See noch nicht der Weisheit letzter Schluss sei und dass man in dem Gebiet grösser denken müsse.

Die ersten Bilder von AGGLOlac haben dann aber den Ärger des Stadtrats schnell überwinden lassen und sie wurden neugierig. Es waren schöne Bilder. Die Vorstellung, dass sich Nidau zum Wasser hin entwickeln könnte, die hat ihnen gefallen und ein bisschen maritimes Flair würde Nidau auch gut tun, dachten sie wahrscheinlich. Und als hätten sie es gehört, sind fast gleichzeitig die Mittelmeermöven in Nidau angekommen und untermalen seither auch akustisch diese Idee. Der Öffentlichkeit hat die Idee, dass die beiden Städte näher zum Wasser oder das Wasser näher zu den Städten kommen sollte, auch gefallen.

Der Stadtrat hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Kritische Stimmen waren von Anfang an da, gerade wegen den Kosten für die Archäologie und die Altlasten. Darum wollte man herausfinden, ob die Idee von AGGLOlac nur eine Fata Morgana oder doch eine reale Chance für unsere Region sei. Zwei Jahre später hat eine Studie bestätigt, dass es anspruchsvoll ist und viel berücksichtigt werden muss. Es ist nicht einfach, aber es ist machbar. Es ist machbar, wenn beide Städte bereit sind, ihr Land zusammen zu legen und Freiraum am See als gemeinsame Synergie zu nutzen, die eine ganze Region weiterbringt. Es ist machbar, wenn sie bereit sind, gross zu denken. Und es ist machbar, wenn es gelingt, dass man sich auf gemeinsame Rahmenbedingungen einigt und - das ist wichtig - wenn es gelingt, einen Investor zu finden. Weil das hat die Machbarkeitsstudie auch gezeigt, dass ein so grosses Vorhaben ohne massive Neuverschuldung nicht möglich ist. Und das ist insbesondere für Nidau nicht in Frage gekommen. Man hat also einen Investorenwettbewerb gemacht und den Partner Mobimo gefunden. Mobimo hat den Zuschlag erhalten, weil es eine Schweizer Firma ist, ein Arealentwickler und weil sie bereit waren, nicht nur zu planen und zu bauen, sondern nachher auch zu bleiben. Weil sie bereit waren von Anfang an durch zu ziehen, was man abmacht und Teil vom Ganzen zu werden. Mobimo hat die Bereitschaft in den letzten Jahren unter Beweis gestellt und sich flexibel gezeigt, auf neue Bedürfnisse zu reagieren.

Aber ich muss nochmal zurück ins Jahr 2013, in dem Moment, wo dem Stadtrat klar wurde, welche riesige Chance diese Neugestaltung des Areals unserer Region und besonders Nidau eröffnet. Die beiden Städte haben mit der Mobimo eine Vereinbarung abgeschlossen und der Planung AGGLOlac grünes Licht gegeben. Kurz darauf hat Nidau seine Expo-Parkplanung endgültig ad acta gelegt.

Ein Teil von Ihnen, die damals schon da waren, erinnern sich vielleicht, dass das kein einfacher Schritt war. Es braucht Mut, einen offenen Geist und Zuversicht und vor allem den Glauben daran, dass man mit viel Wille, Zeit, Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen die Vision von einem neuen Stadtteil am See mit vielfältigem Leben, mit Kultur und allem was dazu gehört, in Tat umsetzen kann. Sie haben den Rahmen dafür gesetzt. An diesem Rahmen, sehr geehrte Stadträte, meine Damen und Herren, orientiert sich die Projektgesellschaft seit diesem Jahr - also 2013. Für die Politik und die Verwaltung ist es eine absolute Herkulesaufgabe. Alle Ansprüche, die eine moderne Gesellschaft heute an eine Stadt bzw. zwei Städte stellt, mussten in diesem Projekt unter einen Hut gebracht werden. Und immer wieder kamen neue dazu. Z.B. Forderungen nach einem breiteren Grüngürtel am See, die Forderung, dass das Land im Baurecht abgegeben soll oder die Vorgaben von der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, die ihr Wort auch noch dazu gegeben hat. Wir haben in der Zwischenzeit neue Gesetze bekommen. Einige machten es etwas einfacher, andere haben uns vor neue Herausforderungen gestellt. Alle Interessen hat man immer wieder aufgenommen. Man hat sie bearbeitet und die Stunden, die aufgewendet wurden um zu diskutieren, abzuwägen, die Momente, in denen man hart um die beste Lösung gerungen hat, die sind zahllos. Scheue Anfragen hat man genauso bearbeitet, wie die radikalen Forderungen. Was man konnte, hat man aufgenommen und was man musste, hat man abgehobelt, gefeilt und geschliffen, bis es wieder in diesen Rahmen passte. In den Rahmen, den Sie uns vorgegeben haben.

Als grosse Herausforderung hat sich auch erwiesen, dass man nicht einfach unbebautes Land umzont oder neu beplant, sondern dass es um die Umgestaltung von Land geht, das seit 100 Jahren genutzt wird. Das Land wurde 1979 als Bauland definiert. Damals mit der Absicht, dass man es für Wohnen im Alter bebauen soll. Dass das nicht die einzig richtige Nutzung für das Areal ist, hat man spätestens nach der Expo.02 gesehen. Darum haben das Areal und auch die Industriehallen, die darauf stehen, Möglichkeiten für Zwischennutzungen aufgetan. Viele Arten von Nutzungen konnten sich in der langen Nutzungszeit dort etablieren und auch profitieren von der langen Zeit der Unsicherheit. Entsprechend fürchten heute viele zu Verlierern von der Neuplanung zu werden. Ich verstehe das. Ich verstehe auch die, die seit Jahrzehnten auf oder in der Nähe des Areals sind und sich Sorgen machen, um ihre Zukunft. Aber leider treffen Veränderungen immer Leute und Bedürfnisse und in Nidau besonders. Weil Nidau, das wissen Sie alle, ist eine kleine Stadt, nur 1,5 Quadratkilometer gross. In anderen Städten ist das höchstens ein Quartier und an einem Ende einer Stadt ist es häufig nicht so wichtig, was am anderen Ende passiert. Aber bei uns ist das anders. Egal, ob Regiotram, ein West-Ast, eine Curva oder die Neugestaltung vom Stedtli, um nur die neuesten Beispiele zu erwähnen. Es ist immer, mindestens gefühlt, ein Drittel oder sogar die Hälfte der Stadt, die in irgendeiner Art betroffen ist. Für AGGLOlac gilt das ganz besonders und auch weit über die Stadtgrenze hinaus, vor allem für die Stadt Biel, die einen grossen Landbesitz hat auf unserem Stadtgebiet. Aber auch für die Nachbargemeinden, wo viele Leute täglich und am Wochenende auf das Areal kommen. Sie sind dort auch Nutzer und haben Erwartungen, aber auch Hoffnungen und Ängste.

Die Ansprüche, die dieses Projekt erfüllen muss, sind so hoch und die Aufgabe, die Sie uns gegeben haben, ist so immens, dass es wirklich neun Jahre gebraucht hat, bis wir hinstehen und sagen können, dass jetzt unsere Planung reif ist, damit Sie sie beurteilen. Es gibt nichts, was wir in den letzten neun Jahren nicht geprüft, untersucht oder abgeklärt hätten und trotzdem muss ich hier heute sagen, dass Fragen offen bleiben. Nicht weil wir nicht gewusst hätten, wie weitermachen, sondern schlicht und einfach, weil man nie alle Fragen beantworten kann und weil jeden Tag neue dazu kommen, weil sich die Welt verändert.

Bei so einem grossen und komplexen Vorhaben wie AGGLOlac gilt das natürlich sowieso. Und ich muss es nochmal sagen, dass AGGLOlac nicht einfach ein Wohnbauprojekt ist. Es ist heute viel

mehr als eine Vision, es ist der Wille die Stadt zu erweitern und die alte Stadt mit der neuen zu  
215 verbinden. Es ist der Wille, die wunderbare Seebucht in Wert zu setzen und der Wille, mit einer  
neuen Marina einen Dreh- und Angelpunkt vom kulturellen Leben am Wasser zu entwickeln. Es ist  
kein Grössenwahnsinn, sondern das, was wir beim Besuch in fremde Städte früher oder später  
immer suchen. Nämlich das vielfältige, lebendige Leben am Wasser. All das können wir bei uns  
auch haben. Dank dem Landgeschäft mit der Mobimo können wir 42 Millionen Franken in die Inf-  
220 rastruktur für die Öffentlichkeit investieren. Und wir können noch mehr. Dank dem immensen In-  
vestitionsvolumen, das hier getätigt werden soll, kommen neue Impulse in unsere Region. Allein  
der Kaufkraftzuwachs, den wir in Nidau mit 60 Millionen Franken beziffern, wird einen enormen  
Schub in Nidau auslösen. Das bedeutet es hat mehr Leute, mehr Kunden in Nidau aber auch in  
der Innenstadt von Biel. Das bedeutet Aufträge für unsere KMU, es bedeutet Arbeitsplätze in der  
225 Region, es gibt Publikum für kulturelle Angebote, Gäste für die Gastronomie, Touristen für die  
Schiffahrt.

Wissen Sie, wie lange es her ist seit Nidau der letzte grosse Erweiterungsschritt gemacht hat? Es  
sind 50 Jahre her, seit die Bürgerbeunden überbaut wurden. Von 1950 bis 1975 hat sich die Be-  
230 völkerung in Nidau nahezu verdreifacht, innerhalb von 25 Jahren. Und 1975 hatte Nidau 8 800  
Einwohnerinnen und Einwohner, das waren 25 Prozent mehr als heute. Streng genommen dürfen  
wir bei AGGLOlac also gar nicht von Wachstum sprechen, sondern höchstens von Nachholen oder  
Aufholen. Oder schöner gesagt, vom à-jour bleiben. Wenn wir 1975 8 800 Leute sein konnten,  
wenn unsere Eltern und Grosseletern innerhalb von einer Generation so grosse Herausforderungen  
bewältigen konnten, warum soll das für uns heute nicht mehr möglich sein? Ist es wirklich ein  
235 Grund, Angst zu haben?

Werte Stadträtinnen und Stadträte, ich habe keine Angst. Ich habe keine Angst, weil ich weiss,  
dass die Projektgesellschaft hervorragende Arbeit geleistet hat. Weil ich weiss, dass man alles ge-  
prüft und abgewogen hat, was nur irgendwie möglich war. Aber ich sage auch nicht, dass jetzt  
alles perfekt ist. Ich bin aber überzeugt, dass es absolut das Beste ist, was hier und heute zu ha-  
240 ben ist. Es ist das Beste, was zu haben ist, wenn man so viele Ansprüche, so viele Vorgaben und  
Akteure unter einen Hut bringen muss. Und es ist das Beste, was zu haben ist, wenn man aus  
zahllosen und teilweise extremen Forderungen ein austariertes Projekt entwickeln muss. Ein  
mehrheitsfähiges Projekt, eines ohne radikale DNA, eines das nicht polarisiert, sondern eines, das  
in einem harmonischen Gleichgewicht ist. Das bedeutet gleichzeitig zu akzeptieren, dass nicht alle  
245 zufrieden sind. Und ein solches Projekt in Tat umzusetzen, da müssen alle helfen, damit man die  
Balance halten kann.

Darum fordere ich Sie auf, einen Schritt zurück zu machen. Betrachten Sie das grosse Ganze.  
Stellen Sie für einen Moment Ihre persönliche Überzeugung oder persönliche Betroffenheit in den  
Hintergrund und fragen Sie sich, ist dieses Projekt ein Mehrwert für die meisten? Politik bedeutet  
250 nämlich nicht, dass man es allen recht macht, sondern dass man das Beste für die Mehrheit sucht  
und findet.

Sie haben es heute Abend in der Hand zu entscheiden, ob das Projekt das Beste ist. Das Beste  
unter den bestehenden Rahmenbedingungen oder ob man nochmal darüber nachdenken sollte.  
Aber seien Sie sich bewusst, dass neue Rahmenbedingungen neue Betroffenheiten schaffen. Die  
255 harmonische Mitte zu finden wird sicher nicht einfacher und das alles zu finanzieren schon gar  
nicht. Es ist jetzt an Ihnen zu entscheiden, ob Sie diese Verantwortung übernehmen wollen, oder  
ob Sie den Entscheid dem Volk überlassen wollen.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich und der Nidauer Gemeinderat sind überzeugt, dass AG-  
GLOlac ein gutes Projekt ist. Ein gutes Projekt, das Nidau weiterbringt. Ein Projekt, das Wohl-  
260 stand, Sicherheit und Lebensqualität in Nidau, Biel und der ganzen Region stärkt. Ein Projekt, das  
nicht perfekt ist aber das bestmögliche in einer Stadt, wo immer alle betroffen sind. Aus unserer

Sicht hat es das Projekt verdient, dass man es dem Volk zum Entscheid vorlegt und ich empfehle Ihnen heute Abend das Projekt zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden. Ich möchte schliessen mit dem Zitat: Wer keine Vision hat, vermag weder grosse Hoffnung, noch grosse Vorgaben zu verwirklichen.

265

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Stadtpräsidentin Sandra Hess. Die interkommunale Kommission AGGLOlac hat die Entwicklung dieses Projekts jahrelang verfolgt und wir wollen es nicht unterlassen, der Präsidentin Hanna Jenni das Wort zu übergeben.

270

**Interkommunale Kommission AGGLOlac, Hanna Jenni:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Stadtpräsidentin, geschätzte Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Die interkommunale Kommission AGGLOlac wurde im Jahr 2010 als Begleitkommission eingesetzt und ich möchte hier die Empfehlung abgeben.

275

Am 1. März 2011 tagte die interkommunale Kommission AGGLOlac (IKA) zum ersten Mal. Am 22. Februar 2021 hielt sie ihre 22. und bisher letzte Sitzung ab. Bereits bei der Auswahl des privaten Partners waren die Präsidentin aus Nidau und der Vizepräsident aus Biel aktiv im Auswahlgremium. In den insgesamt 12 Stellungnahmen der IKA zuhanden der Gemeinderäte Biel und Nidau und der Projektgesellschaft AGGLOlac, nahm sie zu allen massgeblichen Entwicklungsschritten des Projekts Stellung, gab ihre Beurteilungen ab oder zeigte den Bedarf an zusätzlichen Präzisierungen auf. Eine regelmässige und konstante Forderung der Kommission war es, dass die Bevölkerung in die Projektentwicklung einbezogen wird. Dazu gehört aus ihrer Sicht, dass die strategischen Ziele des Projekts, namentlich bezüglich der angestrebten Bevölkerungsstruktur und des Publikums transparent aufgezeigt werden. Und die daraus abgeleiteten Nutzungen und Erschliessungen der einzelnen Zonen nachvollziehbar zu machen. Deshalb bestand die IKA auch immer auf eine intensive Information zum Nutzen von AGGLOlac für die Öffentlichkeit, der Grüngürtelzugang zum See, Marina usw.

280

285

In der Regel wurden die Stadtpräsidien von Nidau und Biel sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Projektleitung zum ersten Teil der Sitzung eingeladen, um die Kommissionsmitglieder aus erster Hand zu informieren, Fragen zu beantworten und Rückmeldungen entgegen zu nehmen. Der zweite Teil der Sitzung war der Diskussion unter den Kommissionsmitgliedern und der Erarbeitung der Stellungnahmen gewidmet. Regelmässig diskutiert wurde aber auch über die Aufgabe und die Rolle der interkommunalen Kommission, bzw. über die Auslegung der diesbezüglichen Bestimmungen ihres Pflichtenhefts. In ihren Stellungnahmen äusserte sich die Kommission konstant und mit fortschreitendem Projekt zunehmend vertieft zu Fragen der Nachhaltigkeit, des Baurechts und des gemeinnützigen Wohnungsbaus, der Energie und Mobilität, des Heimat- und Denkmalschutzes, sowie der Finanzierung und Realisierung. Sie wies jeweils auch auf mögliche Knackpunkte hin, welche die Akzeptanz des Projektes gefährden könnten. Von Beginn an vertrat die Kommission den Standpunkt, dass nebst der Energieversorgung auch der angestrebte Wohnmix einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit leistet. Sie sprach sich für eine dichte Überbauung aus, die Platz für Grünflächen und öffentlichen Raum lässt. 2014 ermunterte sie zum Mut zur Höhe und regte an, Hochhäuser nicht auszuschliessen. Der öffentliche Raum sollte abwechslungsreich gestaltet werden und eine vielfältige lebendige Nutzung ermöglichen. Die Überbauung sollte eine gewisse Durchgängigkeit aufweisen und ein ansprechendes Zentrum haben, wo sich Wohnbevölkerung und auch Auswärtige gerne aufhalten, damit ein lebendiges Quartier entstehen kann. Wichtig für die Akzeptanz des Projekts in der Bevölkerung war aus der Sicht der IKA zudem, dass der grosszügige Grüngürtel entlang dem See erhalten bleibt. Die Kommission forderte auch in den nachfolgenden Stellungnahmen immer wieder konkrete Massnahmen ein, die eine vielfältige

290

295

300

305



und lebendige Nutzung des Quartiers ermöglichen. Und zwar nicht nur in Bezug auf die Baukörper, sondern auch bezüglich anderer Aspekte, wie z.B. öffentliche Infrastruktur oder auch Schulraum und Turnhallen. Die Anliegen der Kommission wurden im Grundlagenbericht Infrastruktur Projekt Oberflächen und im Rahmenkonzept Mobilität aufgenommen. Die IKA strich positiv hervor, dass das Projekt sehr grosse Grünflächen und zahlreiche kreative Ideen für die Nutzung des Geländes enthält, z.B. der Eventplatz, das Erlenwäldli oder die Badebucht mit Steg.

Die Auszeichnung von AGGLOlac mit Zertifikat 2 000 Watt Areal in Entwicklung wurde von der IKA mit Freude aufgenommen. Verbunden mit der Forderung, dass der Nachhaltigkeit in der weiteren Projektentwicklung konsequent Rechnung getragen wird. In ihrer letzten Stellungnahme zeigte sich die IKA insgesamt befriedigt vom Projekt. Sie befand insbesondere, dass die öffentlichen Infrastrukturen entlang des Seeufers einen grossen Mehrwert für die Bevölkerung bilden und aus der Sicht der IKA wie geplant umgesetzt werden sollten.

Von Beginn weg forderte die IKA Vorgaben zum vorgesehenen Anteil an gemeinnützigen Wohnungsbauten. 2012 regte sie an, bereits in der baurechtlichen Grundordnung verbindlich zu erwähnen, wie hoch der angestrebte Anteil an gemeinnützigen Wohnungen im Quartier AGGLOlac sein soll. Im Sinne des verdichteten Bauens, zu Gunsten von Grünflächen und öffentlichem Raum, befasste sich die IKA mehrmals mit dem von ihr unterstützten Hochhausbau als Merkmal der Region, Mut zur Höhe.

Die IKA liess sich regelmässig informieren über die Verhandlungen betreffend die Landabgabe im Baurecht. Sie begrüsst, dass ein möglichst hoher Anteil des Landes im Baurecht abgegeben werden soll, da dies der Akzeptanz des Projekts AGGLOlacs in der Bevölkerung förderlich sei. Wichtig war der Kommission aber, dass damit keine Abstriche an der geplanten Infrastruktur verbunden sind. 2017 wies die Kommission die Gemeinderäte von Biel und Nidau darauf hin, dass die Motion «AGGLOlac. Abgabe des Baulandes im Baurecht» einen erheblichen Einfluss auf die Volksabstimmung zu AGGLOlac haben dürfte.

Die IKA wies seit 2014 regelmässig darauf hin, dass im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung auch ein Konzept zur Mobilität entwickelt werden muss. Konkret verlangte sie, dass aus dem Projekt hervorgehen muss, wie das Quartier AGGLOlac an den Bahnhof Biel und an den Campus Biel/Bienne angebunden werden kann. Zudem sollten innovative und nachhaltige Ideen zum öffentlichen Verkehr und zum Langsamverkehr auch über den Planungsperimeter hinaus - Bahnhof Biel, Campus Biel/Bienne, Seeufer-Gemeinden - vorgelegt und die Schnittstellen zum bestehenden ÖV und Langsamverkehrsnetz besser definiert werden.

2015 bemängelte die IKA, dass noch immer keine Überlegung zu einem Mobilitätskonzept dargelegt wurde. Ihr Beharren hatte Erfolg. 2017 wurde sie informiert, dass die Nutzungsplanung auch aufgrund der Rückmeldung der IKA stark abgeändert wurde. So wurde entschieden, ein Rahmenmobilitätskonzept auf Stufe Zonenplan zu erarbeiten, was in der Regel nicht vorgesehen ist. Die IKA nahm dies positiv zur Kenntnis und befand die Massnahmenvorschläge für die nachgelagerten Mobilitätskonzepte als detailliert und modern.

Zwei Jahre später konnte die IKA ebenfalls mit Genugtuung feststellen, dass mit dem Buskonzept 2020 das Gebiet AGGLOlac und damit auch der Zugang zum See durch den öffentlichen Verkehr optimal erschlossen wird. Sie erinnert aber daran, dass das Mobilitätskonzept mit der fortschreitenden Umsetzung der Überbauung AGGLOlac kontinuierlich den neuen Gegebenheiten angepasst werden muss und regte an, auch Überlegung zum privaten Bootsverkehr einfließen zu lassen.

2018 nahm die IKA zur Kenntnis, dass das Richtkonzept AGGLOlac 2018 gestützt auf die Beurteilung der kantonalen Denkmalpflege und der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission im Sinne des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) optimiert wurde. Die IKA folgte der Feststellung, dass das Schloss als Ortsbild relevantes Einzelobjekt eine identitätsstiftende Wirkung für Nidau hat, die unbedingt erhalten

werden muss. So erachtete sie auch die vorgesehenen Massnahmen zur Stärkung der Sichtachsen und für eine verbesserte Wahrnehmbarkeit des Schlosses, als sinnvoll.

2020 befasste sie sich mit dem Entwurf des Dealvertrags für die Realisierung des Projekts AG-  
360 GLOlac zwischen den Einwohnergemeinden Biel und Nidau und der Mobimo AG und gab dazu ihre  
grundsätzlich positive Stellungnahme ab. Bereits 2012 hat sich die IKA einstimmig für die Mobimo  
als privaten Partner ausgesprochen. Ausschlaggebend für die Kommission war, dass Mobimo parti-  
zipativ arbeitet und ein lokales Projekt realisieren will. Der Entwurf des Organisationsreglements  
Verband Seeufer Biel-Bienne wurde 2020 eingehend beraten. Die Kommission erachtet die Grün-  
365 dung des Gemeindeverbandes Seeufer Biel-Bienne als geeignetes Instrument, um das Land im  
Perimeter AGGLOlac als Lebens- und Wohnraum umfassend aufzuwerten. Die Kommission bezog  
detailliert Stellung zu den einzelnen Regelungen.

Und jetzt komme ich abschliessend zu den Empfehlungen unserer Kommission. Die IKA vertritt  
einstimmig die Ansicht, dass das vorgelegte Projekt alle nötigen Planungsschritte bewältigt hat  
370 und dementsprechend spruchreif ist, um dem Parlament von Nidau und Biel vorgelegt zu werden.  
Die Kommissionsmehrheit empfiehlt den Stadtratsmitgliedern von Nidau und Biel die Zustimmung  
zum vorliegenden Geschäft. Die Kommissionsminderheit empfiehlt dem Geschäft nicht zuzustim-  
men, weil sie das vorgeschlagene Projekt - aus unter anderem finanztechnischer Sicht - als be-  
denklich bewertet. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Die Stellungnahme liegt bei Ihnen als  
375 Tischvorlage auf, auch auf Französisch.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Hanna Jenni für diese Stellungnahme aus  
Sicht der IKA. Wir kommen jetzt zur Sprecherin und Präsidentin der Geschäftsprüfungskommis-  
sion, Susanne Schneiter Marti.

380

**Sprecherin GPK, Susanne Schneiter Marti:** Die Geschäftsprüfungskommission des Stadtrats  
von Nidau hat sich seit längerem intensiv mit dem Thema AGGLOlac beschäftigt. Die Mitglieder  
der GPK haben an der Sitzung vom 11. März 2021 die vorliegenden Dokumente, Verträge, bau-  
rechtliche Teilgrundordnung und Erläuterungen des Gemeinderats sowie die Abstimmungsbot-  
385 schaft an die Stimmberechtigten nach bestem Wissen und Gewissen geprüft.

Im Allgemeinen erachtet die GPK das Geschäft in vielen Punkten reif für die Besprechung im  
Stadtrat. Es gibt aber Punkte, die schwierig einzuschätzen sind und somit aus Sicht der GPK noch  
nicht besprechungsreif sind. Beispielsweise sind die finanziellen Folgen für den Verwaltungsauf-  
wand und die Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum nicht eindeutig ersichtlich aus den vor-  
390 handenen Unterlagen. Formulierungen betreffend Auswirkungen auf den Verkehr sind ebenfalls  
zum Teil nicht klar. Die GPK stellt auch fest, dass einige Zahlen im Verlauf des Prozesses nicht  
aktualisiert wurden und somit in den Unterlagen nicht up-to-date sind. Nichtsdestotrotz empfiehlt  
die GPK dem Stadtrat, auf dieses Geschäft einzutreten und zu beraten. Die GPK anerkennt, dass  
bis jetzt sehr viel Arbeit geleistet wurde und viel Zeit in das grosse Projekt geflossen ist. Darum  
395 erachtet die GPK es als wichtig, dass sich der Stadtrat dazu äussern kann und dem Gemeinderat  
eine Rückmeldung geben kann.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Susanne Schneiter Marti für die Stellungnahme  
der GPK. Wir kommen zum Geschäft. Wird das Eintreten bestritten? Das scheint nicht der Fall zu  
400 sein. Wie bereits im Eintretensvotum von mir erwähnt, möchte ich hier gerne Platz lassen für die  
Eintretensvoten der Fraktionen. Als erste Sprecherin, bitte ich für die Bürgerliche Fraktion  
Susanne Schneiter Marti nochmals ans Rednerpult.

405 **Bürgerliche Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Die Bürgerliche Fraktion bestreitet das Eintreten nicht.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank. Wir kommen zur Fraktion Grüne/EVP und ich bitte Fraktionspräsident Michael Rubin ans Rednerpult.

410 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** Guten Abend geschätzte Anwesende und Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause vor dem Bildschirm. Was für ein Geschäft mit einer langen Vorgeschichte, welche die Region und uns Ratsmitglieder im Besonderen schon lange beschäftigt. Die Fraktion Grüne/EVP ist bei diesem komplexen Geschäft gespalten, wird sich als Fraktion zu jedem Thema äussern und selbstverständlich steht es jedem Mitglied frei, seine Meinung in persönlichen  
415 Voten zu präsentieren. Uns ist es wichtig, dass wir heute Abend eine umfassende, sachliche, faire und respektvolle Debatte führen können. Danke und auf eine interessante Diskussion.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Michael Rubin. Als nächstes bitte ich Leander Gabathuler für die SVP-Fraktion nach vorne zu treten.

420

**SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauer hier im Saal und auch zu Hause vor dem Bildschirm. Die SVP Nidau lehnt AGGLOlac in der vorgesehenen Form ab und hat das auch schon über Jahre hinweg so kommuniziert. Wir haben klare Forderungen gestellt und konkrete Verbesserungspunkte aufgezeigt und angesprochen, die leider  
425 grösstenteils ignoriert wurden. Die SVP ist aber nicht grundsätzlich gegen ein Projekt auf der Expo-Brache. Auch wir haben keine Freude an dieser öden Kieslandschaft und an gewissen Gruppierungen, die ab und zu dort illegal campieren. Wir glauben, dass es aber auch in der Bevölkerung eine Mehrheit für die Entwicklung dieses Areals gäbe. Ich kann als Co-Präsident des Vereins «Stop AGGLOlac» sagen, dass es sogar unter der offiziellen Gegnerschaft dieses Projekts der Fall  
430 ist. Wir wollen, dass dort etwas läuft. Das vorliegende Projekt lehnen wir in dieser Form aber konsequent ab und die Umfrage, die am Montag publiziert wurde, hat gezeigt, dass das Projekt auch in der Bevölkerung einen schweren Stand hätte. Klar gibt es bei solchen Umfragen immer einen Streubereich, aber die Tendenz ist in diesem Fall nicht schön zu reden. Einverstanden, an die Bürgerliche Fraktion, dass die Bevölkerung mitreden können soll, und zwar von Anfang an. Sie  
435 soll weit mehr als nur bei einer Volksabstimmung Ja oder Nein sagen können. Sollte das Projekt an einem der Stadträte heute scheitern, werden wir uns für einen Dialogprozess stark machen, um die weitere Planung des Perimeters in Angriff nehmen zu können. Wobei die Bevölkerung, wie gesagt, von Anfang an mit an Bord sein soll. Einen entsprechenden Antrag würden wir ganz am Schluss dieser Sitzung stellen, wenn klar ist, was der Stadtrat entschieden hat.

440 Der Aufruf der Projektbefürworter, die Vorlage einfach zuhanden der Stimmbevölkerung durchzuwinken finde ich und wir von der SVP unhaltbar. Es ist schon fast ein Aufruf zur Arbeitsverweigerung. Es ist unsere Pflicht als Stadträte eine Vorlage bis ins letzte Detail zu prüfen und bei Mängeln die Vorlage abzulehnen. Stellen Sie sich mal vor, der Gemeinderat hätte uns letztes Jahr ein baulich mangelhaftes Projekt und ein inhaltlich höchst umstrittenes Projekt zum Neubau Beunden  
445 Ost präsentiert. Wir hätten das ja auch nicht mit dem Argument durchgewunken, dass das Volk es ablehnen soll, wenn es nicht passt. Diese Haltung ist aus unserer Sicht keine Art, eine Vorlage für das Stimmvolk aufzubereiten und als Stadträte sind wir dafür gewählt und werden auch dafür bezahlt, Vorlagen formell und inhaltlich zu prüfen. Wenn wir das nicht mehr machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann könnten wir den Stadtrat auch abschaffen. Uns braucht es definitiv  
450 nicht, nur um Vorlagen vom Gemeinderat unkritisch ins Stimmcouvert weiter zu befördern. Es würdigt auch nicht die grosse Arbeit, die Sie alle zur Vorbereitung dieser Sitzung gemacht haben.

Es ist für die Bevölkerung auch unzumutbar, Hunderte Seiten von Juristendeutsch durchzuwälzen und abschliessend zu beurteilen, ob alles in Ordnung ist. Das ist unser Job als Stadtrat. Unser Abstimmungsverhalten ist damit auch eine Abstimmungsempfehlung an die Stimmbevölkerung und ein Signal, dass die Vorlage abstimmungsreif ist und keine erheblichen Mängel aufweist. Und das ist bei AGGLOlac definitiv nicht der Fall. In einigen Punkten, wir haben es vorher gehört, wäre die Vorlage wahrscheinlich noch gar nicht beratungsreif für den Stadtrat und die GPK hat in gewissen Punkten, die Augen ganz fest zuge drückt, damit wir die Debatte hier, die wir der Bevölkerung und der Projektgesellschaft schulden, abhalten können. Ich bin jetzt auch schon seit über sieben Jahren Mitglied der GPK und ich kann Ihnen sagen, dass eine andere Vorlage, die in dieser Form dahergekommen wäre, wahrscheinlich postwendend zurückgewiesen worden wäre, würde es sich nicht um AGGLOlac handeln.

Es gibt grundlegende massive Vorbehalte von links bis rechts, in Biel wie auch in Nidau und es wäre auch keine gute Voraussetzung für eine Volksabstimmung. Wenn wir mit einer so grossen Vorlage vor das Volk gehen, was von sich aus schon eine grosse Hürde ist, dann muss eine Mehrheit, eine grosse Mehrheit der politischen Instanzen voll und ganz dahinterstehen, sonst ist ein Vorhaben schon von Anfang an zum Scheitern verdammt. Es wäre ja in der Schweiz einmalig, dass eine Regierung und ein Parlament, eine Vorlage verabschieden, nicht nur im Wissen, sondern vielleicht sogar still mit dem Hintergedanken, dass die Vorlage dann ja sowieso versenkt wird. Diverse Befürworter des Projekts haben sich privat ja schon geäussert, dass die Vorlage sowieso keine Chance habe und abgelehnt werden würde. Mit dieser Haltung würde der Stadtrat die Verantwortung einfach abschieben und für die Befürworter, die allmählich gemerkt haben, dass ihnen die Felle davon schwimmen, wäre das natürlich eine angenehme Lösung.

Ich muss aber auch ehrlich sagen, dass gerade aus unserer kritischen Sicht, das auch gemächlich und einfach wäre. Einfach Durchwinken ohne kritisch zu prüfen und das Volk versenkt die Vorlage anschliessend. Aber nochmal, das kann nicht Sinn und Zweck einer sachlichen Stadtratsdebatte sein. Es geht aus meiner Sicht um den Respekt gegenüber der Bevölkerung, dass wenn wir eine Vorlage vorlegen, dass die sauber abgeklärt ist und eine Mehrheit im Stadtrat geniesst. Ich muss sagen, wenn der Stadtrat diese Vorlage einfach durchwinken würde, das haben wir in den Medien schon gehört, dann würden Mobimo und «Stop AGGLOlac» mit je einer riesigen Kampagne kommen und in diesem ganzen Abstimmungsgetöse würde kaum mehr diskutiert werden, was auf Seite 87 in irgendeinem Vertrag zu Ungunsten der Gemeinde ausgehandelt wurde. Die projekt ablehnenden Vertreter würden dann als Paragrafenreiter, als Neinsager und Verhinderer abgestempelt werden, was auch schon im Vorfeld zu dieser Stadtratsdebatte zu Genüge der Fall war. Kritische Stimmen wurden zum Teil auch aus den eigenen Reihen teils aufs Übelste beschimpft und angegangen. Ich möchte aber hier auch klar festhalten, dass das niemand hier anwesend betrifft. Das waren vor allem Leute von ausserhalb, nicht aus Nidau.

Es gibt auch einen erheblichen Vorteil, wenn wir das Projekt bereits hier im Stadtrat kritisch unter die Lupe nehmen und wenn wir kollektiv zur Meinung kommen, dass es nicht reif für eine Abstimmung und nicht im Sinn von Nidau ist, dass wir es bereits hier im Rat ablehnen. Und das Volks-Nein, von dem wir schon fast ausgehen müssen, dass es dazu kommen würde, wäre dann eine reine Interpretationssache, warum es gescheitert ist. Und die Projektgesellschaft würde bei einem allfälligen Nachfolgeprojekt, wenn möglich die gleichen Fehler nochmal machen. Die ganze Diskussion ginge wieder von vorne los und vielleicht gäbe es ein paar Anpassungen aber dann bekommt einfach der, der am lautesten schreit etwas. Und das kann nicht das Ziel sein.

Das Ziel der heutigen Sitzung ist es, der Projektgesellschaft mitzuteilen, was wir gut finden. Das möchte ich an dieser Stelle auch betonen. Es ist nicht alles schlecht. Das sagen auch wir als Projektkritiker. Es gibt auch Aspekte in diesem Projekt, die wir würdigen und loben müssen. Aber wir müssen heute Abend vor allem auch ansprechen, was wir so nicht akzeptieren können. Ein Nein

500 zu AGGLOlac in dieser Form, ist nicht ein grundsätzliches Nein zu einem Projekt. Ein Nein zu AG-  
GLOlac ist eine Chance für ein besseres, mehrheitsfähigeres Projekt, das die breite Kritik aus der  
Politik aber auch aus der Bevölkerung und von betroffenen Institutionen endlich aufnehmen kann.  
Die SVP hat insgesamt 20 Forderungspunkte formuliert, die nicht alle ablehnender Natur sind. Wir  
sind auch auf die Überlegungen der anderen Fraktionen gespannt und sind gerne bereit, mehr-  
505 heitsfähige Lösungen zu erarbeiten. AGGLOlac in dieser Form und insbesondere auch die techni-  
sche Themen zum Gemeindeverband und zum Vertrag, lehnen wir einstimmig ab. Zum Abschluss  
nochmal, dass das Volk differenziert bei einer solch riesigen Planung mitreden können soll, und  
zwar von Anfang an, wenn das Projekt heute in Biel und oder auch in Nidau scheitert, dann ist  
das unser Anliegen. Danke.

510

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Der Sprecher der SP-Frak-  
tion, Tobias Egger, bitte.

**SP-Fraktion, Tobias Egger:** Werter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste  
515 und liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause vor den Bildschirmen. Die SP ist in diesem  
Geschäft gespalten. Wir haben uns aber die Mühe genommen, zu jedem Unterpunkt des Ge-  
schäfts eine detaillierte Stellungnahme auszuarbeiten, die einerseits Voten beinhaltet, hinter de-  
nen die ganze SP stehen kann, aber gleichzeitig auch gewisse Bedenken der Gegner in unserer  
Fraktion beinhaltet, die das Positive herausstreicht, das von den Befürwortern aber auch von den  
520 Gegnern getragen werden kann. Weiter möchten wir gerne noch den Wunsch für eine sachliche  
und respektvolle Diskussion äussern. Danke.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke, Tobias Egger. Aufgrund von entsprechenden  
Anfragen im Vorfeld, wäre jetzt der Moment für Einzelvoten und persönliche Meinungen generell  
525 zum Projekt AGGLOlac. Das Ziel hier ist nicht, eine Diskussion zu führen, wir möchten nachher  
gerne zum Geschäft kommen. Das Geschäft, wie bereits erwähnt, wurde aufgeteilt in die einzel-  
nen Themen. Wem darf ich das Wort erteilen? Stadträtin Amélie Evard.

**Amélie Evard, FDP:** Werter Herr Stadtratspräsident, werte Stadtpräsidentin, liebe Mitglieder  
530 vom Gemeinde- und Stadtrat, werte Vertreterinnen der Medien und Zuschauer und Zuschauerin-  
nen zu Hause vor den Bildschirmen.  
Auch ich möchte gerne noch ein paar persönliche Gedanken und meinen Standpunkt zur heutigen  
Diskussion teilen und einbringen. Seit bald 20 Jahren liegt das alte Expo-Areal brach. Bis auf ein  
paar wenige Angebote, Konzerte und den immer wiederkehrenden Fahrenden, die wir wissen, seit  
535 Jahren in Nidau einen grossen Streitpunkt darstellen, passiert an dieser sensationell schönen  
Lage nichts. Das heisst die Bevölkerung hat und profitiert viel zu wenig von der aussergewöhnli-  
chen Lage am See. Die Vision von der Stadt am See kann endlich Wirklichkeit werden. Mitten in  
der Agglomeration Biel-Nidau soll mit AGGLOlac ein Quartier entstehen, das für die Bevölkerung  
viel zu bieten hat. Grosszügige Erholungsflächen und Grünanlagen, erfrischende Wassersport-  
540 und Freizeitangebote, sowie attraktiver Wohnraum an besterschlossener Lage, und nicht nur im  
Sommer sondern ganzjährig. Um so ein Projekt zu lancieren, braucht es Mut, Offenheit, Kreativi-  
tät und ein gewisses Mass an Zukunftsvision für unsere Stadt und nicht zuletzt für die ganze Re-  
gion. Sprich es braucht den Willen, Nidau im Speziellen und die Region im Allgemeinen, vorwärts  
zu bringen. Leider ist die Angst vor Veränderungen, Neuem und auch die Entwicklung von Nidau  
545 bei vielen zu gross oder der Wille für dieses Ziel schlicht und einfach nicht vorhanden. Das leider  
auch bei vielen jungen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die anstelle von fortschrittlichen  
Innovateuren zu Verhinderern werden. Die Verhinderungspolitik, die in meinen Augen in Biel seit

Jahren und hier in Nidau auch immer mehr betrieben wird, macht mich doch sehr nachdenklich. Statt zusammen Nidau voran zu treiben und noch attraktiver zu machen und solche chancen-  
550 trächtigen Projekte umzusetzen, werden nur noch Stopp-Komitees gegründet, die alles kurz vor der Realisation und nach jahrelanger Arbeit versenken. Und das notabene, ohne das Volk darüber entscheiden zu lassen. Natürlich stimmt bei einem solchen Projekt in dieser Dimension auch für mich nicht jedes Detail. Auch ich hätte bei einzelnen Punkten andere Ansätze oder Lösungen be-  
555 vorzuzug. Aber es wäre doch eine Illusion zu denken, dass das bei solch grossen und komplexen Projekten, die über fast 10 Jahre erarbeitet werden, jemals möglich ist, mit allem 100 Prozent einverstanden zu sein. Unsere Aufgabe ist es, Leander Gabathuler hat es vorher gesagt, Risiken und Stärken und Chancen von diesem Projekt zu analysieren und zu überprüfen, um anschlies- send abzuwägen, was überwiegt.

Ich persönlich habe das gemacht und ich persönlich will unsere Stadt vorwärtsbringen und ich  
560 finde das Projekt AGGLOlac ist eine grosse Chance für Nidau und unsere Region in ihrer Entwick- lung. Das Projekt bietet enorm viele Stärken und Chancen aber auch kalkulierbare Risiken. Das Parlament hat im Jahr 2013 den Auftrag erteilt dieses Projekt mit diversen Auflagen auszuarbei- ten, die Seezone zu entwickeln und es dem Volk zu unterbreiten. Dies ist mit dem vorgestellten Konzept erfolgt. Meines Erachtens überwiegend erfolgreich. Und ich möchte hier noch einmal be-  
565 tonen, dass 100 Prozent Perfektion und vollkommene Kompromisslosigkeit bei solchen Projekten nie erreicht werden können. Das müssen wir uns schon bewusst sein. Wir haben unsere Arbeit gemacht und jetzt ist es an der Bevölkerung den Entscheid zu treffen, ob AGGLOlac realisiert wird oder nicht. Ich bitte doch einige, ihre Partikularinteressen und Ideologien zurück zu stecken und nicht über ein solches Jahrhundertprojekt entscheiden zu lassen und das Schlusswort bei einem  
570 500 Millionenprojekt der Bevölkerung zu überlassen. So wie sich das hier auch gehört. Und lieber Herr Stadtratspräsident, sollte sich hier heute Abend wirklich die Pattsituation bei der Abstim- mung ergeben und Sie haben den Stichentscheid, müsste man sich schon gut überlegen, ob das noch etwas mit Demokratie zu tun hat, wenn ein Vorstandsmitglied vom Komitee «Stop AGGLO- lac» bei diesem Jahrhundertprojekt das letzte Wort hat.

575

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Amélie Evard, ich erteile das Wort an Stadträtin Esther Kast.

**Esther Kast, Grüne:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende, analog oder digital. Ich  
580 bleibe wie als ehemalige Stadtratspräsidentin beim Schriftdeutsch. Das hat auch damit zu tun, dass ich will, dass mich möglichst viele Leute verstehen und ich kann euch allen sagen, dass mein Berndeutsch nicht wirklich toll ist.

John F. Kennedy hat mal gesagt: «Manche Menschen sehen die Dinge wie sie sind und sagen wa-  
rum. Ich träume von Dingen, die es nie gab und sage, warum nicht».

585 Ich träume von einem autofreien Quartier und auch etwas weniger dicht verbaut. Wo soll ein sol- ches Quartier entstehen, wenn nicht 500 Meter vom Bahnhof entfernt, also nur sechs Minuten. Dann wäre eben auch der erwartete Mehrverkehr bereits ein bisschen eingedämmt. Zusätzlich ist es für die Energiestädte Biel und Nidau ein Bekenntnis zur 2 000 Watt Gesellschaft. Ich träume von einem Quartier mit Bauten im Minergie P, Minergie A Eco-Standard. Als ein Quartier, das  
590 noch einen Schritt weitergeht, als es Mobimo eigentlich schon geplant hat. Was heute visionär ist, ist morgen Standard und übermorgen überholt. Wir haben das bei der Strassenbeleuchtung gese- hen. Halogen war top, als wir diese installiert haben, dann kam LED, LTT und schon wenige Jahre später sind Halogen-Lampen überholt.

Genau darum müssten wir wagen, so energetisch wie nur möglich zu planen, graue Energie zu  
595 vermeiden und beim Abschluss der Überbauung noch ein gutes Projekt zu haben, auf das wir

stolz sein können. Ich träume von der Umsetzung des Grüngürtels, wie dieser geplant ist. Ich vertrete klar die Meinung, dass dieser Grüngürtel für die Bevölkerung frei zugänglich sein muss, dies zum Leidwesen gewisser Vereine. Dies soll auch geschehen, ob AGGLOlac gebaut wird, oder nicht. Das vorliegende Projekt mutet an, wie die ersten Schritte eines Kindes. Es ist in vielen Be-  
600 langen noch wackelig und wenig mutig. Es ist ein mediokres Projekt, was die Überbauung anbe-  
langt, klar visionärer beim Grüngürtel zwischen den beiden Strandbädern. Doch wenn es uns ergeht, wie bei den Altlasten bei der Esplanade, dann wird die Bereitstellung des Bodens so teuer, dass wir beim tollen Grüngürtel abspecken müssen.

Mobimo ist klar eine gewinnorientierte Firma, aber dies ihnen vorzuwerfen, finde ich ein bisschen heuchlerisch. Unsere Gesellschaft ist gewinn- und leistungsorientiert und viele hier drin begrüßen tiefere Steuern, um selbst ein bisschen mehr Geld zu haben. Übrigens profitieren davon meistens nur die, die wirklich Geld haben. Die Grünen waren die einzigen, die sich vor einigen Jahren gegen eine Steuersenkung ausgesprochen haben. Ja, liebe Anwesende, ich träume von einem Leuchtturm-Projekt, das sich zur Nachhaltigkeit bekennt und dem Klimanotstand Rechnung trägt und das weit über beide Energiestädte Biel und Nidau hinaus zu strahlen vermag. Um es mit Walt  
610 Disney zu sagen: «If you can dream it, you can do it.» Danke.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Esther Kast, als nächstes folgt Stadtrat Tobias Egger.

615

**Tobias Egger, SP:** Besten Dank. Auch ich werde mein kommendes Votum auf Schriftdeutsch halten, weil es sehr wichtig ist, dass es alle verstehen. Die Art und Weise, wie mit dem vorliegenden Geschäft umgegangen wird, erinnert mich ein wenig an den Besuch der alten Dame von Friedrich Dürrenmatt. Wenn auch in dieser Geschichte Nidau gemeint ist und nicht etwa Güllen,  
620 so gibt es einige unverkennbare Parallelen. In unserem Falle heisst die alte Dame Mobimo und will ein Säckli mit 500 Millionen Franken verteilen. So viel Geld hat sich wohl noch nie in unser schönes Seeland verirrt. Entsprechend euphorisiert und betrunken von einer Vision erscheinen gewisse Exponenten heute Abend. Genau so heftig, wie sie dafür sind, so heftig bekämpfen sie ihre Kritiker. Gerade vorhin gehört, gegen Markus Baumann. Als wir uns zum ersten Mal öffentlich  
625 gegen AGGLOlac positioniert haben und Kritik angemeldet haben, stürzte sich das halbe Nidauer Polit-Establishment auf uns, als hätten wir den Abriss des Schloss Nidau oder gar die Fusion mit Biel gefordert. Wie kann man nur Nein sagen, wie kann man nur nicht dafür sein, das ist doch die letzte Chance auf den grossen Coup, den Lottogewinn. Den lehnt man auch nicht ab, Stadträte winkt einfach durch. Nein. Was die Befürworter vergessen und hier hören die Parallelen auch  
630 schon auf, unsere alte Dame ist gekommen, um zu bleiben. Mobimo hat sich ein exklusives Planungsrecht von 50 Jahren zusichern lassen und bereits rund 6 Millionen oder mehr investiert. Auf die gesamte Investitionssumme gesehen, ist das ein Klecks im Scheckbuch, das zahlen sie aus der Portokasse. Wie der Mobimo Manager Andreas Hämmerli selbst in kleineren Kreisen gesagt hat, sollte eine erste Runde scheitern, so hat wohl das Menu noch nicht ganz gestimmt. Also geht  
635 man über die Bücher und richtet neu an, bis das Rezept passt. Das ist kein Drama, weder für uns noch für den Investor. Um bei den Metaphern zu bleiben, es geht heute nicht um das Haar in der Suppe, sondern es geht darum, den Finger dort drauf zu halten, wo erhebliche Mängel existieren. Ich bitte euch deshalb, dieses Geschäft und euer Gewissen ordentlich zu prüfen. Es ist einfacher ein Geschäft noch einmal in kürzerer Zeit, besser aufbereitet hier zu beraten, als es an einer To-  
640 talopposition an der Urne scheitern zu lassen. Wenn es sich hier wirklich um ein Jahrhundertprojekt handeln sollte, dann kann es einige Korrekturen und eine Ehrenrunde längstens aushalten. Besten Dank.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tobias Egger. Ich erteile das Wort Stadträtin Kathleen Lützelschwab.

**Kathleen Lützelschwab, SP:** Guten Abend, lieber Stadtratspräsident, werter Gemeinderat, liebe Kollegen und liebe Gäste live oder online. Ich mache es Hochdeutsch, wie meine Vorredner. Hier meine ganz persönliche Ansicht. Seit fast 20 Jahren fahre ich fast täglich an einer Brache vorbei und würde mich freuen, wenn hier endlich etwas Schönes entstehen würde. Ich bin eine Befürworterin von AGGLOlac. Nicht von Anfang an, aber das jetzt vorliegende Projekt überzeugt mich. Am Anfang war ich skeptisch und ängstlich, die Dimensionen machten mir Angst. Aber mit all den Anpassungen und Veränderungen und Kompromissen, bin ich jetzt beruhigter und besänftigt. Die lange Planung hat sich für mich zum Positiven gewendet. Von früheren Städtereisen, es ist leider schon eine Weile her, zum Beispiel nach Oslo oder Lyon, wurde ich in meinem Entschluss bestärkt. Dort traf ich genau solche Überbauungen am Wasser. Verdichtet gebaute Quartiere im Zentrum und am Wasser, moderne vielfältige Gebäude mit ganz unterschiedlicher Nutzung. Helle grosse Wohnungen, Museen, Geschäfte, Restaurants usw. Viele Menschen, Touristen wie ich im Café, spielende Kinder, Geschäftsleute, Strassenkünstler, alles total belebt. Dazwischen viel Grün und Freiraum.

Für mich überwiegen die Vorteile unseres Projektes ganz klar. Ich zähle hier nicht alles auf, ich erwähne nur die Wichtigsten. Es gibt eine attraktive Uferzone, sie ist grösser als jetzt, mehr Grün und mehr Bäume. Das Erlenwäldli wird in einen Auenwald zurückgeführt, das Ufer am See wird renaturiert usw. Dann die öffentliche Nutzung, Platz für Events, die endlich mit Toiletten und Strom erschlossen sind und wo alle profitieren können. Das verdichtete Bauen im Zentrum und nicht auf dem Land, das gibt weniger Verkehr von der Agglomeration in die Stadt hinein und weniger Zersiedelung. Die Leute können wegen der Zentrumsnähe aufs Auto verzichten. Nidau ist jetzt schon ein sehr attraktives Wohngebiet und es kann mehr Wohnungen brauchen. Auch beim Verkehr wurde ein gangbarer Kompromiss für mich gemacht. Zum Beispiel die 75 Prozent der Parkplätze, die unterirdisch geplant sind. Dann die offenen Strandbäder im Winter, die ökologischen Aspekte, die 2 000 Watt-Zertifizierung, der Anschluss ans Seewasserwerk. Die Grünflächen zwischen den Gebäuden und die begrünten Dächer, die sich auf das Stadtklima auswirken werden. Dann die favorisierten Holzbauten, die abwechslungsreiche Fassadengestaltung und die verschiedenen Geschosshöhen. Und am Schluss die Aussage, dass die Nachfrage das Tempo bestimmt. Es wird also etappenweise gebaut, es kann korrigierend eingegriffen werden, falls die Nachfrage ändert. Es ist eine Entwicklung möglich und es geht nicht von heute auf morgen. Mobimo hat schon ganz viele Zugeständnisse und Kompromisse gemacht, es wurden in den letzten 10 Jahren jedes kleinste planbare Detail angedacht, besprochen und geklärt. Verschiedene Fachleute haben sich jahrelang damit beschäftigt. Auch der Stadtrat hat die Planung bewilligt und vorangetrieben. Warum jetzt plötzlich dieses Zaudern? Es braucht jetzt von uns unbedingt ein Ja, damit es vors Volk kommt. Ein Ja bedeutet, dass das Volk mitbestimmen kann. Die Stimmberechtigten haben ein Recht, sich dazu zu äussern. Ich finde es unbedingt nötig, ja unabdingbar, dass wir jetzt die Meinung des Volkes erfahren und nicht nur via eine Umfrage in einer lokalen Zeitung, die war für mich nämlich viel zu wenig repräsentativ. Ich hätte mit meinen fünf verschiedenen Mailadressen wahrscheinlich fünfmal abstimmen können. Ich weiss nicht mehr genau wie lange es her ist, aber ich war noch ein Kind oder sicher Jugendliche, da wurde darüber abgestimmt, dass die Uferzone um den Bielersee der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Also lasst uns jetzt endlich handeln. Ich habe keine Lust mehr, noch einmal 20 Jahre darauf zu warten und das wären wohl unsere Aussichten, wenn wir jetzt nicht Ja sagen. Ich selber würde sehr gerne in AGGLOlac wohnen, je höher oben, umso besser.



**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Kathleen Lützelschwab. Ich erteile das Wort Stadtrat Nils Kallen, anschliessend Paul Blösch und Brigitte Deschwanden Inhelder.

695 **Nils Kallen, SP:** Guten Abend, geschätzte Ratskolleginnen, liebe Anwesende und Zuschauende von zu Hause. Ich werde es in dem Fall jetzt meinen Vorrednern gleich tun und die folgende Rede auch auf Hochdeutsch machen, damit mich möglichst viele verstehen.  
Ich kann verstehen, dass bei einer bald 20 Jahre ungenutzten Brache das Bedürfnis stark ist, diese endlich zu füllen. Obwohl man hier auch erwähnen sollte, dass insbesondere in den letzten  
700 Jahren, diverse Versuche diesen Freiraum kreativ und längerfristig zwischen zu nutzen, torpediert wurden. Es ist beinahe so, als hätte man befürchtet, dass sich die Bevölkerung an diesen flexiblen nutzbaren Freiraum etwas zu fest hätte gewöhnen können. Ich kann auch verstehen, dass bei einem mehr als 10-jährigen Projekt der Impuls besteht, trotz offensichtlicher Einwände und Mängel, dieses Projekt auf Biegen und Brechen durchführen zu wollen. Man kann sagen, was lange  
705 währt, wird endlich gut. Ich finde, wenn man eine neue Hüfte braucht, lässt man sich nicht die Schulter operieren. Mindestens seit der am Montag veröffentlichten Umfrage sollte doch klar sein, dass das vorliegende Projekt in seinen Dimensionen und seiner aktuellen Ausgestaltung den Bedürfnissen der hier in Nidau und Biel lebenden Bevölkerung vorbeigeplant ist und eine Abstimmung aktuell kaum Chancen hat. Man kann eine Ablehnung im Stadtrat jetzt darstellen, dass man  
710 der Bevölkerung den Entscheid vorenthalten will. Man kann sagen, dass wir hier im Stadtrat unsere Arbeit gemacht haben, winken das Projekt durch und lassen das Volk entscheiden. Man kann es aber auch anders sehen und wir geben dem Gemeinderat noch einmal die Chance, das Projekt so anzupassen, dass es wirklich die bestmögliche Lösung für die, von unserer wertigen Stadtpräsidentin viel beschworenen Mehrheit sein kann. Vielen Dank.

715

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Nils Kallen, als nächstes bitte ich Stadtrat Paul Blösch nach vorne.

**Paul Blösch, EVP:** Guten Abend miteinander. Ich bleibe beim Berndeutsch und möchte den Satz  
720 an den Anfang stellen, den mir meine liebe Frau gesagt hat, als ich heute Abend von zu Hause fort gegangen bin: «Reg dich nicht auf». Ich möchte dem treu bleiben, trotz gewissen Voten, die mich wirklich etwas aufgeregt haben.  
Ich möchte zuerst noch sagen, dass wir in der Fraktion gespalten sind, wie das unser Fraktionspräsident gesagt hat. Ich möchte aber ganz klar sagen, dass wir als EVP uns sehr wohl fühlen in  
725 der Grünen Fraktion und schätzen es sehr, dass man uns mit einer anderen Meinung akzeptiert. Jetzt zu dem, was mich etwas aufgeregt hat, weil ich ein paar Mal den vom «Durchwinken» gehört habe. Das stimmt einfach nicht, niemand hat die Absicht geäußert und ich glaube, es ist auch niemand hier drin, der dieses Geschäft einfach durchwinken würde. Sonst hätten wir heute Abend gar nicht zu kommen brauchen. Wir sind hier um dieses Geschäft zu diskutieren, Be-  
730 schlüsse zu fassen und es nachher nach Möglichkeiten dem Volk vorzulegen. Ein Mitwirkungsverfahren hat es bereits gegeben, das Volk konnte mitwirken. Sie konnten ihre Meinung einbringen, aber wir wissen, dass das Mitwirkungsverfahren auch den Nachteil hat, dass alle, die eine Idee eingebracht haben, nachher das Gefühl haben, dass das so im Projekt kommen müsse. Somit haben jetzt auch viele in diesem Projekt Fehler gefunden, Sachen, die nicht drin sind oder eben drin  
735 sind und ihnen nicht passen. Die Summe von all diesen negativen Punkten könnte man mit dem Sprichwort zusammenfassen, «viele Hunde sind des Hasen Tod». Also wenn viele einen Punkt finden, der ihnen nicht passt, dann ist dieses Projekt gescheitert. Und wenn das Projekt jetzt scheitert, dann bin ich gar nicht überzeugt, dass wir in fünf Jahren mit einem neuen Projekt viel weiter sind, weil es werden die gleichen Diskussionen kommen. Die einen wollen mehr Ökologie, andere

740 wollen mehr Parkplätze, die einen wollen dichteres oder weniger dichtes Bauen. Ich glaube, diese Grundfragen, die werden in einem neuen Projekt genauso kontrovers diskutiert. Darum plädiere ich für einen mutigen Entscheid, damit wir zu diesem guten ausgereiften Projekt AGGLOlac stehen. Vielen Dank.

745 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Paul Blösch. Es folgt Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder und anschliessend Hanna Jenni, bevor wir ins Geschäft einsteigen.

**Deschwanden Inhelder Brigitte, SP:** Herr Stadtratspräsident, Frau Stadtpräsidentin, werte Anwesende und Zuschauer, guten Abend miteinander. Liebe Ratskollegen, ganz klar, bin ich für die Annahme dieser Vorlage. Habe ich doch zuerst 10 Jahre in der Expopark-Kommission die Kommission präsiert und war dann schon mal, wie heute, in dieser Situation, ein Projekt mitbegleitet zu haben, dass dann kurz vor der Volksabstimmung gestorben ist. Ich wünsche mir sehr, dass dieses Projekt vor das Volk kommt und die Bevölkerung ihre Meinung kundtun kann. Weil, einmal müssen wir das Volk fragen, und wenn dieses Projekt hoch abgelehnt wird, dann sind wir wirklich auf dem Holzweg. Aber wenn zugestimmt wird, haben wir eine gute Arbeit geleistet. Das Volk nicht zu fragen, fände ich schändlich. Es ist meines Erachtens Zeit, dass das Stimmvolk sich äussern kann. Es ist lange, intensiv und differenziert geplant worden, es liegt ein Projekt vor, welches die verschiedenen Bedürfnisse abdeckt und welches in sich finanzierbar ist. Für mich ist das Herzstück der Planung, das ökologische Konzept mit der Pflanzung von über 600 Bäumen. Mit der Anlage von Uferwegen, Sträuchersäumen und der Renaturierung des Seemätteli, mit Badesteg, mit einer Aufwertung des Auenwaldes (dem jetzigen Erlenwald). Meine Damen und Herren, ganze 68 Prozent des Planungssperimeters, stehen der Bevölkerung zur Verfügung. Dass die Grüne Fraktion solch gewichtige Vorteile nicht wahrnimmt, ist für mich unverständlich. Falls das Projekt überarbeitet und redimensioniert wird, befürchte ich, dass genau aus diesem Konzept, dem Herzstück, Teile herausgestrichen werden. Dieses Konzept ist der grösste Gewinn für die gesamte Bevölkerung. Zu meinen, wir könnten dieses Geld - ungefähr 40 Millionen Franken - ohne Biel und Mobimo aufbringen, ist absolut illusorisch. Endlich einen Eventplatz, wo der Technikurm schon steht, erlaubt, dass da jährlich viele Kleinkonzerte Theater und Spektakel stattfinden können, und nicht nur alle drei Jahre ein Anlass. Ein Spielplatz für Kinder ist seit 20 Jahren überfällig aber wir bringen nichts zu Stande. Wassersport und Grillplätze erlauben der Bevölkerung zahlreiche Aktivitäten in Seenähe. Kooperationen mit Lakelive und anderen Kulturorganisatoren sind bereits in der Planung. Das ist doch das, was sich alle wünschen. Die Verdoppelung der Marina wird eine einzigartige Ambiance an den See bieten. Nidau wird in die ganze Region hinausstrahlen. Zu guter Letzt muss betont werden, dass die ganze Bebauung mit dem Label Energie 2 000-Watt nachhaltig und ökologisch ist. Die Vorteile lassen für mich nur ein klares Ja zu und ich hoffe, dass die Mehrheit im Rat auch so denkt. Machen wir einen mutigen Schritt vorwärts. Vielen Dank.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank und zu guter Letzt noch Stadträtin Hanna Jenni.

780 **Hanna Jenni, PRR:** Ich möchte hier noch meine ganz persönliche Meinung dazu sagen. Selbstverständlich hat es auch für mich in dieser Vorlage der eine oder andere Punkt, der mich nicht zufrieden stellt. Ich möchte zum Beispiel ein höheres Hochhaus. Aber an all die Gegner, die sich auch äussern dürfen und ihre Bedenken preisgeben können: Es ist einfach schade, dass in unserer Gesellschaft immer nur die, die motzen und nicht zufrieden sind, mehr gehört werden. Oder man nimmt sie mehr wahr, als die Zufriedenen, die kein grosses Aufsehen machen. Es kam das Argument, dass die Bevölkerung mitwirken können soll. Es war so, es wurde ein Ideenwettbewerb

gemacht, eine Mitwirkung und auch wir hier im Stadtrat haben das Geschäft nicht heute zum ersten Mal auf dem Tisch. Wir haben schon Kredite gesprochen, wir haben schon die Machbarkeitsstudie und verschiedene Berichte erhalten. Es ist nicht neu. Und vorbeiwinken, da bin ich ganz fest überzeugt, dass will hier keiner von uns. Ich will hier einfach allen Mut machen, die sich auch dafür einsetzen können, dieser ausbalancierten Vorlage, die wir hier haben, zustimmen zu können.

795 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Stadträtin Hanna Jenni. Das ging etwas länger als geplant, aber ich glaube, es ist wichtig, dass sich hier die einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier persönlich äussern konnten.

Ich komme jetzt kurz zum Ablauf. Vorgängig wurden Sie bereits über Ihre Fraktionspräsidien und auch von mir per E-Mail informiert. Dieser definierte Ablauf ist zusammen mit den Fraktionspräsidien entstanden, um eine möglichst grosse Transparenz in diesem komplexen Geschäft und dem komplexen Ablauf gewährleisten zu können.

Wie bereits erwähnt, wird das Geschäft in mehrere Themen unterteilt, wie auch ersichtlich ist auf der Traktandenliste. Wir haben zum ersten das Organisationsreglement des Gemeindeverbands Seeufer Nidau-Biel/Bienne. Wir haben zweitens den Vertrag AGGLOlac, inklusiv Thematik Mehrwertabgabereglement. Wir haben drittens die baurechtliche Teilgrundordnung, die wiederum in Unterthemen aufgeteilt ist. Und wir haben den Verpflichtungskredit. Die Diskussion erfolgt jeweils zu den einzelnen Traktanden und ich bitte Sie sehr, auch bei diesem Thema zu bleiben, damit wir uns nicht verlieren und den roten Faden beibehalten können, um möglichst speditiv durch die Geschäfte gehen zu können. Der Ablauf ist so, dass zuerst die Stadtpräsidentin oder der Vize-Stadtratspräsident das Geschäft vorstellt, dann die GPK und die Fraktionserklärungen folgen und anschliessend die Diskussion mit den Einzelvoten. Nach jedem Traktandum wird die Abstimmung durchgeführt.

Sollte es zu einer Änderung kommen, die beide Städte betrifft, z.B. einer Änderung im Organisationsreglement vom Gemeindeverband, so kommt es zu einem Differenzbereinungsverfahren.

815 Zwischen den Städten muss neu verhandelt werden und dann muss das Geschäft wieder in beiden Stadträten beraten werden. Bei einem Nein zu einem Thema, gilt das Geschäft als gescheitert. Die Sitzung wird so oder so fortgesetzt, um der Projektgesellschaft ein möglichst umfassendes Bild über die Meinung der Parlamentarierinnen und der Parlamentarier in Nidau abzugeben. Das gleiche Vorgehen gilt auch unabhängig davon, was in Biel entschieden wird. Sollte Biel vor

820 Nidau einen Entscheid fällen, so werde ich den dem ganzen Rat so schnell wie möglich, zwischen zwei Voten, mitteilen, um die Ruhe zu bewahren und alle auf dem aktuellen Stand zu halten. Bei einem Nein in Biel während unserem Ratsbetrieb, gilt das Geschäft auch als gescheitert für heute Abend. Mobimo hat die Möglichkeit mit einem neuen Projekt zu kommen. Die Abstimmungsbotschaft wird bei einem Nein in Biel oder Nidau nicht mehr behandelt, weil es keinen Sinn macht,

825 eine Abstimmungsbotschaft aufzusetzen, wenn das Geschäft sowieso geändert wird. Auch wenn es in Nidau eine Mehrheit geben sollte.

Wie in den Fraktionen besprochen wurde und aufgrund vom Wunsch der Fraktionspräsidien, wird unsere erste Vizepräsidentin, Naomi Kallen, die wichtigsten Pro und Contra Argumente notieren und am Schluss dem Rat vortragen.

830 Wir bedanken uns bereits jetzt bei den Fraktionen für alle Argumente, die vorgängig eingereicht wurden. Das Vorgehen findet aber nur statt, wenn das Geschäft vom Stadtrat in Nidau angenommen wird und Biel nicht vorgängig ein Nein beschlossen hat. D.h. wenn wir bis zur Abstimmungsbotschaft kommen. Bei einer Ablehnung in einem der beiden Räte, ist das Geschäft gescheitert und die Abstimmungsbotschaft wird wie erwähnt nicht mehr behandelt. Bei einem Ja können die

835 Argumente noch ergänzt oder entfernt werden. Das Ratsbüro wird die Argumente für die Abstimmungsbotschaft aufbereiten und die Abstimmungsbotschaft per se wird gemeinsam im Rat erarbeitet.

Sind zu diesem Vorgehen jetzt noch Fragen? Es ist relativ komplex, darum möchte ich die gerne noch beantworten, um nachher direkt mit dem Organisationsreglement zu starten. Es scheint alles klar zu sein.

840

### ***Organisationsreglement des Gemeindeverbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne»***

---

845 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Dann gelangen wir jetzt zum Organisationsreglement des Gemeindeverbands Seeufer Nidau-Biel/Bienne. Die Städte wollen gemeinsam einen verlängerten Arm zur Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen schaffen. Für detailliertere Informationen zum Organisationsreglement übergebe ich das Wort unserer Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

850 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende, ich werde zuerst nochmal den Grundmechanismus erläutern. Nidau und Biel legen ihr Land, das sie auf diesem grossen Areal gemeinsam besitzen, zusammen. Das heisst, dass auch der Erlös, den sie zusammen durch die Abgabe im Baurecht und den Landverkauf erwirtschaften, in einen gemeinsamen Topf eingelegt wird. Als man 2013 diesen Mechanismus und die Rahmenbedingungen festlegte, ging man davon aus, dass die Zusammenlegung im Rahmen einer Infrastruktur- bzw. Immobiliengesellschaft passieren soll. Man hätte dort eine privatrechtliche Aktiengesellschaft gegründet, hätte das Land eingegeben und die Gesellschaft hätte es dann verkauft. Das Meccano ist jetzt anders, man hat sich entschieden, einen Gemeindeverband zu gründen und der Gemeindeverband ist dann zuständig für die Abgabe im Baurecht oder für den Landverkauf und ist zuständig für die Erstellung der öffentlichen Infrastruktur. Also er erhält die ganzen 89 Millionen Franken, die aus diesen Transaktionen fliessen und muss diese entsprechend einsetzen, investieren. Dass man das so macht, hatte einerseits steuerliche Gründe, andererseits aber auch weil der Entscheidung, dass man einen grossen Teil des Landes im Baurecht abgibt, die Situation nochmal verändert hat. Es ist darum unabdingbar, dass man ein gemeinsames Gefäss findet, das beiden Gemeinden gehört und sicherstellt, dass alles, was geplant ist auch so umgesetzt werden kann und die Finanzen dafür auch zur Verfügung stehen und vor allem auch langfristig gesichert sind. Also nicht in den Gemeinderechnungen geführt werden. Man hat darum eben den Gemeindeverband gegründet und der ist das eigentliche Vollzugsorgan für all das, was man in dem Vertrag mit Mobimo und Biel und Nidau untereinander abgemacht haben.

865  
870 Der Gemeindeverband hat eigentlich zwei Aufgaben. Er muss dem Investor das Bauland baureif zur Verfügung stellen, sprich er muss es von der Archäologie befreien, man kann natürlich nicht alles rausnehmen aber er muss die Verträge, die man mit dem Kanton über die archäologischen Ausgrabungen abgemacht hat, vollziehen. Das Land muss von den Altlasten im Boden beseitigt werden, die bestehenden Gebäude müssen abgebrochen werden und die ökologischen Ausgleichsmassnahmen müssen vorgenommen werden. Ebenfalls werden die Zahlungen geleistet für die Drittgrundstücke.

875  
880 Die zweite Aufgabe ist es, dass das Gebiet AGGLOlac als Wohn- und Lebensraum aufgewertet wird, dass die öffentliche Infrastruktur erstellt werden kann und dass sie unterhalten und bewirtschaftet wird. Der Gemeindeverband, so hat es der Stadtratspräsident gesagt, fungiert als verlängerter Arm der Gemeinden. Darum übertragen ihm Nidau und Biel ihre Grundstücke unentgeltlich, was sicherstellt, dass es da keine steuerlichen Folgen hat. Das ganze Gebiet wird Eigentum

des Gemeindeverbandes und ist damit Eigentum der beiden Städte. Mit Ausnahme, und das möchte ich betonen, von den Strandbädern. Diese bleiben im direkten Eigentum der Städte und werden also nicht in den Gemeindeverband eingegeben. Einen Teil wird der Gemeindeverband an  
885 Mobimo verkaufen, das ist etwa ein Drittel des eingegebenen Landes. Zwei Drittel gibt er im Bau-  
recht ab, mindestens der Teil, der fürs Bebauen vorgesehen ist und der allergrösste Teil verbleibt  
beim Gemeindeverband, insbesondere der Uferpark, der Hafen und die übrigen öffentlichen Flä-  
chen. Die Mitglieder des Gemeindeverbandes sind die Städte Biel und Nidau. Die Organe der Ver-  
bandsgemeinden sind die Gemeinderäte, die Delegiertenversammlung und der Vorstand. Je zwei  
890 Mitglieder beider Gemeinderäte bilden den Vorstand. Der Vorstand beschliesst sämtliche Ausga-  
ben, die es für die Erfüllung der vertraglichen Abmachungen braucht. Und das unabhängig ihrer  
Höhe. Das erscheint komisch, aber Sie müssen sich vorstellen, dass mit der Verabschiedung des  
Geschäftes, die Erstellung der öffentlichen Infrastruktur und die Abgabe des Landes im Baurecht  
beschlossen wird. Im Normalfall müsste ja so ein Baurechtsvertrag vor das Volk, aber das pas-  
895 siert hier eigentlich schon, das entscheidungskompetente Organ legt das heute schon fest. Darum  
kann man den Gemeinderat, oder in diesem Fall den Gemeindeverband mit dem Vollzug beauftra-  
gen. Zu dem gehört auch der Bau des Hafens, das habe ich schon gesagt. Der Gemeindeverband  
bleibt so lange bestehen, bis alle Aufgaben erfüllt sind.

Der Vorstand des Gemeindeverbandes setzt sich aus den Gemeinderäten zusammen und das hat in  
900 den vergangenen Tagen zu Fragezeichen geführt. Das ist keine Machtkonzentration, sondern ein  
zweckmässiges und gängiges Mittel, das habe ich schon einmal gesagt, dass man auch einfach  
den Gemeinderat mit dem Vollzug der Aufgaben betrauen könnte. Aber weil es eben der Gemein-  
deverband ist, muss man ein neues Organ bestimmen und das ist in dem Sinn der Vorstand des  
Verbandes. Aber eigentlich ist es der Gemeinderat, es ist nur eine weitere oder andere Ebene.  
905 Wichtig ist es auch zu sagen, dass es nicht ein «Hinterzimmergebilde» ist, sondern eine absolut  
öffentliche Angelegenheit. Alles, was der Gemeindeverband macht und entscheidet, ist öffentlich.  
Das ist auch im Reglement festgelegt. Sie haben jederzeit Einsicht in alles, was dieser Gemein-  
deverband macht oder beschlossen hat. Das ist voll transparent, wie das übrigens immer ist bei Ge-  
meindeverbänden. In Nidau sind wir uns das ja eigentlich gewöhnt. Wir haben viele Aufgaben, die  
910 im Rahmen von Gemeindeverbänden erfüllt werden und Sie können sich selber überlegen, wann  
Sie zum letzten Mal das Gefühl hatten, dass Sie kein Mitspracherecht im Gemeindeverband ha-  
ben. Meistens macht der Gemeinderat diese Arbeit und meistens gibt es auch nicht gross Anlass  
zu Diskussionen. Ein Beispiel ist der Oberstufenverband, der auch im Rahmen eines Gemein-  
deverbandes geregelt ist und auch dort sehen Sie jederzeit, was sie machen und für was sie Geld  
915 ausgeben. Sie können auch über den Stadtrat Einfluss darauf nehmen, wenn Sie etwas anderes  
haben möchten. In dem Sinne ist ein Gemeindeverband nichts Spezielles für Nidau, es ist einfach  
in diesem Fall und in dieser Aufgabenstellung etwas aussergewöhnlich und vor allem von einer  
sehr grossen Dimension.

920 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Herzlichen Dank für diese Ausführungen, Sandra Hess.  
Ich bitte die Sprecherin der GPK, Carmen Lucchini ans Rednerpult.

**Sprecherin GPK, Carmen Lucchini:** Werte Stadträtinnen, werte Stadträte, geschätzte Kollegen  
und Kolleginnen, liebes Publikum. Das Geschäft wird von der GPK einstimmig an den Stadtrat  
925 übergeben. Die GPK hat folgende Bemerkungen. Mit der Annahme des Organisationsreglements  
gibt der Stadtrat Einflussmöglichkeiten ab. Die GPK erachtet das Organisationsreglement als  
rechtlich und formell korrekt. Die Erläuterungen im Vortrag des Gemeinderats erachtet die GPK  
als zu kurz. So ist zum Beispiel die Nachzahlungspflicht der Gemeinden nach Artikel 41 nicht er-

930 wähnt. Deshalb möchte die GPK auf folgenden Punkt aufmerksam machen. Wenn sich der Verband finanziell nicht selber tragen kann, müssen sich die Verbandsgemeinden je zur Hälfte am ungedeckten Aufwandüberschuss beteiligen.

Ob der Verband es schafft, sich selbst zu finanzieren kann die GPK nicht beurteilen. Selbst wenn der Gemeinderat das Risiko als gering bewertet, kann die GPK dies wegen fehlender Berechnungen nicht nachvollziehen. Gemäss Artikel 40 kann ein Betrag an die Städte nur ausbezahlt werden, wenn sämtliche langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vertrag AGGLOlac und Mobimo erfüllt worden sind.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank der GPK. Als ersten Fraktionssprecher bitte ich den Fraktionspräsidenten Grüne/EVP, Michael Rubin, ans Mikrophon.

940

**Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** In der Fraktion Grüne/EVP steht die Organisationsform des Gemeindeverbands nicht grundsätzlich zur Diskussion. Die Vorteile eines solchen Verbands sind unbestritten. Trotzdem kann dem vorliegenden Vorschlag nur eine Minderheit zustimmen.

945 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Michael Rubin. Als nächstes bitte ich den Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler, an das Rednerpult.

**SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gemeindeverband, das haben Sie gehört, ist eine sehr technische Angelegenheit. Es geht nicht darum Bäume zu pflanzen oder wie hoch ein Hochhaus sein soll, sondern es geht darum, wie wir uns als Städte organisieren. Wir haben dazu sechs Argumente, die ich Ihnen gerne präsentieren möchte.

950 Kurz zusammengefasst, ist der Gemeindeverband eigentlich eine Stadt innerhalb der Städte. Es ist eine rechtlich eigenständige Trägerschaft, abgekoppelt von den ordentlichen politischen Abläufen und Gremien. Die Stadträte hätten hier nur noch sehr bedingt ein Mitspracherecht und die ordentlichen Kontrollorgane, die Geschäftsprüfungskommission und Aufsichtskommission, würden durch das Regierungsstatthalteramt ersetzt. Das lehnen wir ab.

955 Die ordentlichen politischen Instanzen sollen für Ländereien, die auf unserem Gemeindegebiet liegen und uns gehören, weiterhin vollständig zuständig sein. Durch den Gemeindeverband ergibt sich auch eine enorme Machtkonzentration auf die Gemeinderäte. Durch die Abkoppelung erhalten der Vorstand und die Delegiertenversammlung, d.h. die Gemeinderäte der beiden Städte, eine enorme Macht über diesen Perimeter. Und sie verfügen auch ein von den Städten abgekoppeltes Budget. Dadurch entsteht auch ein gewisser Interessenskonflikt. Das lehnen wir ebenfalls ab. Die demokratische Kontrolle über das neue Quartier oder diesen Perimeter, muss aus unserer Sicht bei den Behörden bleiben.

965 Drittens, das Land muss bei den Gemeinden bleiben. Das Land muss unter der demokratischen Kontrolle von uns bleiben. Das haben wir mit der Einreichung der Baurechtsmotion vor ein paar Jahren gefordert und über den Verkauf von einem Teil der Flächen an den Investor, kann man zwecks Optimierung der Finanzen durchaus diskutieren. Die vorgesehene 65:35 Aufteilung zwischen Baurecht und Verkauf scheint für uns vernünftig. In keinem Fall darf man aber unser Land unentgeltlich in eine andere Trägerschaft übertragen.

970 Viertens, kein oder nur eingeschränktes Mitspracherecht der Bevölkerung. Die Referendumshürde von 1 000 Unterschriften, wie das mit dem Reglement vorgesehen ist, ist aus unserer Sicht viel zu hoch. Sofern ein Beschluss, insbesondere in Nidau, umstritten wäre - z.B. Lärmproblematik - könnten wir in Nidau die 1 000 Unterschriften ohne Schützenhilfe aus Biel, kaum alleine sammeln. Ohne Gemeindeverband gälte weiterhin die übliche und gut erreichbare Hürde von 200 Unterschriften in unserem Stedtl.

Fünftens, die finanzielle Tragbarkeit ist völlig unklar. Der Gemeindeverband ist eine finanzielle Blackbox. Es besteht keine Finanzplanung für den Gemeindeverband, es ist völlig unklar, wie die erwarteten Einnahmen und Ausgaben aussehen würden und es ist auch zu befürchten, dass es in der Investitionsrechnung zu Abweichungen kommen wird. Auch hier müssten die Städte nachfinanzieren. Das vorliegende Geschäft, sie haben es von der Vorsprecherin gehört, wäre eigentlich noch gar nicht beratungsreif. Wir können die finanziellen Auswirkungen und die finanzielle Tragbarkeit dieses Gemeindeverbandes noch gar nicht abschätzen.

Damit kommen wir zum letzten Punkt, Punkt 6 - faktische Defizitgarantie. In Artikel 40 und 41 steht die Regel, dass die Städte einen allfälligen Verlust vom Gemeindeverband nachfinanzieren müssen. Der Gemeindeverband wiederum kann nur unter ganz speziellen Bedingungen einen potenziellen Gewinn an die Städte ausschütten. D.h. nur wenn sämtliche auch langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mobimo und den Verbandsverpflichtungen einwandfrei erfüllt werden. Eine solche vertragliche Verpflichtung dürfen wir als Stadt niemals eingehen. Wir haben es vorhin gehört, was eigentlich die Aufgaben des Gemeindeverbandes sind: Baulandbereitstellung und Infrastrukturerstellung sowie Unterhalt. Das könnte unsere Stadt ja auch, das machen wir seit Jahren auf unserem Stadtgebiet. Das können wir für die Entwicklung auf diesem Perimeter auch selber bereitstellen. Wir haben auch gefragt, wer den Unterhalt der Oberflächen übernehmen wird und bekamen als Antwort, dass man das noch nicht genau wisse aber wahrscheinlich würde das auch weiterhin die Stadt Nidau machen, sprich der Werkhof und die Stadtgärtnerei. Für uns ist darum nicht wirklich ersichtlich, wieso man überhaupt die Lösung vom Gemeindeverband jetzt ein paar Wochen vor den Beratungen in den Stadtparlamenten plötzlich auf den Tisch knallt. Das Beispiel Oberstufenverband, ein Schulverband, wurde genannt. Dort sehen wir als gutes Beispiel, dass wir Einfluss haben und das Reglement anpassen können aber wir sind auf den Goodwill unserer Partner angewiesen. Wenn Biel oder Mobimo nicht will, dann gibt es keine Anpassung. Aus all diesen Gründen lehnen wir das Organisationsreglement einstimmig ab und als Feedback an die Projektgesellschaft für die weitere Planung in diesem Perimeter, sollte das Geschäft heute scheitern, wollen wir eine Lösung ohne Gemeindeverband.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Leander Gabathuler. Als nächstes möchte ich die Sprecherin der SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab nach vorne bitten.

**SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab:** Die SP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Zuerst die positiven Punkte. Die Form des Gemeindeverbands ermöglicht eine zweckmässige Umsetzung. Es sind verbindlich die Behörden zuständig, unabhängig von irgendwelchen Legislaturperioden. Es ist klar geregelt, wer zuständig ist, wenn in 100 Jahren das Baurecht ausläuft. Auf dem Gebiet ergeben sich grosse Chancen, um Einnahmen zu generieren. Und es gibt auch einen steuerrechtlichen Grund, alle anderen Formen wären finanziell nicht tragbar, weil diese Form steuerbefreit ist. Unsere Kontrahenten sind nicht prinzipiell gegen diesen Gemeindeverband. Die Organisationsform wird nicht bestritten. Sorgen gibt es vor allem wegen finanziellen Folgen für den Gemeindeverband. Es ist unklar, wie Unterhalt und Abschreibungen finanziert werden sollten. Und für sie überwiegen die Risiken gegenüber den Chancen eines Gemeindeverbandes.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke der Sprecherin der SP-Fraktion. Für die Bürgerliche Fraktion bitte ich Stadtrat Thomas Spycher nach vorne.

**Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Herr Präsident, liebe Damen und Herren hier anwesend und zu Hause. Die Bürgerliche Fraktion ist einstimmig für die Annahme dieses Reglements.

Der Verband, wir haben es gehört, ist primär ein Vollzugsorgan, wie in Artikel 3 beschrieben. Diskutiert wurde bei uns speziell Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe c betreffend Schadloshaltung. Es geht da um die Beseitigung der Altlasten und die Umsetzung der Archäologievereinbarung des Kantons Bern. Es geht darum, dass der Käufer ein sauberes Bauland erhält. Gerüchte, wonach dies ein Mobimo freundlicher Passus sei, sind falsch. Jeder andere allfällige Partner würde sich eine solche Regelung ebenfalls ausbedingen. Thematisiert wurde bei uns auch Artikel 7 wegen den Organen. Ein Teil unserer Fraktion ist tatsächlich auch der Meinung, dass eine breitere Definition, mit dem Einbezug der Legislative, wünschbar wäre. Nach Diskussion von verschiedenen Szenarien kommen wir aber zum Schluss, dass die vorgeschlagene Lösung die effizienteste ist, und übrigens auch gängige Praxis. Uns käme es jedenfalls nicht in den Sinn, wegen einer kleinen Unschönheit dieses Reglement abzulehnen. Schliesslich haben wir auch Artikel 12 diskutiert, betreffend die fakultativen Referenden. Die vorgeschlagenen 1 000 Unterschriften beziehen sich auf beide Verbandsgemeinden als Total. Wir sind nicht ganz sicher, ob das alle so verstanden haben. So gesehen, ist die Hürde vertretbar. Ein deutlich tiefere Unterschriftenzahl würde den Verband in seiner Handlungsfähigkeit allzu sehr einschränken. Die Referendumsmöglichkeit von einem Gemeinderat einer Gemeinde ist aber zu begrüßen. Und zuletzt noch ist folgendes Gerücht im Zusammenhang mit dem Reglement aufgetaucht, nämlich die Fusion von Nidau und Biel, was all die Probleme lösen würde und das Gefäss gar nicht notwendig wäre. Für uns Bürgerliche ist das überhaupt keine Alternative zu diesem Reglement. Ein solches Vorhaben würden wir mit aller Vehemenz bekämpfen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank für die Ausführungen der Bürgerlichen Fraktion, Thomas Spycher. Die Diskussion ist jetzt eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen? Michael Rubin.

**Michael Rubin, Grüne:** Thomas Spycher hat es schon vorweggenommen, die angesprochene Fusion. Ich wollte mich davor hüten, dieses Thema anzuschneiden, aber es wurde jetzt schon genannt und ich finde es schade, wenn man das zum Vorherein als Alternative ablehnt. Ich weiss, dass es nicht populär ist und ich bin mir bewusst, dass es im Moment keine Mehrheit dafür geben würde, aber ich meine, dass man das Thema trotzdem prüfen und immer wieder aufs Tapet bringen kann.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtrat Michael Rubin. Wünscht sonst noch jemand das Wort? Ich erteile der Stadtpräsidentin, Sandra Hess, das Schlusswort.

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Werter Herr Stadtpräsident, liebe Anwesende. Jetzt musste ich den PC mitnehmen, weil ich viel aufgeschrieben habe, da viel gesagt wurde, worauf ich eine Replik machen möchte. Ich möchte es noch einmal veranschaulichen, wie es läuft. Der Gemeindeverband erhält nicht gerade am ersten Tag, aber bald nach der Gründung, 89 Millionen Franken. Der Gemeindeverband muss mit diesem Geld alle Aufgaben erfüllen, die im Vertrag geregelt sind. Und alle Leistungen, die wir jetzt mit Ihnen, mit dem Volk und der Öffentlichkeit abmachen, und erbringen wollen. Der Gemeindeverband kann nur die gebundenen Ausgaben tätigen, die wir hier abmachen, weil er ist der verlängerte Arm, das Vollzugsorgan von diesem Vertrag. Die Nachschusspflicht, geschätzter Stadtrat Leander Gabathuler, besteht immer, die kann man sich nicht ausbedingen. Wenn die Gemeinden beteiligt sind und das Geld nicht ausreicht, so müssen sie immer nachzahlen. Man hat das in den Vertrag geschrieben, damit es klar ist. Aber wenn man es nicht geschrieben hätte, wäre es nicht anders. Das ist normal und man kann es sich nicht ausbedingen. Es geht nicht um Machtkonzentration, sondern um Verantwortung. Es stimmt, dass es



eine Konzentration von Verantwortung ist. Ich danke Stadträtin Kathleen Lützelschwab, die ausgeführt hat, dass es eben genau darum geht, dass alles was man abmacht und verspricht, was man machen will, über die Legislatur hinaus Bestand hat und nicht wieder gekippt werden kann.

1075 Darum ist das jetzt schon mit dem Vertrag abgemacht und darum übernimmt man jetzt diese Verantwortung. Das Land, so wurde vorgeschlagen, könne bei den Gemeinden bleiben. Das könnte man sich überlegen, das Problem ist aber, dass dann die Finanzierung nicht mehr aufgeht. Weil wir geben das Land ein und es ist die Basis, damit das hier alles entstehen und wachsen kann. Wenn man dies bei den beiden Städten lässt, bei Nidau und Biel, dann sind es die Städte,

1080 die über alles einzeln entscheiden müssen, ob man es machen will. Die Gelder fliessen dann in die Stadtrechnungen der Gemeinden oder vielleicht im besten Fall in eine Spezialfinanzierung aber es braucht jedes Mal einen Entscheid der Stadträte, wenn man ein Baurecht vergeben will oder eine grössere Investition tätigen möchte. Dann spielt es keine Rolle, wenn wir hier jetzt schon abmachen, dass wir dann diesen Hafen bauen wollen. Wir müssen jedes Mal wieder zu diesen Finanzen

1085 kommen, darum geht das auch nicht. Und die Hürde ist nicht so hoch, es geht nur um zwei Städte, die hier abmachen, was sie zusammen machen wollen. Nidau ist immer noch hoheitlich handelnde Behörde, das ist ganz wichtig. Die Frage wegen Lärmklagen, es ist nicht so, dass die beiden Städte oder der Verband darüber entscheiden, was man mit diesen Klagen macht, sondern Nidau bleibt immer noch eine Bewilligungsbehörde. Die Anfragen und Bewilligungen muss immer

1090 noch Nidau als Planungs- und Hoheitsbehörde vergeben. Aber man hat natürlich die Absicht ein Gefäss zu finden, das diese Events bewirtschaftet. Aber wenn es Lärmklagen oder ein Problem gibt, dann ist immer noch die Stadt Nidau als hoheitliche Behörde verantwortlich. Das ist nicht so, dass sich hier ein neues Gebilde etabliert. Die Aufgaben vergeben Sie heute, das habe ich schon gesagt.

1095 Dann noch zu den Ausschüttungen, es wurde gesagt, dass es sehr schwierig sei, zu diesem Geld zu kommen, wenn der Gemeindeverband Gewinn macht. Das stimmt und das ist absolute Absicht, weil es geht darum, dass der Gemeindeverband 99 Jahre seine Pflichten erfüllen kann. Dann muss er auch, wenn er zu viel Geld einnimmt, resp. Gewinn macht, diesen zurückstellen, damit er Geld hat, für Unterhalt und Sanierungen, die dann auch anfallen. Und dann gibt es noch

1100 einen fundamentalen Irrtum, so habe ich in den Beratungen festgestellt, Mobimo ist nämlich kein Teil dieses Gemeindeverbands. Absolut gar nicht. Der Gemeindeverband besteht aus der Stadt Nidau und der Stadt Biel, die gemeinsam eine Aufgabe erfüllen. Mobimo ist nicht Teil des Gemeindeverbands.

Noch ein Wort zur Rechnung. Es ist klar, dass der Gemeindeverband Aufgaben hat und den jährlichen Unterhalt finanzieren und mit den Einnahmen decken muss. Die Einnahmen sind am Anfang tief, das ist so. Am Anfang besteht noch nicht viel, womit man Einnahmen generieren kann, nicht mehr als heute. Mit zunehmendem Baufortschritt wird es mehr Einnahmen geben und entsprechend wird auch der Aufwand steigen. Und dass man heute noch nicht weiss, wer genau dann den Unterhalt machen wird, hat damit zu tun, dass diese Aufgabe einfach noch nicht vergeben

1110 wurde. Dass man die Aufgabe aber via Budget des Gemeindeverbands finanzieren muss, das ist ganz klar. Der Gemeindeverband erstellt ein jährliches Budget, das vom Vorstand und der Delegiertenversammlung genehmigt werden muss. Ich sage es noch einmal, dass das Parlament jederzeit volle Einsicht und die Befürchtung, dass man die Kontrolle verliert, muss man nicht haben. Sie können jederzeit Fragen zum Budget stellen, den Finanzplan anschauen und auch einfach mal in einer Stadtratssitzung oder per Telefon fragen, wenn Sie in die Bücher des Gemeindeverbandes schauen wollen. Es bestehen also keine Risiken für die Städte, die über die normale Budget- und Finanzplanung eines Gemeindegewesens hinausgehen und man muss hier auch keine Angst vor einem neuen Gebilde haben. Es ist ein neuer Gemeindeverband auf Grund und Boden der Stadt Nidau, zur Erfüllung der gemeinsamen hier und heute festgelegten Aufgaben, wobei die

1115

1120 Stadt Nidau und Stadt Biel überzeugt sind, dass es eine gute Sache ist. Darum empfehlen wir Ihnen, dieses Reglement anzunehmen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank, Stadtpräsidentin Sandra Hess. Wir gelangen zur Abstimmung.

1125

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 15 Ja / 15 Nein (Stichentscheid Vorsitz) gestützt auf Artikel 53 der Stadtordnung:

1130 1. Die Gründung und das Organisationsreglement des Gemeindeverbands «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» sowie den Beitritt der Stadt Nidau zu diesem Verband wird abgelehnt.

### **Vertrag AGGLOlac**

---

1135 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir gelangen zum zweiten Punkt, dem Vertrag AGGLOlac. Der Vertrag zwischen Nidau, Biel und Mobimo und die unentgeltliche Übertragung des Grundstücks an den Gemeindeverband braucht die Zustimmung des Stadtrats. Für genauere Ausführungen bitte ich auch hier die Stadtpräsidentin Sandra Hess ans Rednerpult.

1140 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Herr Stadtratspräsident, werte Anwesende. Der Dealvertrag, das ist worüber ich vorhin schon gesprochen habe. Das ist die Basis der ganzen Arbeit, die hier geleistet wurde. Es ist der Beweis, dass die Arbeit gemacht wurde, dass all die Überlegungen, die man sich gemacht hat und all die Visionen und Ideen, die man skizziert hat, dass diese tatsächlich auch in Tat umgesetzt werden können. Es ist ein 120-seitiger Vertrag, der regelt, welche  
1145 Grundstücke in den Gemeindeverband eingegeben worden wären, den Sie vorhin abgelehnt haben. Er regelt, was und wieviel zu welchen Teilen im Baurecht abgegeben werden soll. Es regelt den Anteil, den wir für genossenschaftlichen Wohnungsbau ermöglicht hätten und es regelt auch etwas, das vorhin fälschlicherweise behauptet wurde, nämlich dass Mobimo 25 Prozent von diesem Wohnraum, der entstehen sollte, auch 25 Jahre lang gehalten hätte. Das ist keine Planungsmacht, die man Mobimo damit gegeben hätte, sondern es war genau das Gegenteil. Man hatte  
1150 nämlich 2013 beim Investorenwettbewerb Angst, dass ein Investor kommt, etwas baut, hinstellt, verkauft und das Geld mitnimmt. Genau das wollte man nicht, darum sagte man von Anfang an, dass wenn man einen Investor findet, er sich verpflichten muss, mindestens 25 Jahre hier zu bleiben und mindestens 25 Prozent vom erstellten Wohnraum auch zu halten. Auch das hat man zum  
1155 Beispiel in diesem Vertrag geregelt.

Auch die Mehrwertabgabe ist in diesem Vertrag geregelt. Ich habe gehört, dass das zu Unmut geführt hat, weil man es falsch verstanden hat. Ich kann mir gut vorstellen, wieso das passiert ist, weil es wirklich auch eine Geschichte ist. Diese Mehrwertabgabe haben wir hier in Nidau ja nicht, das wissen Sie und da wurde ja auch gerade das Referendum gegen das Reglement ergriffen. Es  
1160 ist möglich, dass wir ab - ich sage mal - 1. Juli 2021 eine Mehrwertabgabe haben werden. Es ist nun so, dass diese Mehrwertabgabe erst dann eine Rolle spielt und zum Zuge kommt, wenn man eine neue Planung auflegt. Also dann, wenn man eine Ortsplanungsrevision macht und eine Mehrnutzung zulässt. Auf dieser Mehrnutzung kann man die Mehrwertabgabe erheben. Zum Zeitpunkt als man die teilbaurechtliche Grundordnung AGGLOlac zum ersten Mal aufgelegt hat, vor  
1165 zwei Jahren, da bestand kein Mehrwertabgabereglement. Darum kann man auf keine Art und

Weise, in keinem Fall und niemandem gegenüber jetzt eine Mehrwertabgabe geltend machen auf Nutzungen, die jetzt auf der, vielleicht noch zu verabschiedenden, Teilbaugrundordnung entstehen werden. Das ist einfach so, dass diese Mehrwertabgabe nicht gilt, weil die Planung bereits vor zwei Jahren aufgelegt wurde.

1170 Die Frage der Archäologie-Sicherung und der Altlasten werden in diesem Vertrag ebenfalls geregelt. Das habe ich auch eingangs gesagt, dass man dem Investor vertraglich versichert hat, dass er das Land von Altlasten befreit übernehmen kann, dass die Archäologie geregelt ist und all das. Weiter sind Finanzen und Zahlungsmodalitäten in diesem Vertrag geregelt und selbstverständlich auch das Richtprojekt.

1175 Das Richtprojekt «Citélac», darüber haben wir noch nicht gesprochen. Das liegt dieser ganzen baurechtlichen Teilgrundordnung zu Grunde. Da sprechen wir wahrscheinlich später noch davon. Dass alle drei Parteien die Verpflichtung und Gewährleistung haben, dass wirklich das umgesetzt wird, was man hier abmacht und verspricht, das alles regelt der Vertrag. Es ist eine Sicherheit für alle Beteiligten und eine Sicherheit, die auf eine lange Zeit hinaus Bestand haben muss. Darum  
1180 wurde er auch so umfangreich ausgearbeitet. Ich gehe davon aus, dass es Fragen dazu geben wird und ich werde die Gelegenheit dazu nutzen, zu diesen Fragen und Aussagen am Schluss auch nochmal eine Replik zu machen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Stadtpräsidentin Sandra Hess. Ich bitte  
1185 die Sprecherin der GPK, Pauline Pauli ans Rednerpult.

**Sprecherin GPK, Pauline Pauli:** Guten Abend. Der Vertrag wurde detailliert ausgearbeitet. Er birgt aber auch gewisse Risiken für den Gemeindeverband und indirekt für die Stadt Nidau, beispielsweise bezüglich Altlastensanierung. Der Vertrag impliziert, dass falls notwendig, mehrere  
1190 Träger des gemeinnützigen Wohnungsbaus fusionieren müssen, gemäss Seite 112 der deutschen Version und 113 der französischen Version des Vertrags. Mobimo und der Gemeindeverband sind nicht steuerpflichtig, da zum Zeitpunkt der öffentlichen Auflage kein Mehrwertabgabe-Reglement in Kraft war. Mit diesen Kommentaren übergibt die GPK das Geschäft einstimmig dem Stadtrat.

1195 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Pauline Pauli. Als ersten Fraktionssprecher bitte ich Martin Fischer für die Bürgerliche Fraktion ans Rednerpult.

**Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer:** Guten Abend. Wir haben in der Bürgerlichen Fraktion diesen Vertrag intensiv diskutiert, auseinandergenommen, wir haben zahlreiche Fragen gestellt  
1200 und auf die meisten eine befriedigende Antwort erhalten. Wir haben die Bedenken der Bevölkerung aufgenommen und den Vertrag auf diese Bedenken kritisch geprüft. Folgende Punkte haben aus unserer Sicht die grösste Tragweite: Wir finden es wichtig, dass die Kosten für die Archäologie-Ausgrabungen auf die 12,5 Millionen Franken gedeckelt sind, die für den Gemeindeverband anfallen würden. Das heisst nicht, dass wir der Meinung sind, dass dieser Kostenrahmen vollständig ausgenützt werden sollte. Wir stellen auch fest, dass der Preis des Baulandes angemessen ist  
1205 und auch nachdem man den Baurechtsanteil erhöht hat, dass der Quadratmeterpreis gestiegen ist. Wir sehen darin die Preissteigerungen im Immobilienmarkt abgebildet. Wie schon im Organisationsreglement erwähnt, finden wir es fair, dass man in einem Vertrag vereinbart und dem Käufer des Landes sauberes Bauland zu Verfügung zu stellen. Und sollten dort Mängel auftreten  
1210 ist es richtig, dass es eine Preisreduktion gibt, oder wie im Vertrag geregelt, dass man als Verkäufer, in diesem Falle der Gemeindeverband, diese Mängel auf eigene Kosten beseitigen muss. Wir sehen dort keine Bevorzugung der Mobimo. Das Thema der Mehrwertabschöpfung hat vorhin unsere Stadtpräsidentin sehr gut erklärt. Wir haben das überprüft und sind der Meinung, dass es

keine Benachteiligung von anderen Grundeigentümern in Nidau gibt und Mobimo keinen Sonderstatus hat. Die Mehrwertabschöpfung zieht in diesem Falle nicht. Mit diesem Vertrag wird ein Rahmen vorgegeben, der in diesem Quartier festlegt, wie der Baukörper quantitativ und qualitativ die Vorgaben zu erfüllen hat. Wir erachten diesen Vertrag als sehr detailliert, wir hätten aber im ökologischen und energetischen Bereich etwas mehr Mut erwartet, verstehen aber auch, dass das Thema ursprünglich im Zonenplan vorgesehen war, jetzt aber nach Ablehnung des neuen Energiegesetzes nicht so umgesetzt werden konnte. Die bestehenden Sachzwänge, die laufenden Baurechte und Benutzungsrechte liegen in der Natur der Sache. Wir sehen ein, dass es für die Betroffenen unangenehm ist. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die Veränderung eine Chance ist und dass im Rahmen von AGGLOlac und im Sinne der Allgemeinheit und für alle Betroffenen eine einvernehmliche Lösung möglich wäre. Der Vertrag ist sehr umfassend, Mobimo hat grosse Zugeständnisse gemacht und wir sind der Meinung, dass es kein besseres Angebot gibt. Sollte diese Vorlage im Rat abgelehnt werden, stehen wir für mögliche neue Investoren als unzuverlässige Partner da. Die Bürgerliche Fraktion empfiehlt daher einstimmig, diesen Vertrag anzunehmen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Martin Fischer, als nächster der Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck.

**Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck:** Werte Stadtpräsidentin, werter Stadtratspräsident, liebe Mitglieder beider Räte, der Verwaltung, liebe Anwesende und liebe Zuschauer zu Hause. In der Fraktion Grüne/EVP sind wir hier geteilter Meinung. Der Vertrag enthält sehr viele Themen, die erst in späteren Traktanden diskutiert werden sollten, aber hier bereits entschieden werden. Wir bringen darum die konkreten Kritikpunkte erst in den späteren Traktanden.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Döhrbeck. Ich bitte den Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler, nach vorne.

**SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Das ist das letzte Geschäft, das ich kommentiere, dann kommen die anderen Fraktionsmitglieder dran. Jetzt wo AGGLOlac gescheitert ist, möchte ich insbesondere auf eine Ziffer dieses Vertrags eingehen, nämlich die «allfällige Beendigung der Zusammenarbeit». Wenn sich die Städte von Mobimo trennen wollen, müssen sie diese auszahlen. Und zwar müssen sie die Vorfinanzierungen, die von Mobimo geleistet wurden, auszahlen. Diese Beträge betragen per 31. Dezember 2019, 5,5557 Millionen Franken. Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass wir das nicht wollen. Ich glaube, die Meinung hier im Rat ist nicht wie in Biel, wo es doch sehr emotionale Voten gibt gegen Mobimo und gegen den «Kapitalismus» im Ganzen. Ich glaube, diese Meinung ist hier nicht die Mehrheitsmeinung. Infolgedessen, möchte ich an dieser Stelle auch klarstellen, dass wir von dieser Option, die wir uns vertraglich gesichert haben, keinen Gebrauch machen sollten. Mobimo hat sich in den Planungsvereinbarungen von 2013 auch das Planungsrecht zugesichert, wir haben es vorhin gehört, für die nächsten 50 Jahre. Mit anderen Worten, sie hätte eine zweite, dritte, zehnte und zwanzigste Chance, innerhalb der nächsten fünfzig Jahre. Unser Auftrag ist es jetzt an einen Tisch zu kommen und mehrheitsfähige Lösungen zu suchen und Mobimo diese zweite Chance zu geben.

Rein inhaltlich zum Vertrag hätte es hier ein paar Punkte gegeben, die uns massiv gestört hätten. Im Grossen und Ganzen stimme ich aber der Stadtpräsidentin und meinem Vorredner zu, dass dieser Vertrag alles regelt zum ganzen Vorgehen, insbesondere der Überbauung, das ist unproblematisch. Es hätte aber zwei, drei Passagen drin, die wir so nicht akzeptieren würden. Das eine ist die Schadloshaltung, die wurde schon beim Organisationsreglement angesprochen. Nach Artikel 10.3.4 könnte Mobimo für die nächsten 20 Jahre sämtliche Kosten für die Altlastensanierung

geltend machen. Jeweils zwei Jahre nach Abschluss der Arbeiten. Das ist doch eine sehr einseitige Aufteilung der Kosten und Risiken. Wir vermuten was im Boden ist, aber wir wissen es nicht genau. Das Beispiel Esplanade wurde heute auch schon genannt. Vielleicht reichen die 4 Millionen Franken, vielleicht sind es dann auch 10 Millionen Franken, das ist schwer abschätzbar. Von den Planern wird bei solchen Riesenprojekten immer das Blaue vom Himmel versprochen und uns, das ist jetzt einfach eine Schätzung, scheinen die 4 Millionen Franken sehr tief. Wir würden uns vorstellen, dass in einen neuen Vertrag hier eine partnerschaftlichere Lösung, z. B. Fifty-Fifty Aufteilung, verhandelt wird. Genannt wurde auch die Mehrwertabgabe, da haben wir das Referendum ergriffen und das kommt am 13. Juni 2021 zur Abstimmung. Und aus meiner Sicht ist das aus direktdemokratischer Sicht sehr gewinnbringend. Ich möchte an dieser Stelle nochmal klarstellen, dass wir als Bürgerliche klar gegen eine solche Abgabe sind. Die Linken, und das ist legitim, sind dafür und das Volk soll entscheiden. Was uns, und mich persönlich hier massiv gestört hätte, ist wenn die Bevölkerung das Reglement annehmen würde und der Perimeter dann explizit von dieser Abgabe ausgenommen wird. Es wurde gesagt, dass es wegen den Spielregeln so ist, dass diese nicht während dem Spiel geändert werden, es wäre aber doch stossend. Und weil die Planung nun so nicht kommt, kann die Bevölkerung entscheiden und damit sind die Spielregeln fürs weitere Vorgehen klar, ob in Nidau und damit auch für diesen Perimeter eine solche Abgabe gelten soll, Ja oder Nein.

Wie eingangs erwähnt, stört uns der vorliegende Vertrag in einigen Punkten. Nicht als Gesamtes aber es hat doch einige Punkte, die uns sehr stören. Erwähnen möchte ich hier am Rand noch Punkt 6.4.3 auf Seite 86-87, das ist eigentlich eine Minderpreisregelung. Das heisst Mobimo könnte hier bis zur Zeichnung des Vollzugsvertrags gewisse Landpreise nochmal neu einschätzen, das auch sehr einseitig, weil die Gemeinden hier nicht das Recht hätten, einen eigenen Vergleich zu machen und müssten diese Entscheidung, falls es vors Obergericht geht, einfach akzeptieren. Aus diesen und auch aus strategischen Gründen, lehnen wir diesen Vertrag ab. Das stärkt dem Gemeinderat den Rücken für die weiteren Verhandlungen. Dass wir also das Zeichen geben an Mobimo, dass wenn wir weiter zusammen planen wollen, dann müssen wir solche Sachen partnerschaftlich und nicht einseitig regeln, wie das hier vorliegt. Das heisst, alle, die diesem Vertrag einfach zugestimmt hätten, nur damit die Vorlage vors Volk gekommen wäre, würde ich jetzt bitten, wenn sie auch diese inhaltlichen Bedenken teilen, diesen hier abzulehnen und damit den Gemeinderat bei den weiteren Verhandlungen zu unterstützen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Als letzten Fraktionssprecher bitte ich Stadtrat Damian Kessi von der SP-Fraktion ans Rednerpult.

**SP-Fraktion, Damian Kessi:** Guten Abend. Innerhalb der SP-Fraktion sind die Meinung zum vorliegenden Vertrag mit der Mobimo geteilt. Wir haben intensiv diskutiert und den anwesenden Gemeinderäten viele Fragen gestellt. Ich erläutere Ihnen sehr gerne, was die Pro und Contra Argumente innerhalb unserer Fraktion waren.

Für die Gegner der Vorlage, resp. dem Vertrag sind die Risiken der Ausgaben für die Altlastensanierung erheblich. Es gibt in der Region diverse Projekte, bei denen die Kosten solcher Altlastensanierungen dann deutlich höher waren, als die Schätzungen. Und es wäre für diese Vertreter unserer Fraktion wünschenswert, wenn das Risiko der Mehrkosten mit dem Investor geteilt werden würde. Eine solche Aufteilung würde die Akzeptanz in unserer Fraktion erhöhen. Für die Befürworter innerhalb unserer Fraktion ist es zu begrüssen, dass die öffentlichen Freiflächen als erstes umgesetzt und priorisiert worden wären. Die Etappierung der Landabgabe ist sinnvoll und der Vertrag enthält aus unserer Sicht alles Wichtige und ist rechtlich korrekt. Es bleibt ein gewisses Restrisiko bei der Sanierung der Altlasten aber dieses Risiko ist nach Ansicht der Befürworter

1310 tragbar. Mit der Mobimo hat man auch einen verlässlichen und liquiden Partner, der sich bisher immer dazu bereit erklärt hatte, auf Planungsschritte einzugehen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke, Damian Kessi. Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand das Wort? Dem ist nicht so. Wünscht die Stadtpräsidentin Sandra Hess das  
1315 Schlusswort?

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Herr Stadtratspräsident und liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich muss noch einmal auf diese Mehrwertabgabe zurückkommen. Wenn diese Mehrwertabgabe oder das Reglement bereits in Kraft wäre, dann wäre es nicht Mobimo, die diese Abgabe schulden  
1320 würde, sondern die Städte. Wir würden uns also selber diese Mehrwertabgabe schulden. Und es ist auch nicht so, dass man den Perimeter von der Abgabe befreien würde, sondern es ist so, dass bei der Planung, als sie aufgelegt wurde und man den Nutzungsmehrwert festgelegt hatte, dass dies damals nicht in Kraft war. Darum kann man es nicht abschöpfen, ausser dann, wenn man das Reglement wieder anpasst und neu auflegt. Wenn man dann eine Mehrwertabgabe hat, dann  
1325 kann man sie abschöpfen. Aber nur je nachdem, wenn sie es im Baurecht abgeben, dann sind es die Städte und wir können es uns selber in eine Spezialfinanzierung einlegen, wo wir es bekanntlicherweise dann kaum mehr rausbringen.

Und was ich nicht verstehe, wie Sie darauf kommen, dass die Mobimo hier während 50 Jahren eine Planungsexklusivität haben sollte. Mir ist der Passus im Vertrag nicht bekannt und dem Anwalt, der hier ist und bei der Vertragsausarbeitung dabei war, auch nicht.  
1330

Bei den Altlasten verstehe ich, dass dies Sorgen bereitet. Da haben wir in unserer Region wirklich viele Beispiele, die einen nicht so zuversichtlich stimmen. Aber in diesem Fall kann ich sagen, dass Sie sich keine Sorgen zu machen brauchen, da alles sehr gut abgeklärt wurde. Da waren renommierte Spezialisten hier und es hat immer wieder Untersuchungen gegeben. Die ersten gab es vor der Expo.02 und da hat man schon Sachen aus dem Boden genommen, vor allem was an  
1335 der Oberfläche war. Und dann hat man weiter untersucht, was noch darunter ist. Diese Zahl stimmt und dahinter kann man stehen. Das noch zu den Altlasten.

Generell kann ich noch sagen, dass wenn man den Weg wählt, mit einem privaten Partner zusammen zu arbeiten und wenn man einen Investor sucht, der die riesen Investitionen macht und das Geld bereit stellt, das wir hier überkommen würden, um die öffentliche Infrastruktur realisieren  
1340 zu können, dann ist es auch logisch, dass sie sicher sein wollen, dass sie Land übernehmen können, das von Altlasten und der Archäologie befreit ist. Das gibt es praktisch nicht mehr, dass man einen Investor finden würde, der das problemlos selber übernehmen würde. Früher war die gängige Praxis so, dass die Investoren wohl das Risiko übernommen haben aber es schlussendlich den Unternehmern weitergegeben wurde. Aufträge und Bauaufträge wurden vergeben und die ganzen Risiken wurden auf die Unternehmer abgewälzt. Und nachher standen die Unternehmer vor dreckiger Erde und wussten nicht mehr was machen, bis sie es in einer Nacht- und Nebelaktion, oder vielleicht auf offiziell, irgendwo in eine Deponie geschaufelt haben. Weil man einfach Risiken abgewälzt hat und das kann ja dann auch nicht das Ziel sein. Das Ziel muss es sein, dass  
1345 man von Anfang weiss, was man im Boden hat und das haben wir gemacht. Wir wissen, was es dort hat, diese Altlasten sind bekannt und das Geld dafür war eingestellt.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke für das Schlusswort, Stadtpräsidentin Sandra Hess. Wir gelangen zur Abstimmung.  
1355

## Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 14 Ja / 15 Nein / 1 Enthaltung gestützt auf Artikel 53 der Stadtordnung:

- 1360 2. Die mit Vertrag zwischen der Stadt Nidau, der Stadt Biel und der Mobimo AG vom 30. April 2020 vereinbarten Rechtsgeschäfte der Stadt Nidau betreffend Grundstücke, namentlich die unentgeltliche Übertragung von Grundstücken an den Gemeindeverband «Seeufer Nidau-Biel/Bienne» werden abgelehnt.

## 1365 **Baurechtliche Teilgrundordnung AGGLOlac**

---

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Wir kommen zur baurechtlichen Teilgrundordnung AGGLOlac. Wie bereits eingangs erwähnt, werden wir diese in folgenden Unterthemen beraten:

- Überbauung, Nutzungs- und Bauzonenplan Teilbaureglement
- 1370 - Gemeinnütziger Wohnungsbau
- Verkehr und Mobilitätskonzept
- Ökologie und Energie
- Finanzen und Infrastruktur
- Auswirkungen für die Stadt Nidau
- 1375 - bestehende Institutionen und Neuregelungen von Eigentumsverhältnissen

Es geht darum eine möglichst grosse Transparenz und einen roten Faden zu gewährleisten.

Sollte nach diesen Unterpunkten noch ein Thema vorhanden sein, das angesprochen werden will, dann können Sie das tun. Es findet keine Abstimmung zu diesen Unterthemen statt. Jedoch Stellungnahmen der Stadtpräsidentin, dem Vize-Stadtratspräsidenten und den Fraktionen, anschliessend folgt die Diskussion und am Schluss wird über die ganze baurechtliche Teilgrundordnung AGGLOlac abgestimmt.

1380

Für das erste Thema darf ich unserer Stadtpräsidentin Sandra Hess das Wort erteilen.

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, Bewegungsmangel habe ich heute Abend nicht. Ich möchte noch einen Nachtrag machen bezüglich Altlasten und den Unternehmern. Ich habe noch einen entscheidenden letzten Schlusssatz vergessen. Die Praxis geht so heute natürlich nicht mehr. Investoren können das nicht mehr einfach auf die Unternehmer abwälzen und in diesem Fall wollte das definitiv auch niemand. Von Anfang an wollten alle Beteiligten Klarheit darüber haben, natürlich auch der Partner Mobimo. Nur damit das hier auch gesagt ist.

1385

1390

Wir kommen zur Teilgrundordnung. Die aktuelle Bauordnung auf diesem Expo-Areal, das wissen Sie vielleicht gar nicht, ist von 1979. Die hat man damals gemacht fürs Wohnen im Alter. Ich habe das eingangs schon mal erwähnt. Der Rest des Gebietes ist heute noch Industrie- und Gewerbezone. Heute schafft man Klarheit zwischen dem Grünbereich und der Wohnzone und will natürlich einen grösstmöglichen Uferpark gestalten. Der rückwärtige Teil des Areals ist fürs Wohnen vorgesehen, vorne ist es für Freizeit, Entspannung und Strandbäder, die natürlich auch noch da vorne sind.

1395

Unsere Teilgrundordnung ist nicht einfach eine Teilgrundordnung. Es ist die schriftliche Festlegung des Richtprojekts «Citélac», das als Sieger vom städtebaulichen Wettbewerb hervorgegangen ist. Wir haben die Baufelder für dieses Projekt definiert. Und ich sage es nochmals, dass das Projekt als Sieger aus einem internationalen städtebaulichen Wettbewerb hervorging und erfreulicherweise alle Hürden nahm, die es unterwegs gab. Es ist umso erfreulicher, weil der Sieger aus der

1400

Region kommt. Von all den Eingaben, die aus ganz Europa kamen, und am Schluss mit verbundenen Augen gewählt wurden, hat sich herausgestellt, dass man das Projekt der Bauzeit Architekten aus Biel gekürt hat. Ihr Projekt heisst Citélac und war die Referenz, um die teilbaurechtliche Grundordnung festzulegen. Wichtig ist, dass das Richtprojekt keine geschlossenen Fronten zulässt. Es ist durchlässig und stellt die Sichtbezüge zum Stedtli sicher. Auf der Gwerdt-Matte, dem alten Expo-Areal, sind Längsbauten vorgesehen, abgeknickt, so dass keine Fronten entstehen und auch der Wind durchwehen kann. Und dass auch sichergestellt ist, dass dort ein angenehmes Klima herrscht und sie sind so ausgerichtet, dass die Wohnungen von Morgen bis Abend Sonne haben. Soweit wir das hier in der Region haben, und da sind wir ja ziemlich verwöhnt. Am Barken-Hafen ist ein Hochhaus von max. 48 Metern möglich. Im Quartier Schlossmatte, dem Teil zwischen der Dr. Schneider-Strasse und dem Schlosspark, ist reserviert für genossenschaftlichen Wohnungsbau. Die Teilgrundordnung, das kann man unschwer erkennen, orientiert sich am Konzept oder der raumplanerischen Vorgabe von der Siedlungsentwicklung nach Innen. Das heisst, es muss möglichst dicht und platzeffizient gebaut werden, was das Verhältnis vom Boden zum Wohnen angeht, nach dem Prinzip der Verdichtung. Die maximale Dichte in den einzelnen Quartierteilen bewegt sich im mittleren bis oberen Bereich der Stadtplanung. Die Dichte wird mit Geschossflächenziffern definiert und die Dichte ist natürlich in erster Linie durch die Höhe möglich. Es sind zwei bis acht Geschosse möglich, je nach Baufeld. Im Hochhaus sind es 16 Geschosse. Der Bereich Schlossmatte und Mühleruns hat zum Schloss hin und zum Quartier Weyermatt hin, tiefere Geschossezahlen, damit man dort einen sanften Übergang ermöglichen kann. Die Häuserzeilen in der Gwerdtmatte sind in der Höhe versetzt, sie variieren zwischen 4, 6 und 7 Geschosse. Die Gwerdtmatte ist das klassische Expo-Areal und auch dort sind unterschiedliche Höhen vorgesehen, damit es keine geschlossenen Fronten gibt und auch optisch nicht als extrem dichtes Erscheinungsbild wahrgenommen würde. Die Sichtlinie zum Schloss hat uns die ENHK (Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission) vorgeschrieben und das hatte natürlich auch noch einen Einfluss, wie man diese Zeile anordnen kann. Ich glaube, ich gehe nicht noch auf jedes einzelne Teilgebiet ein. Ich kann noch sagen, dass das Bauprojekt in einem qualitätssichernden Verfahren von einem Fachgremium beurteilt wurde. Für das Hochhaus würde es einen Architekturwettbewerb geben, für die einzelnen Baugebiete entweder Wettbewerbe oder Studienaufträge. Wichtig ist auch zu sagen, dass Flachdächer erstellt werden müssten. Nicht benutzte Flachdächer müssen begrünt werden. Auch das ist in dieser teilbaurechtlichen Grundordnung festgelegt. Und festgelegt ist auch, dass nach dem Grundsatz der 2 000-Watt Gesellschaft gebaut werden muss. Es heisst aber nicht, dass es das 2 000-Watt-Label erfüllen muss, da das ist nicht möglich ist. Die Berner Stimmbewölkerung hat das Energiegesetz vor Kurzem abgelehnt und darum ist diese Festlegung nicht möglich. Dafür hat man sich dafür verpflichtet, dass man 10 Prozent unter dem gewichteten Energiebedarf bleiben wird und man hat die Anschlusspflicht an einen Wärmeverbund festgelegt. Und wenn es keinen Wärmeverbund gibt, dann muss man selber einen machen. Dieser Wärmeverbund wird es aber geben und zwar haben Sie, liebe Stadträtinnen und Stadträte, selber zum Seewasser-Projekt bereits Ja gesagt und wir haben da bereits eine AG gegründet. Also diese Festlegungen sind hier gemacht. Und noch ein Wort zur Energie. Es scheint mir wichtig, wieso man keine Label festschreibt. Es ist zwar jetzt obsolet aber ich sage es trotzdem noch, dass es natürlich immer auch ein Risiko ist, wenn man ein Label festlegt. Es heisst, dass wenn es etwas Besseres gibt, dann kann man darauf auch nicht mehr reagieren.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank, Stadtpräsidentin Sandra Hess. Ich bitte den Sprecher der GPK, Tobias Egger, ans Mikrofon. Die GPK gibt einleitend eine Stellungnahme ab und äussert sich anschliessend nicht mehr zu den Unterthemen.

1450



**Sprecher GPK, Tobias Egger:** Die GPK erachtet die baurechtliche Teilgrundordnung und das Vorgehen als rechtlich und formell korrekt. Zu den einzelnen Punkten haben wir Folgendes zu sagen. Zum Verkehr: Betreffend möglichem Mehrverkehr stimmen für die GPK die Äusserungen im Gesamtverkehrskonzept nicht mit den Äusserungen für das Projekt AGGLOlac überein. Zu den Finanzen: Sofern ein neues Schulhaus gebaut werden muss, erachtet die GPK die Kosten von 500 000 Franken pro Klassenzimmer, wie sie in der Inzidenzanalyse eingestellt sind, als zu tief. Dies weil Experten von mindestens doppelt so viel ausgehen. Dass die Verwaltungskosten bei einem Zuwachs von rund 1 700 Einwohnern nicht steigen werden, erachtet die GPK als unrealistisch. Zu den bestehenden Institutionen: Die GPK stellt fest, dass nicht mit allen betroffenen Institutionen Lösungen in ihrem Sinne gefunden werden konnten. Hier widersprechen sich die Aussagen der Betroffenen teilweise mit den Aussagen der Projektgesellschaft. Besten Dank.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Tobias Egger. Als erste Sprecherin der Fraktionen bitte ich Stadträtin Esther Kast für die Fraktion Grüne/EVP ans Rednerpult.

**Fraktion Grüne/EVP, Esther Kast:** Die Fraktion Grüne/EVP ist auch in diesem Punkt sehr gespalten. Wir sehen die Vorteile des verdichteten Bauens, da sind wir uns alle einig. Den Grüngürtel nehmen wir als wirkliche Bereicherung wahr. Doch was den Grad der Verdichtung betrifft oder auch die Umsetzung der Marina, da sind wir uneins. Dass die maximale Geschosshöhe kaum je visualisiert wird, ist auch ein Punkt, der uns befremdet. Danke.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Esther Kast. Es geht weiter mit der Sprecherin der SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer.

**SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer:** Guten Abend. Die SVP ist geschlossen gegen diese grosse Überbauung. Wir haben versucht zu visualisieren, wie die Gebäude aussehen würden und haben als Beispiel das Gebäude, das Sie alle kennen, mit dem Rolex Schriftzug an der Badhausstrasse genommen. Wir haben versucht dieses in das Gelände zu versetzen, in die Nähe des Erlenwaldes. Einfach um die Grössen erklären zu können. Dann ist noch ein grosser Block an der Ländtestrasse, auf der einen Seite ist die Panorama-Bäckerei und auf der anderen das Bettenland. Auch das haben wir versucht in das Gelände rein zu stellen. Dann haben wir das so angeschaut und verglichen. Wir fanden, dass es zu massiv ist für das schöne Gelände dort am See. Uns schwebt vor, dass man vorne auf diesem Gelände einen grösseren Rahmen frei lässt und vielleicht nach hinten verdichtet verbaut, an der Dr. Schneider-Strasse entlang. Wir haben das Gefühl, dass es vorne für Events und die ganze Bevölkerung frei bleiben sollte. Für das Lakelive Festival usw. ist das wichtig. Zwischen diesen grossen Blöcken ist nachher nur noch ein Abstand von 12 Metern, das ist auch sehr wenig. Das sei der Öffentlichkeit zugänglich aber wer will dann schon dorthin gehen um zu grillieren. Das macht für uns keinen Sinn, das sollte man vorne machen können.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Ursula Wingeyer. Wir bleiben bei der Frauenrunde und ich bitte die Sprecherin der SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder ans Mikrofon.

**SP-Fraktion, Brigitte Deschwanden Inhelder:** In der SP Fraktion sind alle dafür, dass eine Überbauung kommt. Es wird begrüsst, dass es qualitätssichernde Massnahmen gibt. Es wird auch begrüsst, dass verdichtet gebaut wird und ebenso, dass das unterste Geschoss in dieser Überbauung öffentlich zugänglich ist. Es ist aber die Hälfte, die findet, es sei überdimensioniert und für

1500 viele Menschen zu gross. Neun Geschosse seien zu hoch und es wird auch bemängelt, dass die Gestaltungselemente z.B. Holzfassaden nicht festgeschrieben sind. Eine Erhöhung der Akzeptanz in der ganzen Fraktion würde bringen, wenn man vorschreiben würde, dass im Hochhaus der oberste Stock öffentlich zugänglich wäre. Sei es ein Restaurant, eine Bar oder Dachterrasse. Danke für die Kenntnisnahme.

1505 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder. Als nächstes bitte ich für die Bürgerliche Fraktion Amélie Evard ans Rederpult.

1510 **Bürgerliche Fraktion, Amélie Evard:** Die Bürgerliche Fraktion wird diese teilbaurechtliche Teilgrundordnung einstimmig annehmen und unterstützt das Projekt immer noch, wie es heute hier zur Abstimmung vorgelegen wäre. Zur Überbauung: Die Zersiedlung der Landschaft zu stoppen und das Wachstum umweltverträglich zu gestalten, das sind die zentralen Ziele des Raumplanungsgesetzes des Bundes, welches das Volk so klar entschieden und gewünscht hat. AGGLOlac ermöglicht eine Stadtentwicklung eben genau nach diesem Prinzip der Verdichtung, nach Innen gebaut. Eine gewisse Dichte ist somit Voraussetzung für das Entstehen von einem lebendigen  
1515 Stadtquartier, genau wie auch eine gute Durchmischung und flexible Erdgeschossnutzungen. Die Bürgerliche Fraktion ist sich deshalb bewusst, dass die geplante Dimension des Projekts für die Schaffung und Nutzung aller geplanten Grün- und Freiflächen für die Bevölkerung notwendig sind. Das ganze Projekt ist so fein austariert, dass eine erneute Veränderung für mehr Grünfläche und ein weniger verdichtendes Bauen nicht drin liegt, sonst wird das ganze Konzept, das in den letzten  
1520 10 Jahren aufgebaut wurde, aus der Balance fallen. Grundsätzlich ist es wichtig zu wissen, dass es ein dynamischer Prozess gewesen und in Etappen gebaut worden wäre. Wir hätten heute die maximale Höhe aber nicht die Gestaltung dafür definiert. Das ist vielleicht noch wichtig zu wissen für die SVP-Fraktion. Dafür hätte es dann weitere qualitätssichernde Verfahren gegeben.

1525 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Amélie Evard für die Bürgerliche Fraktion. Die Diskussion ist eröffnet. Wünscht jemand das Wort? Stadtrat Tobias Egger und dann Stadtrat Michael Rubin.

1530 **Tobias Egger, SP:** Mir ist wichtig noch etwas zu sagen dazu, wie das heute Abend gelaufen ist. Ich verstehe die Unzufriedenheit der Befürworter sehr gut und vor allem von jenen Leuten, die jetzt jahrelang an diesem Projekt gearbeitet haben. Jetzt ist die Zusammenarbeit gefragt und vielleicht verstehen Sie jetzt auch unseren Frust, den wir die letzten 4 bis 5 Jahre hatten, wenn wir an diesem Projekt Kritik äusserten. Ich weiss noch gut, als wir hier im Stadtrat in Nidau die Baurechtsmotion behandelten. Da wurde uns vorgeworfen, dass dies nur ein Vorwand war, damit  
1535 das Projekt stirbt. Wie Sie sehr gut sehen konnten, ist das Projekt nicht gestorben und ich glaube auch nicht, dass es am heutigen Abend sterben wird - weder in Nidau, noch in Biel. Darum ist diese Kritik, die wir bis jetzt geäussert haben und auch an diesem Abend weiterhin äussern werden, konstruktiv zu verstehen. Anders wollten wir es gar nie verstanden haben, obwohl man uns das nie geglaubt hat. Um das zu beweisen, habe ich mich schon vor einer Woche stark dafür gemacht, dass wir in der Fraktion Voten beschliessen werden, hinter denen alle stehen können, Befürworter wie auch Gegner. Einige haben Sie schon gehört. Ein Beispiel davon war, die Zugänglichkeit von einem obersten Stock. Das ist vielleicht etwas Kleines, aber ich denke, dass jeder Punkt, bei dem man weiss, dass er die Akzeptanz des Projekts erhöhen kann, wertvoll ist. Wertvoll für die Zukunft. Darum haben wir uns auch als Fraktionspräsidenten ganz klar über alle Parteien hinweg dafür ausgesprochen, dass heute Abend, egal wie ein Geschäft ausgeht, fertig diskutiert wird, weil die Projektgesellschaft eben diese Rückmeldung verdient hat. Ich hoffe doch,  
1545

dass die Sachen, die heute gesagt werden und andere, die schon oft gesagt worden sind, einen konstruktiven Anklang und einen Eingang in dieses Projekt finden können. Auf jeden Fall ist in Nidau, und das können wir versprechen, die Kritik nicht so fundamental, wie in gewissen Kreisen in Biel. Ein wichtiger Punkt, der hierhin gehört, ist die Redimensionierung. Das konnten Sie auch schon in der Umfrage sehen, dass es für einen grossen Teil des Volkes wichtig ist. Ich glaube nicht, dass es hier darum geht, auf ein Expo-Park-Projekt zurückzukommen von einer Bruttogeschossfläche von 25 000 Quadratmeter. Aber über 100 000 ist eben vielleicht auch zu viel. Ich nehme an, dass man hier sicher mit Augenmass eine Lösung finden kann.

1555

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tobias Egger. Ich erteile das Wort Michael Rubin.

**Michael Rubin, Grüne:** Es ist offensichtlich, dass momentan das Potenzial dieses Gebiets, so wie es jetzt da liegt, nicht ausgeschöpft wird. Ganz grundsätzlich kann man sich aber schon die Frage stellen, ob bei einer wachsenden Bevölkerungszahl und das meine ich bewusst in der ganzen Region, ausgerechnet das Gebiet direkt am See verdichtet überbaut werden soll. Als Grüner ist mir das verdichtete Bauen natürlich ein grosses Anliegen, aber Freiraum und qualitativ hochstehender Naherholungsraum sowie Freiflächen, die für alle zur Verfügung stehen, sind es auch. Die meisten von uns möchten direkt am Wasser wohnen, jedenfalls, die ich kenne. Aber noch mehr möchten sie sich auch dort erholen. Ich habe schon jetzt den Eindruck, dass sich das ganze Seeland oder noch darüber hinaus, die Bevölkerung am liebsten am Seeufer aufhält. Das kann ich auch verstehen, vielleicht wäre es aber auch sinnvoll, dass man das Ganze doch als etwas Grösseres anschaut, nämlich als unbebautes oder wenigstens kleiner bebautes Naherholungsgebiet der gesamten Region. Und es ist auch mir klar, dass das anders aussehen soll, als so, wie es jetzt aussieht. Auch wenn das jetzt illusorisch tönt, was mir hier vorschwebt. Es ist auch klar, dass ich und die Grünen, ich hoffe das gilt für die meisten, auch Hand für anderes bieten. Eine kleine Anmerkung zum Barkenhafen. Das ausgerechnet am letzten Überbleibsel des mal angedachten Klein-Venedig, oberirdische Parkplätze hätten entstehen sollen, ist doch eher unschön.

1575

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Rubin. Ich bitte Stadtrat Thomas Spycher ans Rednerpult.

**Thomas Spycher, FDP:** Da sich Tobias Egger ein Votum erlaubte, das mit dem vorliegenden Traktandum wenig zu tun hatte, werde ich jetzt auch noch etwas sagen. Wir Befürworter haben kein Problem mit den Leuten, die gegen das Projekt sind. Das ist legitim. Wir haben nur dann ein Problem, wenn man absichtlich Sachen falsch behauptet, die problemlos widerlegt werden können - heute Abend ist es bereits drei Mal passiert - und so zur schlechten Stimmung beiträgt. Es gibt immer Argumente, die dagegensprechen. Aber das ist die Schwierigkeit, wenn man Dinge behauptet, die man nicht einmal beweisen muss, aber von denen man weiss, dass sie falsch sind. So gesehen bin ich eben nicht zuversichtlich für den Dialogprozess, den man jetzt schon mitten in der Debatte einberuft, weil man fast ein schlechtes Gewissen hat, weil man etwas kaputt gemacht hat. Aber die genau gleichen Partikularinteressen und Behauptungen werden auch in einem Dialogprozess nicht verschwinden.

1590

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Stadtrat Thomas Spycher. Ich erteile das Wort Stadträtin Brigitte Deschwanden Inhelder.

**Brigitte Deschwanden Inhelder, SP:** Die Überbauungsordnung ist eigentlich der Kernpunkt dieses ganzen Geschäfts: Wollen wir dort überbauen und wieviel wollen wir dort überbauen? Wenn ich ein bisschen in der Geschichte zurückgehe, ist das Expo-Park-Projekt zurückgewiesen worden, weil man sagte, dass wenn man dort schon verbaut, dann soll dicht gebaut werden. Das Expo-Park-Projekt hatte 70 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Man hatte damals vorgegeben, dass die nächste Überbauung 123 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche haben soll. Unterdessen hatte nun AGGLOlac 117 000 Quadratmeter und zwar, weil der Denkmalschutz sagte, dass es zu dicht war und nicht dort in dieses Gelände reinpasst. Sie wollten, dass man diese Sichtachse hat und auch dass diese Höhen unterschiedlich hoch sind. Ich habe jetzt gerade im Bieler Stadtrat mitgehört. Biel hat einen Rückweisungsantrag gemacht mit drei Punkten. Und einer davon ist auch die Dichte. Der zweite Punkt ist, dass sie mehr gemeinnützigen Wohnungsbau möchten und der dritte ist, dass der Gemeindeverband demokratischer gestaltet werden soll. Meine Frage ist jetzt an die, die hier auch weniger dicht bauen möchten. Können Sie Voten bringen, welches Ausmass diese Dichte denn haben sollte? Ich denke, es ist wichtig für die Gemeinderäte und die Interkommunale Kommission, wie dicht man bauen möchte und was denn jetzt kommen soll. Tobias Egger hat weniger als 100 000 Quadratmeter genannt. Da sind wir in dem Fall jetzt zwischen 70 000 und 100 000. Ich wäre froh, wenn aus den anderen Fraktionen auch Voten kommen, wie man sich das vorstellt.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Brigitte Deschwanden Inhelder, sind noch weitere Wortmeldungen. Bitte Leander Gabathuler.

1615

**Leander Gabathuler, SVP:** Lieber Thomas Spycher, ich habe mich angesprochen gefühlt. Ich schicke dir anschliessend einen Link, damit du verifizieren kannst, was in der Planungsvereinbarung vom Jahr 2013 unter Artikel 15 steht.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Es sind in der Zwischenzeit keine weiteren Wortmeldungen aufgetaucht. Möchte die Stadtpräsidentin noch das Schlusswort? Es gibt kein Schlusswort. Bevor wir zum nächsten Thema kommen, möchte ich noch etwas sagen. Wir sind schon zu weit fortgeschrittener Stunde, wie gesagt wird die Sitzung durchgeführt und durchgezogen. Jene, die kurz austreten müssen, können das problemlos tun, aber wir versuchen diese Sitzung noch möglichst demokratisch durch zu bringen. Ich möchte hier noch erinnern, dass wir wirklich über die nächsten Themen diskutieren und nicht über die Überarbeitung des ganzen Projekts. Wir haben beschlossen gegenüber der Projektgesellschaft möglichst transparent zu sein und das möchte ich auch sauber und mit Anstand zu Ende führen. Darum bitte ich, bei den entsprechenden Themen zu bleiben.

Wir kommen zum gemeinnützigen Wohnungsbau. Zum ersten Mal heute Abend, und zur Entlastung unserer Stadtpräsidentin, darf ich unseren Vize-Stadtpräsidenten, Marc Eyer ans Rednerpult bitten.

**Vize-Stadtpräsident, Marc Eyer:** Werter Stadtratspräsident, guten Abend miteinander. Wir haben soeben gehört, dass offenbar der Stadtrat Biel das Geschäft zurückgewiesen hat. Ich weiss nicht, ob es angebracht wäre, einen Sitzungsunterbruch zu verlangen, damit die Fraktionen beraten können, ob man allenfalls darauf reagieren möchte? Ich weiss nicht, ob wir als Gemeinderäte befugt sind, einen Sitzungsunterbruch zu beantragen, aber vielleicht wird es auch aus den Reihen der Stadträte gewünscht? Und sonst mache ich weiter.

1640

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Ich habe von Biel noch nicht gehört, dass der Rückweisungsantrag durch wäre. Er ist eingereicht worden. Ist das richtig? Oder ist er schon durch und wurde er angenommen? Darf ich das Wort an Stadträtin Amélie Evard übergeben, sie scheint da informiert und hat die neuesten News von Biel.

1645

**Amélie Evard, FDP:** Vielen Dank Herr Präsident. Ich habe nicht die neuesten News von Biel aber um das formelle Problem zu lösen, möchte ich hier einen Ordnungsantrag stellen für einen Sitzungsunterbruch.

1650

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Dann stimmen wir über diesen Ordnungsantrag ab. Der Ordnungsantrag wird mit 20 Ja / 5 Nein / 5 Enthaltungen angenommen. Die Sitzung wird jetzt unterbrochen und um 22.15 Uhr fortgesetzt.

1655

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Der Rückweisungsantrag in Biel wurde mit 19 Ja / 37 Nein / 2 Enthaltungen abgelehnt. Wir haben uns im Ratsbüro und mit der Stadtpräsidentin beraten und haben entschieden, dass wir das Geschäft bei uns in Nidau wie geplant durchziehen werden. Eine Info noch aus Biel, dort findet jetzt die Schlussabstimmung statt. Dann machen wir weiter mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau und ich möchte Vize-Stadtratspräsident Marc Eyer gerne das Wort erteilen.

1660

**Vize-Stadtratspräsident, Marc Eyer:** Vielen Dank, werter Stadtratspräsident, sehr verehrte Damen und Herren. Trotz fortgeschrittener Zeit, erlaube ich mir doch noch zwei, drei Bemerkungen, wenn ich heute Abend schon mal ans Mikrofon darf. Wir haben heute eine Politdebatte, die Bildungsgehalt hat. Wir haben schon ganz viele Schriftsteller und Philosophen zitiert erhalten heute Abend. Unter anderem auch das Zitat von Paul Blösch's Frau, das mir persönlich am besten gefallen hat. Ich komme mir ein wenig vor, wie eine «lame duck» - eine lahme Ente - die jetzt noch ein Geschäft vertritt und vielleicht etwas ins Blaue spricht. Ich möchte aber trotzdem noch vor Augen führen, welche Situation wir haben und was die Teilbaugrundordnung alles vereint. Wir haben es heute Abend in der Debatte und den Voten gehört, wie das Projekt daherkommen sollte und besser sein soll. Es soll visionär, gross und in die Zukunft gerichtet sein. Gleichzeitig aber auch nicht überdimensioniert und nicht Angst machen, es soll möglichst alle Risiken aus dem Weg räumen und Sicherheit bieten. Es soll auch autofrei sein und es soll mehr Parkplätze haben. Es soll moderne ökologische Bauten geben, Wohnungen, die gebaut werden und nicht nur ohne Energie auskommen, sondern sogar Energie produzieren. Gleichzeitig sollen sie auch so billig sein, dass auch minder bemittelte Personen sich diesen Wohnraum leisten können. Es soll ein höheres Hochhaus geben, das aber möglichst kleiner ist, als geplant. Und die Grünflächen sollen im Projekt vorkommen und gleichzeitig soll das Geld ohne Grossinvestor aufgetrieben werden können. Es ist wirklich schwierig, so ein Grossprojekt zu planen, das allen Ansprüchen gerecht wird. Ich bin aber der Meinung, dass die baurechtliche Teilgrundordnung, die hier vorliegt, eben genau probiert hat, diesen Mittelweg zu gehen und ganz vielen Ansprüchen gerecht zu werden und ein ausgewogenes Resultat bietet, das letztendlich der Maxime der nachhaltigen Entwicklung dieser Stadt Rechnung trägt. Und zwar eine nachhaltige Entwicklung in all seine drei Dimensionen. Die soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimension.

1665

1670

1675

1680

1685

Ich sage kurz etwas zum gemeinnützigen Wohnungsbau, der auch die soziale Nachhaltigkeit berücksichtigt und zeigt, dass man im Verlauf der Planung dieses ganzen Projekts anpassungsfähig geblieben ist, indem man Rücksicht genommen hat auf die Anliegen der Bevölkerung, die eingegangen sind. Das nur dazu, dass man die Bevölkerung nicht mitreden gelassen hätte. Gemäss dem Vertrag soll der Vertragspartner Mobimo das Baurechtgrundstück zwischen Dr. Schneider-

1690 Strasse und dem Schlosspark, das etwa 18 Prozent der Überbauungsfläche entspricht, einem gemeinnützigen Wohnbauträger in einer Art Unterbaurecht abgeben. Dabei haben sich die gemeinnützigen Wohnbauträger an der Anlagekostenlimite des Bundesamts für Wohnungswesen zu orientieren und müssen die Charta eines gemeinnützigen Wohnbauträgers der Schweiz erfüllen. Die Auswahl von einem solchen gemeinnützigen Wohnbauträger soll im Rahmen eines Konzeptwettbewerbs erfolgen und da haben die Städte Nidau und Biel Mitspracherecht. Das ist das, was vor-  
1695 liegt, man hat also durchaus das Interesse, dass man auch Wohnraum schafft, der einer finanziell nicht super gestellten Familie zugänglich ist, so dass man auf diesem Überbauungsareal eine Durchmischung hat, die auch einem Durchschnitt von Nidau entspricht.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Besten Dank Marc Eyer. Ich bitte die Sprecherin der  
1700 SVP-Fraktion Ursula Wingeyer ans Mikrofon.

**SVP-Fraktion, Ursula Wingeyer:** Die SVP-Fraktion findet es eine gute Sache, dass auch für Sozialwohnungen geschaut wird. Es wäre sehr gut, wenn man auch mit einer Genossenschaft etwas machen könnte. Wir begrüßen das sehr, dass dies in die ganze Planung einfließt. Wir finden es  
1705 auch wichtig, dass es keine Zweitwohnungen daraus gibt, wenn es dann irgendwann realisiert wird. Sondern dass dort Steuerzahler reinkommen, das ist wichtig für beide Gemeinden, das ist ganz klar.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Ursula Wingeyer. Ich habe gerade die Meldung  
1710 aus Biel erhalten, dass die Sitzung geschlossen ist. Die Schlussabstimmung des Projekts AGGLOlac wurde in Biel abgelehnt. Ich bitte nun die Sprecherin der SP-Fraktion, Bettina Bongard ans Mikrofon.

**SP-Fraktion, Bettina Bongard:** Guten Abend miteinander. Die SP begrüsst sehr, dass gemein-  
1715 nütziger Wohnungsbau geplant ist. Die Zahlen der Inzidenzanalyse haben wir mit Interesse studiert und zur Kenntnis genommen. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass die Charta der gemeinnützigen Wohnungsbauträger der Schweiz eingehalten und umgesetzt wird. Wenigstens in diesem Quartierteil von AGGLOlac soll eine Durchmischung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen stattfinden. Eine Durchmischung von Lebensstil, Familien, Betagten, Beeinträchtigten und von  
1720 Schwachen, die nicht ausgegrenzt, sondern integriert werden, wie es diese Charta fordert. In diesem zukunftsweisenden Projekt soll erschwinglicher Wohnraum auch für Menschen mit geringem Einkommen und für zukünftige Studentinnen und Studenten vom Innovation Park und Campus realisiert werden. Das ganz im Sinn von, «für Alle statt für wenige».

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Bettina Bongard. Für die Bürgerlichen Fraktion  
1725 bitte ich die Sprecherin Susanne Schneiter Marti ans Mikrofon.

**Bürgerliche-Fraktion, Susanne Schneiter Marti:** Die Bürgerliche Fraktion hätte dieses Projekt  
1730 auch mit gemeinnützigem Wohnungsbau unterstützt. Obwohl wir wissen, dass an anderen Orten in Nidau günstige Wohnungen zu haben sind. Zum Beispiel im Quartier Weiteile. Ich möchte einfach noch kurz zur Durchmischung sagen, dass Leute, die besser verdienen, nicht unbedingt alle bössartig sind. Im Gegenteil, sie zahlen Steuern und damit werden wieder Dinge finanziert, die für die Allgemeinheit sind.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Susanne Schneiter Marti. Zum ersten Mal  
1735 heute Abend darf ich Marlène Oehme für die Fraktion Grüne/EVP das Wort erteilen.

**Fraktion Grüne/EVP, Marlène Oehme:** Guten Abend. Wir von der Fraktion Grüne/EVP sind uns in diesem Punkt sehr einig, wir unterstützen den gemeinnützigen Wohnungsbau einstimmig. Uns überzeugt, dass im Vertrag garantiert wird, dass wenn mehrere Baugenossenschaften sich zusammenschliessen, diese den gemeinnützigen Wohnungsbau vorantreiben können.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Marlène Oehme. Die Diskussion ist eröffnet, wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Vize-Stadtpräsident das Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zum Verkehrs- und Mobilitätskonzept. Dazu bitte ich den Vize-Stadtpräsidenten, Marc Eyer ans Rednerpult.

**Vize-Stadtpräsident, Marc Eyer:** Die 1 700 Einwohnerinnen und Einwohner generieren mehr Mobilität und Verkehr, das ist klar. Man ist sich dem bewusst, weiss aber auch, dass man hier eine Überbauung geplant hätte, die in unmittelbarer Nähe zum besten ÖV-Anschluss ist, der eben genau auch zulässt, dass Wohnen mit keinem oder wenig Auto möglich wäre. Das heisst, die Nutzung des öffentlichen Verkehrs sowie des Velo- und Fussverkehrs gefördert wäre. Man hat auch Parkplätze, die geschaffen worden wären, nämlich 0,7 Parkplätze pro Wohnung. Das generiert Mehrverkehr, wenn man eine Überbauung macht und ein Rahmenkonzept Mobilität hätte diese ganze Geschichte begleitet, wie die verursachte Nachfrage nach Mobilität zweckmässig hätte befriedigt werden sollen. Das Konzept legt Eckwerte fest, welche Massnahmen ergriffen werden sollen, wenn im kontinuierlichen Aufbau dieses Quartiers der Mehrverkehr zusehends zunimmt. Bezüglich Parkplatzanzahl hat auch in der ganzen Entwicklung des Projekts ein ständiges Seilziehen stattgefunden, in welche Richtung es gehen sollte. Mehr oder weniger Parkplätze und man sieht auch, dass wir hier am wenigsten Konsens haben, auch hier im Rat. Die einen fordern mehr, die anderen fordern weniger oder gar keine Parkplätze in diesem Gebiet. Das war eine Herausforderung und man hat sich am Schluss bei diesen rund 0,7 Parkplätze pro Wohnung gefunden. Es ist so, dass das Gesamtverkehrskonzept der Stadt Nidau auch bereits ausgerichtet ist, dass dort der einst Wohnungen entstehen werden, ob AGGLOlac oder etwas anderes sei dahingestellt. Man hat bereits jetzt und das werden wir noch beraten, mit dem Gesamtverkehrskonzept der Stadt Nidau dort die Möglichkeit, bereits Massnahmen zu ergreifen um den Verkehr zu kontrollieren, der auch in die Quartiere in Nidau-West reinfährt und diesen dort zu beschränken. Für die einzelnen Realisierungsetappen von AGGLOlac hätten konkrete Mobilitätskonzepte noch ausgearbeitet werden müssen, die man sukzessive dem Ausbau des Projekts angepasst hätte. Das Ganze wurde begleitet von Verkehrsplanern, die uns auch bei den Massnahmen beraten hätten, um den ganzen Verkehr erträglich zu machen. Soviel zum Mobilitätskonzept, die Details sehen Sie in Ihren Unterlagen und Fragen können gestellt werden.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Vize-Stadtpräsident Marc Eyer. Für die SP-Fraktion erteile ich das Wort Noemi Kallen.

**SP-Fraktion, Noemi Kallen:** Guten Abend. Die SP-Fraktion nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis und ist auch hier gespalten. Ein Teil der Fraktion befürwortet die Angaben des Mobilitätskonzepts, der andere Teil erachtet das Mobilitätskonzept eher als unrealistisch. Eine Reduktion der Parkplätze pro Wohnung, würde die Akzeptanz in der Fraktion erhöhen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Noemi Kallen. Für die Bürgerliche Fraktion bitte ich Amélie Evard ans Rednerpult.

1785 **Bürgerliche Fraktion, Amélie Evard:** Vielen Dank, ich werde nicht mein ganzes Votum vorlesen, der Vize-Stadtpräsident Marc Eyer hat da schon sehr viel dazu gesagt. Die Bürgerliche Fraktion hat ebenfalls den Aspekt des Verkehrs unter die Lupe genommen und hat die Auswirkungen des Projekts analysiert, diskutiert und abgewogen. Uns ist natürlich bewusst, dass die Verkehrssituation in Nidau bereits heute nicht sensationell ist. Die Bürgerliche Fraktion hat sich aber bis  
1790 jetzt stark für die Massnahmen zur Optimierung der Verkehrssituation in Nidau eingesetzt und wird das selbstverständlich auch in Zukunft und bei einer Realisierung von einem neuen Projekt in dem Gebiet machen. Im Vorfeld haben sich viele vor einem regelrechten Verkehrskollaps gefürchtet in und rund um Nidau, wenn das Projekt AGGLOlac realisiert worden wäre. Unter anderem wurde damit auch gegen das Projekt argumentiert, weil das in Nidau doch ein sehr emotionales  
1795 Thema ist. Marc Eyer hat schon erwähnt, dass die etappenweise Überbauung dies sicher gut reguliert hätte. Die Siedlungsverdichtung, die gegen Innen gebaut ist in der Agglomeration mit den verschiedenen Velo-, Fussverkehr und ÖV-Angeboten hätte die Explosion vom motorisierten Individualverkehr sicher auch nicht zur Folge gehabt. Das Fahrkontingent, das verbindlich gesetzt wurde, erachten wir auch als sehr positiv und passt zum gesamten Verkehrskonzept, wo ja Nidau  
1800 bereits die erste Etappe realisiert hat. Wie gesagt ist die Verkehrssituation in Nidau fragil und wir werden bei diesem Thema Verkehr sicher auch bei künftigen Diskussionen für weitere Projekte Hand bieten, damit der Verkehr in Nidau weiterhin gut rollen kann.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Amélie Evard, die Sprecherin der Fraktion  
1805 Grüne/EVP, Carine Stucki Steiner bitte.

**Fraktion Grüne/EVP, Carine Stucki Steiner:** Guten Abend. Die Mehrheit der Fraktion Grüne/EVP lehnt das Thema Verkehr ab. Der zentrale Punkt ist die vorgesehene Anzahl Parkplätze im Projekt. Eine kleine Minderheit der Fraktion kann sich mit dem vorgeschlagenen Kompromiss abfinden, aber für die Mehrheit sind die 0,7 Parkplätze pro Wohneinheit weit davon entfernt, ein ambitioniertes Ziel zu sein. Sie entsprechen dem aktuellen Bieler Durchschnitt, der im Anhang des Rahmenkonzepts Mobilität zitiert ist. In Anbetracht der Herausforderungen, die es mit der Klimaveränderung zu meistern gilt, sind wir überzeugt, dass wir uns anspruchsvollere Ziele im Bereich Mobilität setzen müssen. Es wurde mehrfach bewiesen, dass die Anzahl zur Verfügung  
1810 stehender Parkplätze die Verkehrsdichte erheblich beeinflusst: wenig Parkplätze gleich weniger Verkehr. Und in einer Zone wie AGGLOlac, die bereits überlastet ist, ist es unsinnig den Verkehr noch mehr zu begünstigen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Carine Stucki Steiner für die Fraktion  
1820 Grüne/EVP. Und zu guter Letzt für die SVP-Fraktion, Oliver Grob

**SVP-Fraktion, Oliver Grob:** Werte Kollegen, liebe Nidauer und werte Bieler am Live-Stream. Ich möchte mich für die Bereitstellung all dieser Daten, die wir sichten durften, bedanken. Das waren ziemlich viele Unterlagen und es war sicher eine grosse Arbeit, deshalb Danke. Aus verkehrstechnischer Sicht sind auch bei der Planung von AGGLOlac ein paar Sachen schiefgelaufen. Bei einem  
1825 Konzept, worin man im Jahr 2009 mal von 300 Wohnungen gesprochen hat, ist man heute bei über 800 Wohnungen angekommen. Dass dies Mehrverkehr beinhaltet, dürfte niemand verneinen und ist eben schon das nächste Problem. Ein Zitat aus dem Mobilitätskonzept, «mit der Eröffnung des A5 Ost-Astes wird sich die Situation noch verschärfen. Erst der West-Ast wird eine Entlastung der kritischen Knoten bewirken». Mit dem Wegfall des eben besagten West-Asts, der bis vor Kurzem von Biel noch gepusht wurde, jetzt aber der Wind gedreht hat, ist die Situation auch für AGGLOlac eine andere geworden. Man kann nicht immer mehr Verkehrsberuhigungen machen und  
1830



den Leuten keinen alternativen Weg bieten. Mit den zu erwarteten Mehrfahrten, bis zu 3 500 Stück, und keiner Alternative wird das so nicht funktionieren. Auch wenn das neue Quartier über mehrere Jahre erschlossen wird, wird das am Schluss zu einem Kollaps führen, wenn man jetzt nicht gegensteuert. Damit meine ich nicht, dass man den motorisierten Individualverkehr noch mehr bekämpfen soll, ein Miteinander wird immer propagiert aber leider sieht man davon gar nichts. Wir sind nicht gegen schöne Velowege, eine gute und selbsttragende ÖV Infrastruktur, jedoch geht es immer nur in die Richtung gegen den motorisierten Individualverkehr. Auch bei den Parkierungen wird der Zukunft null Tribut gezollt. E-Mobilität etc. fehlt in diesem Konzept im Gegensatz werden nur Parkplätze gestrichen, wo es geht. Bei gut 2 000 Menschen mehr und über 200 Parkplätzen weniger, zudem in einem Einzugsgebiet von 2 Strandbädern, macht das einfach wenig Sinn. Man kann dem auch Diskriminierung sagen, wenn Leute vom ländlichen Gebiet mal an den See möchten, geht das nur noch mit Umwegen. Und mit einem Fahrtenkontingent, das tiefer ist als die heutige Situation, kommen wir in einen Bereich, wo es nicht mehr schön ist. Aktuell sind Diktate zwar im Trend, aber hier hört es auf. Wie sollte das in der Praxis funktionieren? Wenn wir dann noch meinen, dass man später noch auf 400 Parkplätze erhöhen könne, unter diesen Bedingungen glaube ich nicht daran. Darum haben wir noch ein paar Forderungen. Wir fordern ein Nachfolgeprojekt mit einem Mobilitätskonzept, das verkehrstechnisch so konzipiert ist, dass es den Mehrverkehr auch ohne West-Ast aufnehmen kann. Auf autofeindliche flankierende Massnahmen, wie eine Ausfahrtsdosierung, Gebührenerhöhung oder Ähnliches sind zu verzichten. Der Kompromiss mit den Anzahl Parkplätzen mit 0,7 pro Wohnung, können wir unterstützen. Weitere Drangsalierungen jedoch nicht, am liebsten hätten wir natürlich 1 Parkplatz pro Wohnung. Damit das auch für gute Steuerzahler, die halt ein Auto haben, attraktiv bleibt.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Oliver Grob. Die Diskussion ist eröffnet, ich bitte Stadträtin Amélie Evard ans Mikrofon.

**Amélie Evard, FDP:** Vielen Dank, ich möchte es nicht künstlich verlängern aber möchte noch etwas sagen zur Bemerkung betreffend Nichtrealisierung des West-Astes. Der Verzicht auf den West-Ast, also diese Autobahnumfahrung von Biel, zwingt die Agglomerationsgemeinden ihre langfristige Verkehrsplanung zu überarbeiten. Das stimmt, aber es hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf AGGLOlac. Der West-Ast wäre sowieso frühestens 2035 in Betrieb genommen worden und AGGLOlac wurde deshalb von Anfang an so geplant, dass die verkehrlichen Auswirkungen der neuen Quartiere auch ohne West-Ast tragbar sind. Das noch als Zusatzpunkt.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Amélie Evard. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Marc Eyer ein Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zum nächsten Punkt Ökologie und Energie und ich bitte wiederum den Vize-Stadtratspräsidenten Marc Eyer ans Rednerpult.

**Vize-Stadtratspräsident, Marc Eyer:** Vielen Dank. Ich sage nur noch etwas zur Ökologie. Sandra Hess hat schon viel gesagt zum Thema Energie und das ist auch gut so. Ich glaube, nicht Bauen ist sicher nachhaltiger als eine Überbauung. Es geht aber nicht darum nur nachhaltig zu sein, wir hatten den Auftrag, uns nachhaltig zu entwickeln. Nachhaltige Entwicklung ist etwas, was das Projekt mit sich bringt. Es wäre ein Projekt gewesen, das sich wirklich ausgezeichnet hat durch ein Ineinandergreifen von privatem Wohnen, öffentlicher Nutzung und der Berücksichtigung von ökologisch wertvollen Nischen, die wir in diesem Gebiet haben. Das Projekt hat ganz bewusst Wert daraufgelegt, dass diese drei Funktionen in diesem Gebiet harmonisch ineinandergreifen.

1880 Bezüglich Ökologie oder überhaupt ökologischen Anliegen, ist für das Stadtklima die aktuelle Situation dieser Brache sicher nicht optimal. Wir haben ein unglaubliches Aufheizen im Sommer durch diese Brachfläche und auch Wind, der von dort sehr stark ins Stedtli getragen wird. Eine Überbauung, wie sie geplant gewesen wäre, hätte dort ein besseres Stadtklima möglich gemacht, durch die begrüneten Dächer aber auch durch einen gewissen Windschutz, der diese Bebauung mit

1885 sich gebracht hätte. Neben der Überbauung war ja vorgesehen, dass man dort die Parkanlage herstellt, die der Bevölkerung auch deutlich mehr Grünfläche zur Verfügung gestellt hätte, als dass es heute der Fall ist, inkl. 160 Bäumen, die neu gepflanzt werden sollen. Bäume oder Sträucher, die standorttypisch sind und das Areal begrünen sollen und einen anderen Charakter geben sollen, als das heute der Fall ist mit diesen Zäunen, das eher wie ein Gefängnisareal aussieht. Natürlich führt eine Überbauung dieser Grünflächen auch dazu, dass der Nutzungsdruck auf das Gebiet deutlich steigt, bzw. gestiegen wäre. In der Folge davon, gilt es auch die ökologisch sensiblen Gebiete, die man in diesem Raum hat, zu schützen oder sogar aufzuwerten. Als Beispiel das Erlenwäldli oder gewisse Uferzonen, die man renaturiert und besser geschützt hätte, indem man die Besucherlenkung besser gemacht hätte als heute. Dort wo man ökologische Nischen aufgrund einer Überbauung auch zerstören muss, wären Ausgleichsmassnahmen angedacht gewesen, die man ausserhalb, z.B. in Ipsach oder anderen Orten gemacht hätte. Aufforstungen, wo man das Wäldli, das abgeholzt wurde, wiederaufbaut. Das alles war geplant, um den Ansprüchen der nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Das sind die Punkte, vielen Dank.

1900 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank, Marc Eyer. Der Sprecher der Bürgerlichen Fraktion, Martin Fischer, bitte.

**Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer:** Wir erachten es als ökologisch sinnvoll, dass man nach Innen verdichtet. Also dass man im städtischen Raum dichter baut. Das entspricht auch dem

1905 Raumplanungsgesetz. So können wir sicherstellen, dass dort, wo wertvolle Natur ist, ökologische Nischen und Kulturland nicht verbaut werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass aufgrund der Ablehnung des kantonalen Energiegesetzes, die 2 000-Watt-Gesellschaft nicht bindend in diese TGO aufgenommen werden konnte. Wir hoffen, dass bis zur Realisierung des Projekts, der Kanton vorwärts macht und dass wir dort ein griffiges Energiegesetz haben, damit die 10 Prozent, besser als

1910 der Kanton vorschreibt, dem technisch Möglichen entspricht. Wenn wir im Moment schauen, so ist 10 Prozent besser als der Kanton vorschreibt, so kommen wir nicht einmal auf die 2000 Watt, obwohl das heute technisch möglich ist. Vielleicht noch eine Bemerkung in die grüne Ecke. Wenn wir nicht verdichten, so erhalten wir auch ein Problem mit dem energiesparenden Bauen. Je dichter wir bauen, desto besser können wir ohne grossen technischen Aufwand Energie sparen. Das ist eine physikalische Tatsache. Dann werden wir nämlich auch mit vertretbarem technischem Aufwand die hohen geforderten Energielabel erreichen. Die Bürgerliche Fraktion hätte dem Bereich Ökologie und Energie im vorgelegten Projekt einstimmig zugestimmt. Mit der Bemerkung, dass energetisch und ökologisch noch Luft drin ist.

1920 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Martin Fischer, ich bitte den Sprecher der Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck, ans Mikrofon.

**Fraktion Grüne/EVP, Michael Döhrbeck:** Kurz als Reaktion auf das Gesagte von Martin Fischer. Wir sind uns durchaus bewusst, dass eine Verdichtung ökologisch sinnvoll ist, das wurde

1925 bereits gesagt. Vielleicht sind nicht alle Grünen gleicher Meinung, aber grundsätzlich ist das physikalisch komplett korrekt. Wir sehen das auch so und gehen einig, dass es eben noch mehr Luft hätte. Dass eigentlich 2000-Watt ein Standard war, der vor 15 Jahren mal als visionär hingestellt

wurde. Heute ist es eigentlich nichts mehr Besonderes. Das Projekt wird aber erst morgen realisiert. Ich denke mit dem Zwangsanschluss an die Seewassernutzung, die jetzt ziemlich sicher kommen wird, ist es eigentlich schon fast zu einfach, dass man diesen 2000-Watt-Standard realisiert und wir wünschten uns etwas Fortschrittlicheres, das in irgendeiner Form, sei es im Vertrag mit Mobimo oder in der Überbauungsordnung, festgelegt würde. Daher sind wir grossmehrheitlich in unserer Fraktion gegen diesen aktuellen Standard.

1935 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Döhrbeck. Ich bitte nun für die SVP-Fraktion Roland Rutishauser vorzutreten.

1940 **SVP-Fraktion, Roland Rutishauser:** Herr Stadtratspräsident, Frau Stadtpräsidentin, werte Anwesende. Die vorgesehenen Massnahmen betreffend Ökologie und Energie werden von der SVP unterstützt. Sie sollten aber auch in einem allfälligen Nachfolgeprojekt in vergleichbarer Weise ausgeführt werden können.

1945 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Roland Rutishauser und als letzte Fraktionsprecherin Kathleen Lützelschwab für die SP-Fraktion.

1950 **SP-Fraktion, Kathleen Lützelschwab:** Das ökologische Konzept wird von der SP-Fraktion begrüsst. Es findet eine Renaturierung im Einklang mit den öffentlichen Freiflächen statt. Es gibt eine Uferzone, mehr Bäume usw. Die Anschlusspflicht an die Seewassernutzung wird begrüsst und es ist für die Fraktion wünschenswert, dass der Gesamtenergiebedarf aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Das Projekt ist mit dem Label 2 000-Watt-Areal ausgezeichnet worden und das muss natürlich auch im Betrieb angestrebt werden.

1955 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Kathleen Lützelschwab. Die Diskussion ist eröffnet, wünscht jemand das Wort? Wünscht unser Vize-Stadtratspräsident das Schlusswort? Das ist auch nicht der Fall. Somit kommen wir noch zu den Finanzen und Infrastruktur, Auswirkungen für die Stadt Nidau. Ich bitte die Stadtpräsidentin ans Mikrofon.

1960 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen. Wir sind nun zu fortgeschrittener Stunde unterwegs und selbstverständlich hätte ich Ihnen noch etwas zu diesem Thema sagen können. Aber ich glaube, wir gehen gleich zum Punkt über, dass Sie sagen, was Sie uns zu diesem Thema noch für Inputs geben wollen. Das ist auch der Grund, wieso wir diese Beratung hier fortführen, obwohl wir ja wissen, dass das Projekt in dieser Form nicht mehr realisiert werden kann. Jedoch ist es wichtig, dass wir Inputs erhalten und wissen, wie wir an diesem Projekt weiterdenken sollen, müssen, dürfen und was da gewünscht wird. Darum würde ich sagen, brauchen wir die Zeit, damit Sie Ihre Inputs geben können und wenn ich dann das Gefühl habe, dass ich dazu noch etwas sagen oder richtigstellen möchte, dann würde ich das gerne mit Erlaubnis vom Stadtratspräsidenten am Schluss auch wieder machen.

1970 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank, Sandra Hess. Der erste Input kommt von der Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin.

1975 **Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin:** Auch dieses Thema ist bei uns in der Fraktion umstritten. Die Mehrheit vertraut den präsentierten Zahlen nicht und findet die Sachlage zu optimistisch dargestellt. Eine Minderheit dagegen teilt diese Bedenken nicht und kann so dahinterstehen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Michael Rubin. Für die SVP-Fraktion, Leander Gabathuler.

1980 **SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich will es nicht un-

nötig in die Länge ziehen. Für die SVP sind zwei Punkte bei der weiteren Planung in diesem Peri-

meter sehr wichtig. Erstens, vermutete und absehbare Kosten, gerade im Schulbereich, müssen

in dieses Projekt einbezogen werden. Es ist klar, dass diese Kosten nicht vom ersten Tag an an-

fallen werden, aber irgendeinmal wenn man dort baut - wir sind der Überzeugung, dass in den

1985 rückwärtigen Bereichen verdichtet gebaut werden darf und soll - dann wird es eine gewisse An-

zahl Kinder geben, die Schulraum brauchen. Die Anzahl Kinder, das hat die Inzidenzanalyse be-

rechnet und ist aus unserer Sicht sehr realistisch. Das kann man weiter so machen, was aber

nicht so realistisch ist, sind die für das Schulhaus berechneten Kosten. Es wurden von Kosten von

einer halben Million Franken pro Klassenzimmer ausgegangen. Da haben wir uns schon in der

1990 GPK gefragt, dass das nicht so sein kann. Einige von Ihnen haben schon eine etwas realistischere

Kostenberechnung von mir gesehen, Sie können das Dokument bei Interesse bei mir einfordern.

Wenn man mit realistischen Kosten eines Schulhausbaus rechnet, wie wir das z.B. mit Beunden-

Ost machen - damals hat Kurt Schwab präsentiert, dass wir mit den Kosten pro Klassenzimmer

recht effizient unterwegs sind, was sich bewahrheitet hat. Es entstehen aber mit rund 1,37 Millio-

1995 nen Franken pro Klassenzimmer wesentlich höhere Kosten, als das die Inzidenzanalyse ausgewie-

sen hat. Das ist eines unserer Hauptargumente, warum wir diese Planung auch abgelehnt haben.

Ich habe eingangs ziemlich scharf gegen den Gemeindeverband geschossen, aber das ist jetzt in-

haltlich für die Planung für uns doch wesentlich. Dieser Fehler soll man bei der weiteren Planung

nicht machen. Falls es oder wenn es bei dieser Überbauung, die irgendwann kommen wird, Schul-

2000 kinder gibt, dann sollen diese Kosten miteinberechnet werden. Der zweite Punkt sind die Verwal-

tungskosten. Auch da wurde uns gesagt, dass es nicht mehr geben wird und man das mit beste-

hendem Personal werde abdecken können. Auch das ist aus unserer Sicht völlig unrealistisch. Die

GPK hat das auch schon bemängelt und bemerkt. Es gibt da eine Studie vom Seco, die besagt,

dass bei einer Gemeindegrösse von rund 10 000 Einwohner, eine Grenze ist, wo es wechselt. Bei

2005 kleineren Gemeinden wachsen Verwaltungskosten überdurchschnittlich stark und grössere Ge-

meinden unterdurchschnittlich, das hat mit Skalen-Effekt zu tun. Wenn man das ungefähr linear

auf AGGLOlac heraufrechnet, dann kommen wir auf 1,2 Millionen Franken Verwaltungskosten, die

da nicht ausgewiesen wurden. Auch das, sollte bei der Nachfolgeplanung mit einbezogen werden.

Vielleicht ein lösungsorientierter Ansatz, wie man das in diesem Projekt hätte lösen können. Sie

2010 haben es in den Unterlagen gesehen, der Aufkauf vom Barkenhafen und vom Péniche, sowie der

Ausbau und Sanierung des Hafens hätten insgesamt rund 20,8 Millionen Franken gekostet. Damit

könnte man gerade ziemlich genau den Neubau Beunden-Ost zahlen. Das wäre aus meiner Sicht

ein lösungsorientierter Ansatz, dass man bei der Infrastruktur überprüft, was wirklich nötig ist

und was schön ist oder nice-to-have. Als Kritiker von diesem Projekt muss ich ehrlich sagen, dass

2015 ich diesen Hafen schön fand.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Ich bitte den Sprecher der SP-Fraktion, Damian Kessi, vorzutreten.

2020 **SP-Fraktion, Damian Kessi:** Auch wir von der SP-Fraktion haben uns mit diesem Teilbereich in-

tensiv auseinandergesetzt, diskutiert und auch mit unseren Gemeinderäten abgesprochen. Ich

möchte gerne folgende Punkte anmerken. Für uns wäre es schön gewesen, dass dieses Projekt

viele neue Arbeitsplätze in Nidau und Biel geschaffen hätte, dies auch unter anderem im Tieflohn-

Segment. Auch hat die bisherige Planung bereits zu neuen Arbeitsplätzen geführt. Diese Entwicklung ist aus Sicht der SP zu begrüßen. Es wäre auch neue öffentliche Infrastruktur erstellt worden und diese wäre der Gesamtbevölkerung von Nidau, Biel und Agglomeration zu Gute gekommen. Etwas was hier auch schon angesprochen wurde, sind die Fragen betreffend Mehrkosten bei der Verwaltung und der Schulraumplanung. Für uns war aber klar, dass der Gemeinderat und Stadtrat hier ein gutes Auge auf die Schulraumplanung und die Verwaltungskosten hätten halten müssen und rechtzeitig hätten reagieren müssen, falls es Bedarf gegeben hätte oder es zu einer Überbelastung der Verwaltung gekommen wäre. Der SP Nidau ist es ein Anliegen, dass die Stadt Nidau gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitende bietet.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Damian Kessi. Als Sprecher der Bürgerlichen Fraktion möchte ich Thomas Spycher ans Rednerpult bitten.

**Bürgerliche Fraktion, Thomas Spycher:** Ich möchte eigentlich nur noch kurz auf zwei, drei Punkte zu sprechen kommen. Wie könnte es anders sein, im Prinzip ziemlich das Gegenteil von dem, was Leander Gabathuler gesagt hat. Die Schulraumplanung, das wissen wir hier alle, ist flexibel aufgegleist, die in Etappen kommt. Das trägt einer Schülerentwicklung von AGGLOlac, das nicht kommt, Rechnung. Sei es durch einen Neubau eines Schulhauses oder eine Aufstockung der Burgerallee. Dann die Mehrkosten, die in der Verwaltung befürchtet werden. Das sehen wir nicht so. Die Stadtpräsidentin hat es im Eingangsvotum gesagt, dass Nidau früher schon von 1970-1980 8 000 Einwohner hatte, sogar mal fast 9 000 im Jahr 1974. Damals ist die Verwaltung auch nicht kollabiert. Dann kommt noch dazu, dass wir heute die Digitalisierung kennen und bis in 10 Jahren die Leute ihre Geschäfte weitgehend online erledigen könnten. Der Unterschied ist der, und man kann da unterschiedlicher Meinung sein, dass wir es nicht in den sozialen Medien breit-schlagen, dass es eben eine Katastrophe gibt und die Leute das dann glauben. Es steht Aussage gegen Aussage. Letztlich noch die Finanzen, ganz einfach: AGGLOlac hätte ungefähr nach Schätzungen rund 1 Million Franken mehr Steuereinnahmen gegeben.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Thomas Spycher. Die Diskussion ist eröffnet, sind weitere Wortmeldungen gewünscht oder wünscht die Stadtpräsidentin noch das Schlusswort? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zum letzten Punkt, bestehende Institutionen und Neuregelungen von Eigentumsverhältnissen. Zu diesem Thema bitte ich wiederum die Stadtpräsidentin, Sandra Hess, vorzutreten.

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Was mit der Regelung der Eigentumsverhältnisse gemeint ist, war mir ehrlich gesagt nicht so klar. Ich glaube, die Fragen der Landumlegung bzw. die Landabgabe im Baurecht oder Verkauf, das haben wir vorher schon besprochen. Die bestehenden Institutionen, das habe ich am Anfang schon gesagt, sind natürlich auf einem Stück Land, das seit 100 Jahren belebt ist. Es haben sich Nutzungen etabliert, die einen als Zwischennutzung, andere, die schon vor 100 Jahren gekommen sind und sich dort niedergelassen haben. Die alle waren natürlich von dieser Planung betroffen und man hat sich im Rahmen dieser Planung immer Mühe gegeben und dafür sorgen wollen, dass es für sie alle Nachfolgelösungen gibt. Es waren nicht alle einverstanden mit den Nachfolgelösungen, die nicht die Toplösungen waren, die aus deren Augen gewünscht gewesen waren. Aber man hat sich immer bemüht, Nachfolgelösungen zu finden. Ich glaube, das wird für die nächste Runde die grosse Herausforderung sein, dass man für all die am Areal ansässigen Leute, die ihre Vorstellungen und Ansprüche haben, wie es für sie richtig und stimmig wäre und möglichst allen zu Gute kommen würde. Das möglich zu machen, dass alle am

Schluss zufrieden sind, das wird auf jeden Fall auch in der nächsten Runde eine grosse Herausforderung sein aber eine, die es dann zu packen gilt.

2075 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke vielmal Sandra Hess. Ich bitte den Sprecher der SVP-Fraktion, Leander Gabathuler vorzutreten.

2080 **SVP-Fraktion, Leander Gabathuler:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Meine Interessensbindung kennen Sie alle, ich bin seit einigen Jahren Präsident des Tennisclubs Schlossmatte und darum auch hier direkt betroffen, bzw. ich wäre direkt betroffen gewesen. Wir haben Ihnen diese Woche noch ein Schreiben zugeschickt von sechs Institutionen in diesem Perimeter. Ich kann unterstützen, was die Stadtpräsidentin gesagt hat. Für einige hat man gute Lösungen gefunden, andere waren noch in einem gewissen Schwebezustand und wussten noch nicht, wie es weitergeht. Und für andere hat man gar keine Lösung gefunden. Aus meiner Sicht, ist es jetzt hier im Stadtrat, weil das Thema am Schluss kommt und das Projekt sowieso schon versenkt ist in Biel wie in  
2085 Nidau, nicht mehr ausschlaggebend. Für eine Volksabstimmung wäre es aber sehr ausschlaggebend gewesen. Sie sehen es in den Schreiben, diese Vereine haben teilweise über Hunderte, im Fall von LagoLodge über Tausende Connections und Mitglieder, Leute mit denen sie in Kontakt stehen. Dass man die von Anfang an mit an Bord hat, ist essentiell, damit man ein solches Projekt vor dem Volk auch durchbringt. Da hätte ich jetzt bei der vorliegenden Planung grösste Bedenken gehabt. Alle Details können Sie dem Schreiben entnehmen, die Verantwortlichen stehen Ihnen zur Verfügung. Und so wie ich die Verantwortlichen kenne, da schliesse ich mich selber mit ein, sind wir weiterhin bereit, für gewinnbringende Lösungen für alle zu sorgen. Unser Aufruf, wenn ich da für alle sprechen darf, ist dass Sie uns in die Planung aufnehmen und in den Perimeter integrieren. Eine Message, die ich aus der am Montag veröffentlichten Umfrage mitnehmen  
2095 kann, ist dass sich die Bevölkerung mehr Freiraum, Sportmöglichkeiten und Möglichkeiten für kulturelle Anlässe wünscht. Wenn das Projekt nicht so gebaut wird, wie es angedacht war, so besteht dieser Raum und wir würden da sehr gerne mithelfen, diesen Perimeter zu gestalten. Wir machen das als Tennisclub seit fast 90 Jahren und sind sehr gerne bereit, da mitzuhelfen. Ich habe vorhin die Kosten angesprochen. Bei uns könnten wir nochmal 2,5 Millionen Franken sparen, womit man einen schönen Kindergarten bauen könnte, weil wir weiterhin einen Baurechtszins zahlen, den man in die Aufwertung des Uferbereichs reinvestieren könnte. Es sind heute Begriffe wie Bäume gefallen, Uferwege, Spielplätze. Wir wüssten dann, wenn wir den Baurechtszins zahlen, wofür dieser fliesst. Man wüsste, wenn man im Perimeter parkiert, dass für die 10 Franken, die es kostet, vielleicht ein Baum gepflanzt wird. Dafür, das stelle ich einfach mal in den Raum,  
2105 könnte man eine Spezialfinanzierung schaffen, aber das müsste man dann anschauen, ob das mehrheitsfähig wäre. Die Message von uns ist, dass wir gerne mit dabei sind für gewinnbringende Lösungen zu suchen. Und wie ich am Anfang der Sitzung schon angekündigt habe, werde ich am Schluss, wenn alles fertig ist, noch einen Antrag stellen für einen runden Tisch, damit ein Dialogprozess eingeleitet wird, wo dann all die Fragen gemeinsam ausdiskutiert werden können. Und da  
2110 würde ich auch die Befürworter einladen, an diesem Tisch teil zu nehmen.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Als nächsten Fraktionssprecher bitte ich Tobias Egger für die SP-Fraktion vorzutreten.

2115 **SP-Fraktion, Tobias Egger:** Die SP-Fraktion hat keine Bemerkung zu diesem Thema.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tobias Egger. Es folgt die Sprecherin der Bürgerlichen Fraktion, Hanna Jenni.

2120 **Bürgerliche Fraktion, Hanna Jenni:** Die Bürgerliche Fraktion ist zufrieden mit den verhandel-  
ten Lösungen mit den betroffenen Institutionen. So ist mit dem Tennisclub eigentlich eine gute  
Alternative gefunden worden. Der Fischerverein hat einen kündbaren Mietvertrag, den man, so  
habe ich gehört, auf ein halbes Jahr künden kann. Sie haben ein Angebot, sich im neuen Sport-  
zentrum unterbringen zu können. Einzig für die Seeschwalbe wird noch eine Lösung gesucht. Le-  
2125 ander Gabathuler hat vorhin von diesem Schreiben gesprochen, das wir alle Stadträte erhalten  
haben. Ich habe das auch angeschaut, studiert und festgestellt, dass vor allem persönliche Inte-  
ressen im Vordergrund stehen und ich möchte doch anregen, von mir persönlich, dass man auf  
jeden Fall die Baurechte auslaufen lässt, diesen Heimfall auslöst, damit dort auch wieder Parzellen  
frei werden.

2130

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Hanna Jenni. Es folgt der Sprecher der Fraktion  
Grüne/EVP, Paul Blösch.

**Fraktion Grüne/EVP, Paul Blösch:** Unsere Fraktion ist auch in diesem Punkt geteilter Meinung.  
2135 Grossmehrheitlich sind wir der Ansicht, dass in diesem Punkt ein gangbarer Weg gefunden wurde.  
Wie bei jedem komplexen Projekt gibt es auch hier Gewinner und Verlierer. Die Gewinner von neu  
geregelten Eigentumsverhältnissen des neugestalteten AGGLO-Geländes und den vergrösserten  
attraktiven Flächen, wird künftig die breite Öffentlichkeit sein. Das zu den Gewinnern. Aber es  
gibt auch Verlierer. Ihre gewohnten Tätigkeiten auf den bisher genutzten Flächen werden ver-  
2140 schiedene Institutionen verlieren. Für diese hat man Ersatzstandorte gefunden und Alternativen  
angeboten. Die Stadtpräsidentin hat gesagt, dass man sich Mühe gegeben hat, man kann sagen,  
dass man auch Mühe hatte. Es war eine harzige Verhandlung und harzige Planung. Aber man  
kann sagen, dass man allen etwas angeboten hat, was Hand und Fuss hat. Es ist nicht so, dass  
man die Vereine einfach im Regen stehen liess. Es ist klar, dass das nicht allen passt. Wer sein  
2145 vertrautes Gelände im bisherigen Rahmen aufgeben muss, hat keine Freude. Und es ist sicher ein  
Ding der Unmöglichkeit, dass man für alle Vereine ideale Lösungen finden kann. Ideal, mindes-  
tens aus ihrer Sicht, wird es nicht geben. Wir sind, trotz diesen nicht ganz befriedigenden Lösun-  
gen für die einzelnen Vereinen, der Meinung, dass die Abmachungen mit den Institutionen ver-  
tretbar und fürs ganze Projekt förderlich sind.

2150

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Vielen Dank Paul Blösch, die Diskussion ist eröffnet.  
Wünscht jemand eine Wortmeldung? Stadtrat Tobias Egger, bitte.

**Tobias Egger, SP:** Ich möchte noch etwas sagen, zu den ansässigen Nidauer Institutionen und  
2155 Vereinen. Ich bin in keinem dieser Vereine und habe da keine Interessensbindung. Aber ich kenne  
das Vereinsleben aus anderen Vereinen, aus Biel, sei es der Seeclub oder die Bienna Jets. Ich  
weiss, wie wichtig das Vereinsleben ist. Vereinsleben ist Gesellschaft, Integration und auch Poli-  
tik. Für Nidau sind solche Vereine Gold wert und zu denen sollte man Sorge tragen, sie gehören  
zu uns. Genau das hat mir gefehlt im Ausführungsprojekt. Man spricht jetzt davon, dass man  
2160 gangbare Lösungen gefunden hat, wenn man aber mit den Betroffenen spricht, dann tönt es ganz  
anders. Die Fischer zum Beispiel, man hat gehört, dass man dies einfach auf ein halbes Jahr kün-  
den könnte, aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Die haben sich dort ein Vereinshaus auf dem  
gemieteten Land aus Eigenleistungen aufgebaut, zum Teil seit Generationen. Die hängen daran  
und einfach zu sagen, dass man den Vertrag künden kann, erscheint mir sehr einfach gemacht.  
2165 Man nimmt ihnen viel mehr weg, als nur den Vertrag zu künden. Und sie waren zum Beispiel

überhaupt nicht einverstanden. Auch mit den Tennisclubs hat man wohl Ersatzlösungen gefunden, aber viele von ihnen empfinden das als Zwangsumsiedlung und wollen diese andere Lösung eigentlich nicht. Ich finde, hier müsste man zufriedenstellendere Lösungen finden und diese Vereine etwas mehr wertschätzen. Ich bin nicht einverstanden damit, wenn man so tut, als hätte man alles Menschenmögliche gemacht. Zumindest habe ich nicht diesen Eindruck gewonnen, ich war selber nie bei den Verhandlungen dabei, aber wenn man mit den Betroffenen spricht, dann tönt es einfach anders.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Tobias Egger. Ich erteile das Wort Stadträtin Amélie Evard.

**Amélie Evard, FDP:** Danke Herr Stadtratspräsident. Ich möchte hier doch noch eine Balance schaffen zu dieser Vereinsfrage. Zuerst zu den Ausführungen von Leander Gabathuler, der sagt, dass er gerne mehr Fläche für die Bevölkerung möchte aber die zwei Tennisplätze - und ich habe selber lange Tennis gespielt - sind doch für Privatpersonen da und nicht für die Bevölkerung. Das mal als Bemerkung. Und die andere Bemerkung ist, dass sehr viele Gespräche mit den Vereinen geführt wurden und es ist nicht so, dass kein Verein die Lösungen super findet. Ich glaube, letzte Woche war im Bieler Tagblatt ein Gastkommentar von Daniel Müller drin, der Olympiasieger war im Curling und auch im Yachtclub dabei ist. Er hat das Wassersportzentrum, das für die Vereine gebaut werden soll, als sehr positiv und als grosse Chance auch für den Spitzensport angeschaut, weil man die Infrastruktur und Kosten teilen kann und einen Standort schafft, wo sich die Vereine treffen und austauschen können. Das Vereinsleben wäre ja nicht tot, wie das hier dargestellt wurde. Es stimmt schlicht nicht, dass es nachher keine Vereine mehr geben würde. Mit diesem Wassersportzentrum wäre auch etwas gekommen, das nicht nur bekämpft wird, sondern auch als grosse Chance von vielen Vereinen angeschaut wird.

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Amélie Evard. Weitere Wortmeldungen? Bitte Leander Gabathuler.

**Leander Gabathuler, SVP:** Liebe Amélie Evard, die FDP hat vor nicht allzu langer Zeit eine Broschüre verschickt. Da sagt ihr, dass ihr die Vereine unterstützt – «aktive und selbständige Vereine. Wertschätzung, Förderung und Stärkung von persönlichem Engagement und unentgeltlicher Vereinsarbeit». Das ist, wofür Hunderte Leute in diesem Perimeter seit Jahrzehnten dafür einstehen. Da würde ich mir doch von eurer Fraktion ein stärkeres Votum dafür wünschen, dass man jetzt nicht wieder die gleichen Fehler macht, sondern von Anfang an, an einen Tisch sitzt, um zusammen Lösungen zu finden. Und weiter möchte ich auch noch hinzufügen, dass der Fall der Tennisclubs jetzt nicht mit meiner Person gleichgesetzt wird. In 5 oder 10 Jahren bin ich dann dort höchstwahrscheinlich nicht mehr Präsident. Dann ist jemand anderer Präsident. Die 500 Mitglieder und Hunderte Externe, die bleiben aber und können dort weiterhin täglich ihre Freizeit verbringen und Sport treiben. Die Clubs werden wohl privat wahrgenommen, aber unsere Türe stehen für alle offen. Der einzige Grund, wieso eine Tennisanlage eingezäunt ist, ist dass die Bälle nicht rausfliegen - jedenfalls die meisten nicht. Und der zweite Grund ist, dass wir uns vor Vandalismus und Einbrüchen schützen. Das haben wir leider in den letzten Jahren immer wieder gehabt. Aber wenn Sie sonst dort vorbeilaufen, stehen unsere Plätze auch Externen zur Verfügung, Schulklassen und Firmen. Wenn wir Plätze zur Verfügung haben, so können Sie den auch als Nicht-Mitglied mieten. Sie können auch jederzeit ein Kaffee trinken, wir haben kein offizielles Res-



restaurant aber als Zuschauer sind sie jederzeit geduldet und willkommen, auch bei den Wettkämpfen zuschauen zu kommen. Da noch einmal, sitzen wir an einen Tisch und schauen wir gemeinsam, dass wir für die Vereine Lösungen finden, auch für jene Vereine, mit weniger starker Lobby.

2215

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Leander Gabathuler. Gibt es weitere Wortmeldungen oder wünscht die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Dann ist dieser Punkt abgeschlossen. Wir haben jetzt diese Unterpunkte alle behandelt. Gibt es noch weitere Themen in diesem TGO, von denen Sie das Gefühl haben, dass sie nicht diskutiert wurden oder Sie noch etwas sagen möchten? Gibt es aus den Fraktionen über das ganze TGO, über welches wir nachher abstimmen noch irgendwelche Wortmeldungen? Dann möchte ich der Stadtpräsidentin gerne das Schlusswort übergeben.

2220

**Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geehrte Stadträte und Stadträtinnen. Es ist versprochen das letzte Mal, das ich heute etwas sage. Mir geht es wie Ihnen, ich bin auch müde. Trotzdem, es liegen jetzt neun Jahre Planung hinter uns, es ist viel Zeit und Geld investiert worden und darum ist es schon angebracht, jetzt zum Schluss noch etwas zu sagen. Ich habe heute Abend viel gehört, was man sich alles wünscht und wie man sich die Nutzung vom Areal in Zukunft vorstellt. Ich habe heute Abend vor allem Voten aus Nidau gehört. Selbstverständlich nicht von Biel, aber auch dort wurde heute Abend viel gesagt. Ich bin sicher, ohne dass ich zugehört habe, dass dieser bunte Strauss an Vorstellungen noch angereichert wurde mit Voten, die in Biel gefallen sind. Jetzt, wo dieses Projekt abgelehnt wurde, sehen sich sicher viele auch als Gewinner und werden für Ihre Interessen noch vehementer eintreten. Die Aufgabe so viele verschiedene Interessen unter einen Hut zu bringen, wird definitiv nicht einfacher. Und auch mit Blick auf die Besitzverhältnisse auf diesem Areal nicht. Ich kann heute Abend nicht anders, als festzuhalten, dass Nidau und Biel, eine grosse Chance auf ein ausbalanciertes Projekt verpasst haben. Ein Projekt, das alle Ansprüche übernommen hat, aber keine so, dass sich radikale Forderungen durchgesetzt hätten. Ich wage zu behaupten, dass die Dimension der verpassten Chance erst nach und nach bewusst wird. Und ich wage auch weiter zu behaupten, dass das Expo-Areal noch lange eine unschöne Brache am See sein wird. Auch wenn jetzt alle der festen Meinung sind, dass man schon morgen mit einem Plan B anfangen kann und wir alle helfen wollen, damit es da schnell einen neuen Plan gibt, dann bin ich sicher, werden wir sehr bald von der Realität eingeholt und feststellen, dass die Wünsche und Vorstellungen weit auseinander sind. Wir haben auch schon gehört, was man sich alles wünscht. Darum erlaube ich mir jetzt auch noch einen Wunsch anzubringen, ein Wunsch in die Nacht. Ich wünsche mir nämlich jemanden, der das alles auch bezahlt, was wir formuliert haben.

2225

2230

2235

2240

2245

Ich möchte am Schluss allen danken, die sich in den letzten Jahren intensiv engagiert und an diese Planung geglaubt haben und sich mit Leidenschaft hinter dieses Projekt gestellt haben und bereit waren, das alles auszuhalten, all die Diskussionen zu führen. Es war nicht immer einfach, das wissen wir alle und es wird auf jeden Fall auch nicht einfacher beim Weitergehen. Aber ich glaube daran, dass sich Nidau weiterentwickeln kann und muss und ich hoffe, dass das der gemeinsame Nenner des heutigen Abends ist und wir mit ein bisschen Abstand den Weg dahin finden werden.

2250

2255

**Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Sandra Hess. Wir schreiten nun zur Abstimmung.

**Stadtratsbeschluss**

2260 Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 15 Ja / 15 Nein (Stichentscheid Vorsitz) gestützt auf Artikel 53 der Stadtordnung:

3. Die baurechtliche Teilgrundordnung AGGLOlac wird abgelehnt.

2265 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Da das Projekt abgelehnt wurde, erübrigt sich die Beratung des Verpflichtungskredits. Wie von der SVP angekündigt, wird bei einem Nein zu diesem Projekt noch einen Antrag gestellt. Ich erteile das Wort Oliver Grob.

2270 **Oliver Grob, SVP:** Unser Antrag lautet wie folgt. Für die weitere Entwicklung des Perimeters, beziehungsweise künftige Planung, soll ein runder Tisch mit allen beteiligten Stakeholdern, direkt betroffenen Parteien, Vereinen, Anwohnern etc. geschaffen werden, um mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten.

2275 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Danke Oliver Grob. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Dem ist nicht so. Wir gelangen zur Abstimmung:

**Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 17 Ja / 13 Nein:

- 2280 4. Für die weitere Entwicklung des Perimeters beziehungsweise künftige Planung soll ein Runder Tisch mit allen Beteiligten Stakeholdern, direkt Betroffenen, Parteien, Vereinen, Anwohnern etc. geschaffen werden, um mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten.

2285 **Stadtratspräsident, Markus Baumann:** Ich glaube es ist allen bewusst, wie bereits angekündigt, dass sich auch die Beratung der Botschaft an die Stimmberechtigten erübrigt. Es war für uns alle ein langer Abend und trotz allem ein fairer Ratsbetrieb. Ich freue mich, wie gesagt, auf das Jahr mit Ihnen. Die nächste ordentliche Stadtratssitzung findet bereits nächsten Donnerstag, am 25. März 2021 im gleichen Rahmen statt. Ich möchte noch einen speziellen Dank aussprechen an Emilia Boboc von der Reinigung, Michel Mathys für die Zurverfügungstellung und das Aufstellen der ganzen Infrastruktur, Fredy Leyvraz und Team für die ganze Technik. Vielen Dank Ihnen allen, ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und eine nicht zu kurze Nacht. Bitte verlassen Sie 2290 den Saal gestaffelt, wir beginnen auf der linken Seite, anschliessend folgt die rechten Seite und dann der Gemeinderat, die Verwaltungsangestellten und am Schluss das Ratsbüro.

**NAMENS DES STADTRATES**

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin